



Rheinland-Pfalz

**Statistische
Monatshefte**



**Statistik
nutzen**

05 | 2004

Statistisches Landesamt



Liebe Leserinnen und Leser,

mit den Statistischen Monatsheften berichtet das Statistische Landesamt seit nunmehr 56 Jahren über aktuelle Ergebnisse der amtlichen Statistik. Fachliche Kontinuität und Kundenorientierung waren und sind uns dabei wichtig. Ferner ist es unser Ziel, die Ergebnisse der Statistik einem breiteren Leserkreis durch noch mehr Informationen über aktuelle Entwicklungen und eine veränderte Gestaltung näher zu bringen. Dieser Zielsetzung folgend, haben wir unseren Statistischen Monatsheften ein neues Gesicht gegeben. Mehr Farbe, mehr Grafiken sowie eine größere Schrift sind die wesentlichen Elemente der Neugestaltung, die Ihnen die Lektüre leichter und angenehmer machen sollen.

Dabei haben wir auch die „eiligen“ Leser im Blick, die nicht die Zeit haben, sich von der ersten bis zur letzten Zeile durch einen Beitrag zu arbeiten. Ein hinführender Vorspann umreißt knapp das Thema, Zwischenzeilen und so genannte Marginalien sollen helfen, den Text zu überfliegen und interessierende Passagen selektiv zu lesen. Wo immer möglich, werden wichtige Aussagen in Grafiken präsentiert. Methodische Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind aus dem Haupttext in farblich unterlegte Kästen ausgegliedert.

Natürlich haben wir nicht nur die Optik geändert; auch die Inhalte sind erweitert worden. Hervorheben möchte ich hier den ausführlichen Konjunkturteil, in dem jeden Monat die Wirtschaftsentwicklung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland beleuchtet wird. Auch hier ist es unser Anliegen, schnell und leicht verständlich zu informieren, weshalb alle wichtigen Indikatoren in grafischer Form präsentiert werden. Ergänzt werden die Grafiken durch einen Textbeitrag, in dem die wichtigsten Entwicklungen skizziert und die Hintergründe analysiert werden.

Wir hoffen, mit der Neugestaltung der Statistischen Monatshefte den Wünschen und Anforderungen unserer Leserschaft noch stärker zu entsprechen. Da dies ein ständiges Bemühen ist, sind wir für Kritik und Anregungen dankbar, um Sie jederzeit bedarfs- und zielorientiert über statistische Ergebnisse und Analysen informieren zu können.

Bad Ems, im Mai 2004

(Jörg Berres)

Präsident des
Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz

Inhalt

kurz + aktuell	63
Kommunalwahlsystem ermöglicht mehr Einfluss auf Wahlvorschläge und steigert Identifikation	67
Tourismus 2003	76
Der Weinjahrgang 2003 – ein Jahrhundertjahrgang?	84
Die neue EU-25 – Überblick mit ausgewählten Eckdaten	89
Daten zur Konjunktur	91
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	113
Neuerscheinungen	123

Fotonachweis

Titelfoto: Umgeben von Rebstöcken liegt die Kilianskirche am Stadtrand von Nierstein, das gemeinsam mit Oppenheim Gastgeber des Rheinland-Pfalz-Tages 2004 ist. Mit dem Weinjahrgang 2003 beschäftigt sich ein Beitrag in diesem Heft. (Foto: Jürgen Hammerl)

Autorenfotos: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau (außer Foto zum Vorwort, privat)

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2004

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

- 0 Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
- nichts vorhanden
- . Zahl unbekannt oder geheim
- x Nachweis nicht sinnvoll
- ... Zahl fällt später an
- / keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
- () Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher

- D Durchschnitt
- p vorläufig
- r revidiert
- s geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung 50 bis unter 100 die Darstellungsform 50-100 verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Fast ein Viertel mehr Fahrgäste in Bussen als 1993

Leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr

In den zurückliegenden zehn Jahren sind in Rheinland-Pfalz immer mehr Menschen auf Busse und Straßenbahnen umgestiegen. Im Jahr 2003 wurden insgesamt 267 Mill. Fahrgäste im allgemeinen Linienverkehr befördert, das war fast ein Viertel mehr als im Jahr 1993. Damals hatten 217 Mill. Menschen Busse und Straßenbahnen genutzt. Vor allem Ende der 90er Jahre waren die Fahrgastzahlen deutlich angestiegen. Im Vergleich zum Jahr 2002 hat es im Linienverkehr einen leichten Fahrgastrückgang um 1% gegeben.

Insgesamt wurden im Jahr 2003 rund 283 Mill. Fahrgäste befördert, 1,1% weniger als im Vorjahr. Neben dem allgemeinen Linienverkehr, der gut 94% des Fahrgastaufkommens ausmacht, trugen der freigestellte Schülerverkehr und der Gelegenheitsverkehr (u. a. Mietomnibusse, Urlaubsreisen, Ausflugsfahrten) sowie die Sonderformen des Linienverkehrs

(u.a. Theaterfahrten) zu diesem Ergebnis bei.

Die Einnahmen aus dem öffentlichen Personenverkehr auf der Straße betrugen im Jahr 2003 insgesamt 243,5 Mill. Euro. Das waren 0,5% weniger als im Vorjahr. Im allgemeinen Linienverkehr erhöhten sich die Einnahmen geringfügig um 0,6% auf 190,3 Mill. Euro.

Insgesamt wurden im Jahr 2003 rund 165,3 Mill. Wagen-Kilometer zurückgelegt. Der größte Teil der gefahrenen Strecken entfiel mit 69,6% auf den allgemeinen Linienverkehr, während im Gelegenheitsverkehr knapp ein Viertel der gefahrenen Strecken zurückgelegt wurde.

Nach Unternehmensformen betrachtet wurden die meisten Fahrgäste (133 Mill. Personen bzw. 47%) von kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen befördert. An zweiter Stelle finden sich Regionalverkehrsgesellschaften mit 118,3 Mill. Fahrgästen oder 41,8%. Der Rest entfiel auf die privaten Unternehmen (8,1%) und die nichtbundeseigenen Eisenbahnen (3,1%).

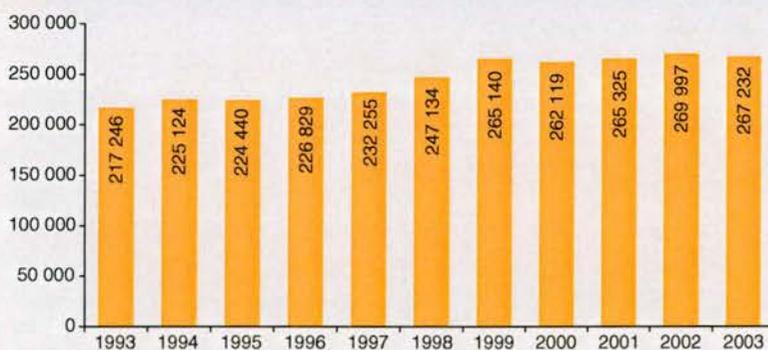
Mit 60 wieder an die Uni

Zahlreiche ältere Menschen nutzen das vielfältige Angebot der rheinland-pfälzischen Hochschulen zu einem Gaststudium. 799 der 1 396 im Wintersemester 2003/04 an den rheinland-pfälzischen Hochschulen eingeschriebenen Gasthörerinnen und Gasthörer waren 60 Jahre und älter. Damit lag der „Seniorenanteil“ im abgelaufenen Wintersemester bei 57%. Bei der Ersterhebung dieser Statistik im Wintersemester 1992/93 waren es noch 39% gewesen. Der Wunsch, im Alter akademische Lehrveranstaltungen zu besuchen, ist bei Männern (450 Personen) stärker ausgeprägt als bei Frauen (349 Personen).

Unter den Gaststudierenden im „Rentenalter“ waren 60- bis 65-Jährige mit 38% am stärksten vertreten. Ein knappes Drittel (262) war zwischen 65 und 70 Jahre und ein Sechstel (129) zwischen 70 und 75 Jahre alt. Den Aufruf zu „lebenslangem Lernen“ nahmen 28 Gasthörer besonders ernst: Sie hatten bereits das 80. Lebensjahr vollendet.

Knapp vier von fünf Seniorinnen und Senioren schrieben sich in der ersten Fachrichtung in Gebieten der Sprach- und Kulturwissenschaften ein. 7% wählten Lehrveranstaltungen aus der Fächergruppe Kunst, Kunstwissenschaft und jeweils 5% besuchten Vorlesungen und Kurse aus dem rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bereich bzw. aus ingenieurwissenschaftlichen Fachrichtungen.

Fahrgäste im allgemeinen Linienverkehr der Straßenverkehrsunternehmen 1993-2003



Ein für Senioren besonders attraktives Studienangebot haben offensichtlich die beiden wissenschaftlichen Hochschulen in Trier. An der Universität Trier wurden 300 und an der dortigen Theologischen Fakultät 154 Seniorinnen und Senioren gezählt. Es folgen die Johannes Gutenberg-Universität Mainz mit 130, die Universität Koblenz-Landau mit 93 und die Technische Universität Kaiserslautern mit 86 „älteren“ Gasthörern.

Gasthörer können, auch ohne dass sie die allgemeine Hochschulreife erlangt haben, einzelne Kurse oder Lehrveranstaltungen an Hochschulen besuchen. Das Gaststudium ermöglicht sowohl eine gezielte berufs begleitende wissenschaftliche als auch eine auf persönliche Bildungsinteressen abgestellte Weiterbildung an Hochschulen.

Schülerinnen am Girls' Day im Statistischen Landesamt

Die technische Seite der amtlichen Statistik lernten 17 Schülerinnen beim Girls' Day am 22. April im Statistischen Landesamt in Bad Ems kennen. Von der Erhebung der Daten bis hin zur Präsentation werden immer mehr Aufgaben elektronisch abgewickelt. Eine hausinterne IT-Abteilung liefert dafür die Programme und entwickelt im Verbund mit allen anderen statistischen Ämtern Lösungen, die den Auskunftspflichtigen die Datenübermittlung so einfach wie möglich machen. Am Beispiel einer kleinen Befragung lernten die Schülerinnen außerdem alle Arbeitsschritte einer Statistik von der Konzeption des Fragebogens bis zur Auswertung kennen.

Nur wenige Mädchen erlernen einen IT-Beruf

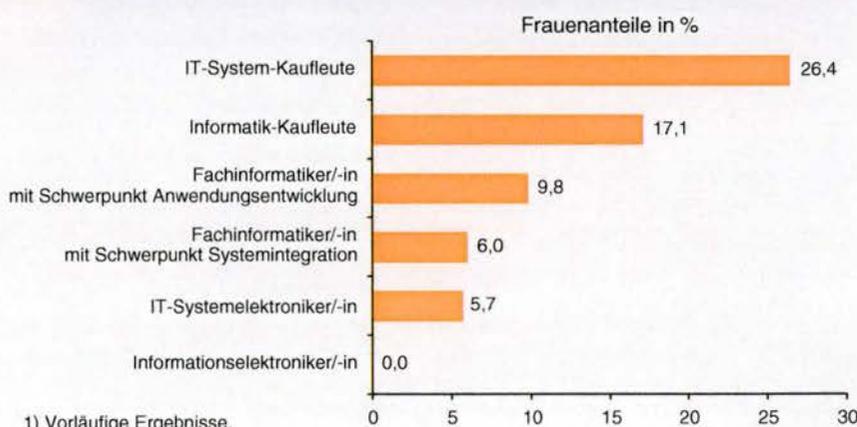
Auf die Frage: „Was willst du mal werden?“ benennt die Mehrzahl der jungen Frauen einen „typisch weiblichen“ Beruf. Dies spiegeln die Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik wider. Die meisten Ausbildungsverträge schlossen junge Frauen im vergangenen Jahr – in Rheinland-Pfalz wie in Deutschland – in den Berufen Bürokauffrau, Arzt- und Zahnarzthelferin, Friseurin und Kauffrau ab. Dagegen sind technische oder naturwissenschaftliche Berufe ganz hinten auf der Rangskala zu finden.

Ein zukunftssträchtiger Wirtschaftszweig, der von Männern dominiert wird, ist die IT-Branche. Obwohl viele junge Frauen keine Scheu mehr vor dem Computer haben, wählen doch nur relativ wenige einen der hier neu entstandenen Ausbildungsberufe. Unter den jungen Menschen, die im Jahr 2003 eine Ausbildung in Berufen der Informations- und Telekommuni-

kationstechnik begonnen haben, lag der Frauenanteil nur bei knapp 11%. Dies war der niedrigste Wert seit der Einführung dieser Berufe im Jahr 1997. Mit knapp 15% war 1998 die bislang höchste Quote registriert worden.

Innerhalb der neuen IT-Ausbildungsberufe sind Frauen und Mädchen in den kaufmännischen Sparten stärker vertreten, während ihr Anteil in den eher technisch orientierten Ausbildungsberufen gering ist. Unter den im vergangenen Jahr neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnissen lag bei den IT-System-Kaufleuten der Frauenanteil mit über 26% am höchsten. Zur Informationselektronikerin ließ sich hingegen gar keine junge Frau ausbilden. Unter den Informatikkaufleuten waren Frauen mit gut 17%, in der Fachinformatik mit Schwerpunkt Anwendungsentwicklung mit 10% und unter den Neu-Azubis mit Ausbildungsziel zur Fachinformatikerin mit Schwerpunkt Systemintegration sowie in der IT-Systemelektronik mit jeweils rund 6% vertreten.

Im Jahr 2003 abgeschlossene Ausbildungsverträge¹⁾ in den neuen IT-Berufen



Arbeiterlohn lag im Januar um 2,5% über Vorjahresniveau

Angestellte im produzierenden Gewerbe verdienten 3,9% mehr

Die vollzeitbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter im rheinland-pfälzischen produzierenden Gewerbe verdienten im Januar 2004 durchschnittlich 2 508 Euro brutto. Damit lag der effektiv gezahlte Durchschnittslohn um 2,5% über dem Vorjahresniveau.

Das Verdienstniveau der Angestellten im produzierenden Gewerbe lag im Januar 2004 mit 3 767 Euro brutto um 3,9% über dem Vorjahreswert. Für das Bruttogehalt der Angestellten der mittleren Führungsebene – das sind Führungskräfte mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis – wurde im Januar 2004 ein statistischer Mittelwert von 4 885 Euro errechnet, was einen Anstieg von 5,3% innerhalb eines Jahres bedeutet. Etwa ein Drittel der Angestellten ist dieser mittleren Führungsebene zuzurechnen. Die obere Führungsebene mit den leitenden Angestellten – das sind außertariflich bezahlte Führungskräfte mit umfassender Dispositionsbefugnis – wird statistisch nicht erfasst. Ein „Abrutschen“ leitender Angestellter im Zuge betrieblicher Umstrukturierungsmaßnahmen in die mittlere Führungsebene hat prinzipiell deren statistische Erfassung zur Folge, was das Durchschnittsgehalt dieser Angestelltengruppe tendenziell erhöht. Dieser besondere Struktureffekt dürfte teilweise den relativ starken Anstieg des Durch-

schnittsverdienstes der Angestellten der mittleren Führungsebene erklären.

Knapp zwei Drittel aller Vollzeitbeschäftigten im produzierenden Gewerbe haben den rentenversicherungsrechtlichen Status einer Arbeiterin bzw. eines Arbeiters, etwas mehr als ein Drittel sind Angestellte.

Die Daten stammen aus der vierteljährlichen Verdiensterhebung im produzierenden Gewerbe, die als Stichprobe bei rund 1 100 Betrieben erfolgt.

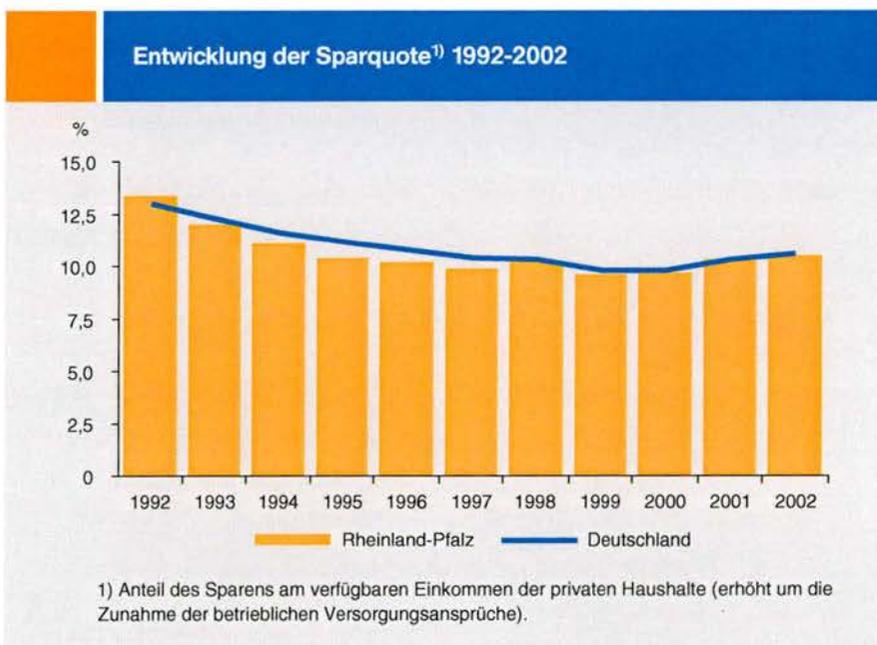
Mehr als jeder zehnte Euro wanderte ins Sparschwein

Jeder Einwohner von Rheinland-Pfalz hat im Jahr 2002 durchschnittlich gut 1 700 Euro gespart. Das waren fast 50

Euro oder knapp 3% mehr als im Jahr zuvor. Die Sparquote lag bei 10,5%, das heißt mehr als jeder zehnte Euro des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte wanderte ins Sparschwein.

Im Ländervergleich liegen die Rheinland-Pfälzer in puncto Sparsamkeit im vorderen Mittelfeld. Am sparsamsten waren die Einwohner von Baden-Württemberg mit pro Kopf fast 2 200 Euro und einer Sparquote von 12,1%. In Bremen wurden dagegen nur 8% des verfügbaren Einkommens für Sparzwecke verwendet.

Der größte Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte wird für Konsumzwecke ausgegeben. Pro Kopf beliefen sich die privaten Konsumausgaben in Rheinland-Pfalz auf durchschnittlich 14 600 Euro, das waren knapp 90 Euro oder 0,6% mehr als im Jahr 2001. Im Bundesdurch-



schnitt war der Anstieg mit nur rund 20 Euro bzw. 0,1% wesentlich geringer. In den alten Bundesländern (ohne Berlin) ergab sich sogar ein leichter Rückgang der Pro-Kopf-Ausgaben um 0,3%. Mit über 17 700 Euro gaben die Einwohner von Bremen am meisten für den privaten Konsum aus. Dagegen wurden in Mecklenburg-Vorpommern nur 12 600 Euro pro Kopf verkonsumiert. Die Sparquote ist in den 90er-Jahren sowohl in Rheinland-Pfalz als auch im Bundesdurchschnitt stark gesunken. Der niedrigste Stand in Rheinland-Pfalz wurde 1999 mit 9,6% erreicht. Seitdem steigt die Quote wieder leicht an, lag aber 2002 immer noch fast drei Prozentpunkte niedriger als zehn Jahre zuvor.

79 Seiteneinsteiger bereiten sich auf das Zweite Lehramtsexamen vor

An den rheinland-pfälzischen Studienseminaren bereiten sich zurzeit insgesamt 79 so genannte Seiteneinsteiger auf den Lehrerberuf vor – 54 Männer und 25 Frauen. An einem Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien werden 28 ausgebildet und 21 an einem Studienseminar für das Lehramt an Realschulen. 19 Personen bereiten sich auf das Lehramt an berufsbildenden Schulen und elf auf das Lehramt an Grund- und Hauptschulen vor. Die meisten Seiteneinsteiger (27) werden für den Musikunterricht ausgebildet, 20 für Mathematik und zwölf für Physik.

An Gymnasien und Realschulen ist der bislang ungedeckte Bedarf an Musiklehrern besonders groß. Dem entsprechend belegen 16 Kandidaten der Studienseminare für Gymnasien und elf der Seminare für Realschulen das Unterrichtsfach Musik. An Grund- und Hauptschulen mangelt es an Lehrkräften in Mathematik und Physik/Chemie. Diese Fächer werden von acht bzw. sieben Personen belegt. An Studienseminaren für berufsbildende Schulen bereiten sich die meisten Seiteneinsteiger in den Fächern Metalltechnik (10) und Mathematik (7) auf das Lehramt vor.

Im Jahr 2003 schlossen insgesamt 28 Personen ihre Ausbildung mit dem Zweiten Staatsexamen ab, und zwar 14 Seiteneinsteiger für das Lehramt an Realschulen, sieben für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, vier für das Lehramt an berufsbildenden Schulen und drei für das Lehramt an Gymnasien. Die meisten Lehrbefähigungen wurden im Fach Musik (11) erlangt. Jeweils sechs Lehrbefähigungen entfielen auf die Fächer Deutsch, Englisch und Mathematik.

Der Bedarf an Lehrkräften ist seit geraumer Zeit in bestimmten Fächern bzw. Fächerkombinationen nicht mit voll ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern abzudecken. Daher werden seit dem Schuljahr 2001/02 in Rheinland-Pfalz Akademiker, die keine bzw. eine bislang nicht abgeschlossene Lehrerausbildung haben, für bestimmte Bedarfsfächer im Schuldienst weiterqualifiziert. Diese so genannten Seiteneinsteiger werden auf Grundla-

ge bestimmter Schlüsselqualifikationen ausgewählt und erteilen als Angestellte sofort aktiv Unterricht. Ein Viertel ihrer Arbeitszeit verwenden sie für die berufsbegleitende Ausbildung an einem der 23 Studienseminare. Diese Zusatzausbildung ermöglicht ihnen nach erfolgreich abgelegter Prüfung die Anerkennung als reguläre Lehrkraft und – sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind – die Übernahme in ein unbefristetes Beamtenverhältnis. Im Rahmen der Ausbildung werden sie mit Theorie und Praxis der Erziehung und des Unterrichts allgemein sowie mit der Fachdidaktik und -methodik ihrer jeweiligen Lehrfächer vertraut gemacht.

Im März starben 25 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen

Im März wurden in Rheinland-Pfalz 25 Menschen bei Verkehrsunfällen getötet. Das war ein Todesopfer mehr als im März vergangenen Jahres. Dagegen lag die Zahl der Verletzten, wie schon in den beiden ersten Monaten des Jahres, niedriger als in den entsprechenden Vorjahresmonaten. Insgesamt mussten die Polizeidienststellen im März 9 831 Unfälle aufnehmen, 521 mehr als im März des vergangenen Jahres.

Im gesamten ersten Quartal verloren 66 Menschen bei Unfällen ihr Leben, einer weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Deutlich zurückgegangen ist die Zahl der Verletzten. Die Zahl der Unfälle lag leicht unter dem Vorjahresniveau.

Kommunalwahlsystem ermöglicht mehr Einfluss auf Wahlvorschläge und steigert Identifikation



Von Dr. Stephan Danzer

Am 13. Juni 2004 wählen die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ihre kommunalen Vertretungskörperschaften neu. Gut 3 Mill. Wahlberechtigte sind aufgerufen, für die nächsten fünf Jahre über die Zusammensetzung der Parlamente auf allen Ebenen – vom Bezirkstag Pfalz bis zu den Ortsbeiräten – zu entscheiden. Darüber hinaus stehen die Ortsbürgermeister und Ortsvorsteher sowie einzelne Landräte bzw. hauptamtliche Bürgermeister – sofern ihre Amtszeit abgelaufen ist – zur Wahl. Die nachfolgenden Ausführungen informieren über die Besonderheiten des Kommunalwahlsystems sowie aktuelle Rechtsänderungen und fassen die wichtigsten Ergebnisse der Kommunalwahlen 1999 zusammen.

Wahlberechtigt zu den einzelnen Kommunalwahlen sind alle Deutschen und Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die im Zeitpunkt der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten in dem jeweiligen Wahlgebiet eine Hauptwohnung haben und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Zum 1. Mai dieses Jahres sind weitere zehn Staaten der Europäischen Union beigetreten.¹⁾ Auch deren Staatsangehörige können, sofern bis zu dem Zeitpunkt der Wahl alle völkerrechtlichen Ratifizierungen erfolgt und die weiteren Wahlrechtsbedingungen erfüllt sind, an der Wahl teilnehmen.

Die kommunalen Parlamente werden grundsätzlich nach dem Wahlsystem einer personalisierten Verhältniswahl mit offenen

Listen²⁾ gewählt. Dieses Wahlsystem hat sich seit seiner Einführung zu den Kommunalwahlen 1989 bewährt. Die rheinland-pfälzischen Wählerinnen und Wähler haben dadurch die Möglichkeit, verstärkten Einfluss auf die Zusammensetzung der kommunalen Vertretungsorgane zu nehmen. Das führt zu verbesserten Mitspracherechten der Bürgerinnen und Bürger und steigert ihre Identifikation mit den gewählten Repräsentanten.

Personalisierte Verhältniswahl

Die personalisierte Verhältniswahl erfolgt für die Wahlen zu den Ortsbeiräten, Gemeinde- und Stadträten, Verbandsgemeinderäten sowie den Kreistagen, wenn mindestens zwei Wahlvorschläge zugelassen sind. Bei der Verhältniswahl stehen den Wählern so viele Stimmen zur Verfügung, wie Ratsmitglieder zu wählen sind. Die Zahl der zu wählenden Ratsmitglieder ist in der Gemeindeordnung geregelt und richtet sich nach der Einwoh-

1) Es handelt sich hierbei um folgende Staaten: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern.

2) Lediglich die Wahl des Bezirkstags des Bezirksverbands Pfalz wird als reine Verhältniswahl mit starren Listen durchgeführt.

Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens

nerzahl der jeweiligen Gemeinde. Sie wird zum 30. Juni des Vorjahres der Wahl festgesetzt und umfasst alle Einwohner mit Hauptwohnsitz in der Gemeinde.³⁾ Von ihren Stimmen, die der Anzahl der zu wählenden Ratsmitglieder entspricht, dürfen die Wahlberechtigten bis zu drei Stimmen auf einen Bewerber konzentrieren (kumulieren) sowie Bewerber unterschiedlicher Wahlvorschläge kennzeichnen (panaschieren).

Die Verteilung des zustehenden Stimmenkontingents regelt § 32 Kommunalwahlgesetz (KWG). Danach dürfen die Stimmen nur an Bewerber vergeben werden, die, nachdem sie vom Wahlausschuss zugelassen wurden, auf dem Stimmzettel stehen. Die Stimmenvergabe kann auf unterschiedliche Weise erfolgen.

So besteht die Möglichkeit, einen Wahlvorschlag unverändert anzunehmen. Bei dieser so genannten Listenstimme, deren Kennzeichnung in der Kopfleiste des Stimmzettels angebracht wird, erhält jeder der auf dem Stimmzettel aufgeführten Bewerber eine Stimme in der Reihenfolge des gekennzeichneten Wahlvorschlags von oben nach unten zugeteilt. Haben die Wahlvorschlagsträger – also Parteien oder Wählergruppen – von der Möglichkeit der Mehrfachbenennung Gebrauch gemacht, erhält der dreifach aufgeführte Bewerber drei und der doppelt benannte zwei Stimmen.

Wer von der Möglichkeit der Listenwahl Gebrauch macht, muss nicht den kompletten Vorschlag der Partei oder Wählergruppe akzeptieren. Er kann einzelne Bewerber streichen (§ 37 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 KWG).

Die Möglichkeiten, auf die von den Parteien und Wählergruppen vorgesehenen Listen Einfluss zu nehmen, sind jedoch noch vielfältiger. So sind die Wählerinnen und Wähler nicht an eine Liste gebunden, sondern können panaschieren, also ihre Stimmen Bewerbern unterschiedlicher Listen geben.

Weiterhin ermöglicht es das Gesetz, an einen Bewerber bis zu drei Stimmen zu vergeben. Dieses so genannte Kumulieren kann innerhalb eines Wahlvorschlags vorgenommen werden; es ist aber auch möglich, Kandidaten unterschiedlicher Listen bis zu drei Stimmen zu geben, also Panaschieren und Kumulieren zu kombinieren. Hat allerdings der Wahlvorschlagsträger Bewerber mehrfach benannt und damit eine Vorauswahl getroffen, besteht nicht die Möglichkeit, den mehrfach benannten Kandidaten mehr als drei Stimmen zu geben.

Mehrheitswahl

Die Mehrheitswahl zu den kommunalen Vertretungskörperschaften findet statt, wenn nur ein oder kein Wahlvorschlag zugelassen ist. In rund 1 200 rheinland-pfälzischen Gemeinden hat bei den vergangenen Wahlen im Jahr 1999 eine solche Mehrheitswahl stattgefunden. In diesem Fall wird eine reine Personenwahl durchgeführt.

Ist kein Wahlvorschlag zugelassen, können die Wahlberechtigten beliebige wählbare Personen auf dem weißen amtlichen Stimmzettel aufschreiben, und zwar doppelt so viele, wie Ratsmitglieder zu wählen sind. Gewählt sind die Personen, die die meisten gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Personenwahl

³⁾ Die Anzahl der Stimmen für den Kreistag richtet sich nach den gleichen Grundsätzen und ist in den §§ 22 Absatz 2 und 66 Landkreisordnung normiert.

Ist ein Wahlvorschlag zugelassen, darf der Wahlvorschlagsträger einen nicht amtlichen Stimmzettel mit den Kandidatennamen herstellen und außerhalb des Wahllokals verteilen. Die Wählerinnen und Wähler können den auf dem nicht amtlichen Stimmzettel aufgeführten Bewerbern ihre Stimme geben, aber auch einzelne Personen streichen. Darüber hinaus sind sie berechtigt, den nicht amtlichen Stimmzettel mit „eigenen“ Kandidaten zu ergänzen.

Direktwahl

Die Direktwahl der Landräte, Bürgermeister und Ortsvorsteher ist ebenfalls als Mehrheitswahl ausgestaltet. Die Kandidaten können von Parteien oder Wählergruppen vorgeschlagen werden. Bei den Direktwahlen dürfen auch Einzelkandidaten zur Wahl antreten. Bewirbt sich ein hauptamtlicher Bürgermeister oder Landrat erneut, benötigt dieser keine Unterstützungsunterschriften. Dies soll nach den Kommunalwahlen 2004 auch für ehrenamtliche Bürgermeister gelten. Gewählt ist derjenige Kandidat, der die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erzielt hat. Treten drei oder mehr Bewerber an und erreicht keiner der Kandidaten bei der Hauptwahl die absolute Mehrheit, erfolgt zwischen den beiden bestplatzierten Bewerbern eine Stichwahl. Bei den Kommunalwahlen 2004 werden die Stichwahlen landeseinheitlich am 27. Juni 2004 durchgeführt. Bei den Kommunalwahlen 1999 wurden von den 1 891 Bürgermeisterinnen oder Bürgermeistern 109 (ca. 5,5 %) erst in der Stichwahl ermittelt. Tritt nur ein Bewerber an und stimmen seiner Person nicht mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen zu, muss eine Wiederholungswahl angesetzt werden. Dies kam 1999 in insgesamt zehn Fällen vor.

Info

Ermittlung der Sitzverteilung

Die Sitzverteilung auf die einzelnen Wahlvorschlagsträger erfolgt seit den Kommunalwahlen 1989 nach dem Sitzverteilungsverfahren Hare/Niemeyer. Die auf die einzelnen Kandidaten verteilten Stimmen oder die vergebenen Listenstimmen für die jeweiligen Wahlvorschläge werden addiert und nach der mathematischen Proportion auf die zu vergebenden Sitze verteilt. Für die Berechnung wird die Anzahl der zu vergebenden Sitze der kommunalen Vertretungskörperschaft mit den für den jeweiligen Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen multipliziert und durch die Gesamtzahl der für die an der Verteilung beteiligten Parteien oder Wählergruppen abgegebenen Stimmen dividiert:

$$X = \frac{\text{Zahl der Ratssitze} \times \text{Gesamtzahl der für die Bewerberinnen und Bewerber des einzelnen Wahlvorschlags abgegebenen Stimmen}}{\text{Gesamtzahl der für die Bewerberinnen und Bewerber aller zu berücksichtigenden Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen}}$$

Die Wahlvorschlagsträger erhalten zunächst so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf sie entfallen. Verbleiben dann noch Sitze, werden sie nach der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile vergeben.

Dabei hat der Gesetzgeber eine Sperrklausel von 3,03% festgelegt. In die Aufteilung einbezogen werden daher nur die gültigen Stimmen der Wahlvorschläge, deren Stimmenzahl diese so genannte Wahlzahl erreicht hat. Die Wahlzahl ist die ganze Zahl (also die Zahl vor dem Komma), die sich ergibt aus der Gesamtzahl der Stimmen aller Parteien und Wählergruppen der Gemeinde geteilt durch 33. Die Zahl 33 ist dabei eine reine Rechengröße. Mit der Sperrklausel soll die Handlungsfähigkeit des kommunalen Parlaments gesichert werden.

Exkurs

Großzügige Auslegung soll Zahl der ungültigen Stimmzettel klein halten

Bei der Vergabe einer Vielzahl von Stimmen mit unterschiedlichen Verteilungsmöglichkeiten besteht die Gefahr, dass in größerem Umfang eine ungültige Stimmabgabe erfolgt und deshalb der Wählerwille nicht in ausreichendem Maße zum Ausdruck kommt. Dadurch wird das Wahlergebnis verfälscht. So können die Wähler beispielsweise unbewusst nicht alle zur Verfügung stehenden Stimmen vergeben haben. Der Gesetzgeber hat deshalb großzügige Heilungs- und Zuteilungsvorschriften erlassen, die die Zahl der ungültigen Stimmzettel gering halten sollen.

Als ungültig müssen die Wahlvorstände Stimmzettel werten, wenn der Wählerwille nicht mehr erkennbar ist. Dies trifft zu, wenn der Wähler mehr als eine Liste ankreuzt und keine Einzelstimmen vergibt. Kennzeichnet der Wähler aber neben mehreren Wahlvorschlägen Einzelstimmen, greift der Grundsatz des Vorrangs der Einzelstimme vor der Listenstimme. Deshalb werden in solchen Fällen grundsätzlich die vergebenen Einzelstimmen gezählt und die Listenstimmen bleiben unberücksichtigt.

Ein weiterer Ungültigkeitsgrund entsteht beim Panaschieren, also dem Kennzeichnen von Bewerbern verschiedener Listen, wenn der Wähler das Stimmenkontingent überschreitet. In diesem Fall ist für den Wahlvorstand nicht mehr erkennbar, welcher Bewerber des jeweiligen Wahlvorschlags vom Wähler bevorzugt wird.

Hat allerdings der Wähler lediglich Bewerber eines Wahlvorschlags gewählt und dabei mehr Stimmen vergeben als der Rat Sitze hat, ist der Stimmzettel insgesamt nicht als ungültig zu werten. Die gekennzeichneten Bewerber werden von oben nach unten gezählt, das heißt, die überzähligen Stimmen werden vom Ende der Liste her gestrichen. Diese Vorgehensweise wird insoweit ergänzt, als zunächst die Stimmen für Kandidaten mit nur einer Stimme, dann eine der beiden Stimmen für Bewerber, denen der Wähler zwei Stimmen gegeben hat, im Anschluss daran dann die zweite Stimme unberücksichtigt bleiben. Schließlich werden die Stimmen für Bewerber gestrichen, die vom Wähler drei Stimmen erhalten haben.

Wenn ein Wähler einem Kandidaten mehr als drei Stimmen gegeben hat, gelten diese als nicht gegeben. Der Stimmzettel bleibt gültig. Das gilt auch für den Fall, dass durch die Nichtberücksichtigung der zu viel gesetzten Stimmen die erforderliche Gesamtzahl der Stimmen unterschritten wird.

Auch für Fälle, in denen Wähler Listenstimmen und Einzelstimmen kombinieren, hat der Gesetzgeber Regelungen getroffen. Die Listenstimme hat dann keine Bedeutung, wenn so viele Einzelbewerber angekreuzt sind, wie der Rat Sitze hat. Anders ist dies, wenn der Wähler das Stimmenkontingent noch nicht ausgeschöpft hat, also weniger Bewerber angekreuzt sind als der Rat Mitglieder hat. In diesem Fall werden die Bewerber der angekreuzten Liste von oben nach unten „aufgefüllt“. Wenn der Rat also 16 Mitglieder hat, aber nur zwölf Stimmen vergeben sind, erhalten die ersten vier der angekreuzten Liste Stimmen, mit Ausnahme der vom Wähler bereits mit drei Stimmen gekennzeichneten Kandidaten. Vom Wähler gestrichene Personen erhalten keine Stimmen. Hat der Wähler einzelne Kandidaten auf dem Stimmzettel gekennzeichnet, aber sein Stimmenquorum nicht ausgefüllt, erfolgt bei fehlender Listenstimme keine Stimmenzuteilung.

Landesergebnis der Kommunalwahlen 1999

Traditionell wird das Landesergebnis der Kommunalwahlen aus den Wahlen zu den Kreistagen und den Stadträten der kreisfreien Städte ermittelt. Auf dieser Ebene sind die lokalpolitischen Einflüsse am geringsten zu veranschlagen, so dass mit den Landes- und Bundestagswahlen in Rheinland-Pfalz am ehesten ein Vergleich gezogen werden kann.

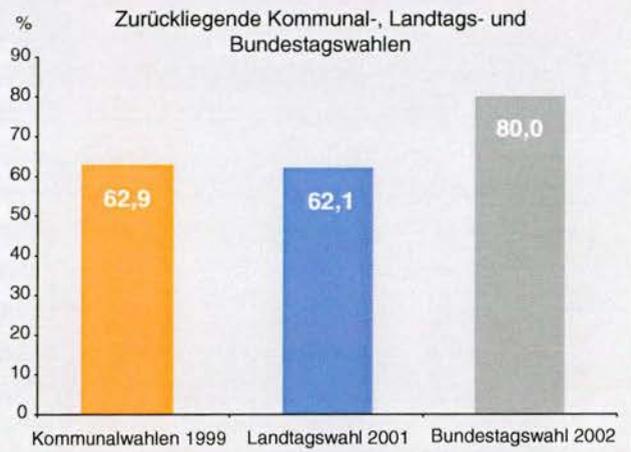
Niedrige Wahlbeteiligung

Auffallend bei den Kommunalwahlen 1999 war die landesweit niedrige Wahlbeteiligung. Von den 3 Mill. Wahlberechtigten gingen lediglich 1,9 Mill., also knapp 63%, zu den Urnen. Im Vergleich zu den vorangegangenen Kommunalwahlen bedeutet dies einen erheblichen Rückgang.

Damit reiht sich die Kommunalwahl auch im Vergleich zu der Landtagswahl 2001 und der Bundestagswahl 2002 in einen allgemeinen Rückgang der Wahlbeteiligung ein.

Es bleibt abzuwarten, ob sich der negative Trend bei der Wahlbeteiligung fortsetzt. Eine weitere erhebliche Zunahme der sich nicht an der Wahl beteiligenden Personen würde die demokratische Legitimierung der Räte schwächen.

S 1 Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten



Wahlausgang

Bei den Kommunalwahlen 1999 wurde die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) beim Landesergebnis stärkste Partei. Gegenüber 1994 konnte sie ihren Stimmenanteil von 39,5 auf 46,1% ausbauen. Dabei ist festzustellen, dass sie an absoluten Stimmen ihren Stand nur unwesentlich nach oben veränderte. Profitiert hat die CDU weitgehend von der niedrigen Wahlbeteiligung, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in nicht unerheblichem

Teilweise deutliche Verschiebungen im Kräfteverhältnis der Parteien

T 1

Landesergebnis der Kommunalwahlen 1994 und 1999

Wahlvorschlag	1994		1999		Differenz 99/94 in Prozentpunkten
	Gewichtete Stimmenzahl	%	Gewichtete Stimmenzahl	%	
SPD	813 971	38,4	673 586	36,1	-2,3
CDU	836 170	39,5	860 852	46,1	6,6
FDP	90 465	4,3	76 780	4,1	-0,2
GRÜNE	170 228	8,0	93 795	5,0	-3,0
REP	21 851	1,0	16 324	0,9	-0,1
ödp	9 231	0,4	3 501	0,2	-0,2
Sonstige Parteien	1 434	0,1	2 083	0,1	0,0
Wählergruppen	174 779	8,3	141 104	7,6	-0,7

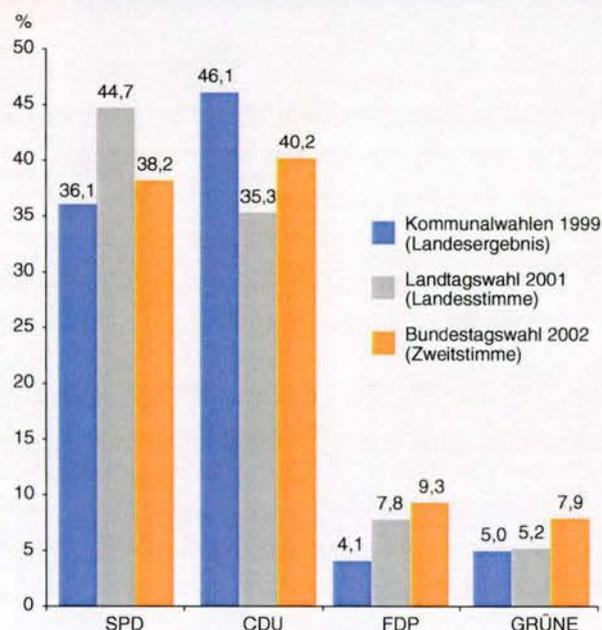
Maße Stimmen kostete. Die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE) musste ebenfalls den Verlust von landesweit 3 Prozentpunkten von 8 auf 5% hinnehmen. Die Freie Demokratische Partei (FDP) bestätigte ihr Ergebnis von etwas mehr als 4%. DIE REPUBLIKANER (REP) und die Ökologisch-Demokratische Partei (ödp) hatten ebenfalls Verluste zu verzeichnen.

Im Vergleich zu der Landtagswahl 2001 und der Bundestagswahl 2002 ergibt sich folgendes Bild:

Im Laufe von drei Jahren sind bisweilen große Schwankungen der Wahlergebnisse aller im Landtag vertretenen Parteien festzustellen. Dies beruht sicherlich zum einen auf der unterschiedlichen Art der Wahlen. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Wahlen unter verschiedenen zeitlichen Umständen mit ihren entsprechenden Einflüssen stattfanden. Zum anderen scheinen sich die traditionellen Bindungen an eine bestimmte Partei zu lösen. Vor diesem Hintergrund ist eine

S 2

Ergebnisse der im Landtag vertretenen Parteien bei den zurückliegenden Wahlen



Prognose für den Ausgang der Kommunalwahlen 2004 schwierig. Dies gilt umso mehr, als der Anteil der „Nicht-Wähler“ und damit seine Auswirkung auf das Wahlergebnis nicht vorhersehbar sind.

Wesentliche Änderungen des Kommunalwahlrechts

Sowohl beim Kommunalwahlgesetz als auch bei der Kommunalwahlordnung hat es Änderungen gegeben; die wichtigsten werden hier vorgestellt.

Kommunalwahlgesetz

Im Vordergrund der Novellierung des Kommunalwahlgesetzes (KWG) steht die Harmonisierung mit den Wahlgesetzen des Bundes und des Landes. Darüber hinaus sind viele Ergänzungen vorgenommen wor-

den. Dazu gehört beispielsweise der Einsatz von Wahlgeräten bei Kommunalwahlen oder die Möglichkeit, Wahlschablonen zu benutzen.

Das Recht auf die Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis (§ 12 KWG) ersetzt nunmehr seine bisher vorgesehene Auslegung. Damit soll den Anforderungen der informationellen Selbstbestimmung Rechnung getragen werden. Dies bedeutet im Einzelnen: Jeder Wahlberechtigte hat das Recht, die

Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis

Richtigkeit und Vollständigkeit der zu seiner Person im Wählerverzeichnis eingetragenen Daten zu überprüfen. Will er diese Überprüfung bei anderen im Wählerverzeichnis eingetragenen Personen vornehmen, muss er Tatsachen glaubhaft machen, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses ergibt. Bei Personen, für die im Melderegister ein Sperrvermerk nach § 34 Abs. 5 Meldegesetz eingetragen ist, besteht kein Einsichtsrecht. Das Wählerverzeichnis kann während der allgemeinen Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltungen in der Zeit vom 20. bis zum 16. Tag vor der Wahl eingesehen werden, also vom 24. Mai bis zum 28. Mai 2004. Die aufgrund der Einsichtnahme gewonnenen Erkenntnisse dürfen nur für die Begründung eines Einspruchs gegen das Wählerverzeichnis und für die Wahlprüfung verwendet werden.

Bewerber-
aufstellungs-
verfahren

Die Vertreter- oder Mitgliederversammlung zur Aufstellung von Bewerbern durch eine Partei oder eine mitgliedschaftlich organisierte Wählergruppe hat nach derzeitigem Recht stets in geheimer Abstimmung darüber zu befinden, ob und welche Bewerber bis zu dreimal im Wahlvorschlag aufgeführt werden sollen (Mehrfachbenennungen). Nach künftigem Recht ist erst nach einem entsprechenden Antrag darüber zu beschließen. Das verhindert die Gefahr der Abgabe eines unvollständigen Wahlvorschlags, wenn versehentlich kein diesbezüglicher, vom Gesetz verpflichtend vorzunehmender Beschluss gefasst wurde. Der Versammlungsleiter und zwei von der Versammlung berufene Teilnehmer haben über den Antrag und den Beschluss eine Versicherung an Eides statt abzugeben.

Da das Aufstellungsverfahren in die eigentliche Wahlvorbereitung hineinwirkt, ist den Mitgliedern die Möglichkeit einzuräumen, sich über die Person des Kandidaten und sein Programm zu orientieren. Deshalb können die Kandidaten sich nunmehr persönlich und ihr Programm in der gebotenen Zusammenfassung – nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts mindestens zehn Minuten – vorstellen. Dazu ist eine Antragstellung notwendig, die einer Auseinandersetzung, ob der Kandidat die Vorstellung eindeutig genug kenntlich gemacht hat, entgegenwirken soll. Der Antrag hat lediglich eine formelle Voraussetzung. Aufgrund seiner verfassungsrechtlichen Grundlage darf er nicht abgelehnt werden.

Auch bei der Aufstellung von Bewerbern durch eine nicht mitgliedschaftlich organisierte Wählergruppe sind die gleichen Anforderungen an das Verfahren zu stellen. In § 18 KWG ist nunmehr klargestellt, dass über die Bewerber einzeln oder in verbundener Einzelwahl abzustimmen ist. Dadurch wird gesetzlich ausgeschlossen, dass bei der Kandidatenaufstellung über mehrere Personen und gegebenenfalls die Reihenfolge in einem Wahlgang im Ganzen mit „Ja“ oder „Nein“ abgestimmt wird. Organisatorisch möglich ist, dass in einem Wahlgang, aber jeweils einzeln über jeden Kandidaten abzustimmen ist (verbundene Einzelwahl).

Weiterhin stellt das Gesetz nunmehr ausdrücklich fest, dass die Mitglieder der Versammlung das Recht haben, Kandidaten vorzuschlagen. Die Möglichkeit der Einflussnahme auf die Kandidatenaufstellung gehört zu dem demokratischen Kernbestand im Rahmen des parteiinternen Verfahrens. Darüber hinaus muss den Kandidaten der nicht mitgliedschaftlich organisierten Wählergrup-

pe auf Antrag das Recht eingeräumt werden, sich und ihr Programm vorzustellen. In der Versicherung an Eides statt haben der Versammlungsleiter und die beiden von der Versammlung bestimmten Teilnehmer die Einhaltung der Gesetzesbestimmungen zu bestätigen.

Schließlich dürfen die nicht mitgliedschaftlich organisierten Wählergruppen ihre Kandidaten frühestens 44 Monate nach Beginn der Wahlzeit aufstellen. Damit soll ein enger Zusammenhang vor dem Hintergrund einer umfassenden demokratischen Legitimierung zwischen der Wahl und der gerade zu diesem Termin ansässigen Bevölkerung geschaffen werden.

Zu beachten ist, dass die das Aufstellungsverfahren betreffenden Änderungen erst nach den Kommunalwahlen am 13. Juni 2004 zum 1. August 2004 in Kraft treten.

Stimmzettelschablone

Blinde oder sehbehinderte Wahlberechtigte können sich im Wahllokal einer Stimmzettelschablone bedienen. Diesem Personenkreis wird die Möglichkeit eröffnet, ohne eine Hilfsperson und damit unbeobachtet die Stimme abzugeben. Die Herstellung und Verteilung der Stimmzettelschablonen erfolgt durch die Verbände behinderter Menschen, die ihre Bereitschaft zur Herstellung von Stimmzettelschablonen erklärt haben. Die jeweiligen Verwaltungen haben deshalb unverzüglich nach der amtlichen Herstellung das Muster eines Stimmzettels den Verbänden zu übergeben. Die Gemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise sowie der Bezirksverband tragen die Kosten der Herstellung und Verteilung der Schablonen.

Wahlgeräte

Die bereits bei der Landtagswahl 2001 und der Bundestagswahl 2002 erfolgreich erprobten Wahlgeräte zur Erleichterung der

Abgabe und Zählung der Stimmen können nunmehr auch bei Kommunalwahlen eingesetzt werden. Die Geräte haben den Grundsatz des Wahlgeheimnisses zu gewährleisten. Bevor sie zum Einsatz kommen, müssen sie hinsichtlich ihrer Bauart für die Wahl der kommunalen Vertretungsorgane und ihrer Verwendung aufgrund der einschlägigen Rechtsverordnungen amtlich zugelassen und genehmigt sein. Wahlberechtigte, die durch körperliche Gebrechen gehindert oder wegen einer körperlichen Beeinträchtigung nicht in der Lage sind, die Geräte zu benutzen, können sich einer Hilfsperson bedienen.

Kommunalwahlordnung

Die Novellierung der Kommunalwahlordnung (KWO) vollzieht zum überwiegenden Teil die geänderten gesetzlichen Voraussetzungen. Diese und die darüber hinaus vorgenommenen wesentlichen Änderungen werden im Folgenden erläutert.

Das Wahlrecht kann derjenige ausüben, der im Wählerverzeichnis eingetragen ist. Die Eintragung wird in der Regel von Amts wegen durch die Gemeindeverwaltung vorgenommen. Alle Wahlberechtigten werden am 35. Tag vor der Wahl von der Gemeinde, in der sie mit ihrer (Haupt-)Wohnung gemeldet sind, in das Wählerverzeichnis eingetragen. Darüber erhält der Wahlberechtigte eine Benachrichtigung. Meldet sich der Wahlberechtigte innerhalb der Gemeinde um, bleibt er im Wählerverzeichnis des ursprünglichen Stimmbezirks eingetragen. Wechselt der eingetragene Wahlberechtigte nach dem Stichtag seinen Wohnort, hat er für eine entsprechende Berichtigung des Wählerverzeichnisses zu sorgen. Auf seinen

Eintragung
in das Wähler-
verzeichnis

Antrag, der bis zum 21. Tag vor der Wahl noch gestellt werden kann, ist er – sofern sein Wahlrecht für die einzelnen Wahlen vorliegt – in das neue Wählerverzeichnis der Zuzugsgemeinde einzutragen. Das Gleiche gilt für Wahlberechtigte, die sich in einer anderen Gemeinde mit einer neuen Hauptwohnung anmelden. Die Zuzugsgemeinde hat die Verwaltung der Wegzugsgemeinde über die Eintragung zu unterrichten. Diese wiederum streicht den Wahlberechtigten aus dem Wählerverzeichnis. Hat oder erhält die Wegzugsgemeinde über einen Wahlauschluss des Wahlberechtigten Kenntnis, hat sie unverzüglich die Zuzugsgemeinde entsprechend zu unterrichten. Der Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis ist in schriftlicher Form unter Nennung des Familiennamens, der Vornamen, des Tages der Geburt und genauen Anschrift der Hauptwohnung zu stellen. Sammelanträge sind möglich, müssen jedoch von jedem Wahlberechtigten persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein. Über die beschriebenen Regelungen ist der Betroffene zu belehren.

Die Bürgerinnen und Bürger, die Politik und die Medien haben ein besonderes Interesse an der schnellen Mitteilung der Wahlergebnisse am Wahlabend. Deshalb hat der Landeswahlleiter zur Übertragung der Wahlergebnisse ein automatisiertes Verfahren entwickelt. Dieses hat auch bereits in der Vergangenheit zu einer umfassenden und aktuellen Information der interessierten Kreise geführt. Der Verordnungsgeber hat nunmehr die rechtlichen Grundlagen für diese Vorgehensweise geschaffen.

Die Bürgerinnen und Bürger können nunmehr auch zu den Kommunalwahlen einen Wahlschein per E-Mail beantragen. Einige Verwaltungen stellen entsprechende Formulare in ihren Internet-Angeboten zur Verfügung. Wird für einen Dritten ein Wahlschein per E-Mail beantragt, ist eine entsprechende Vollmacht nachzureichen.

Neues
Verfahren zur
Übermittlung
der Wahl-
ergebnisse

Wahlschein-
antrag
per E-Mail

Dr. Stephan Danzer ist stellvertreter Landeswahlleiter.

Tourismus 2003



Von Wolfgang Ellermeyer

Wieder mehr Gäste im rheinland-pfälzischen Fremdenverkehr: Das ist eine erfreuliche Nachricht nach rückläufigen Zahlen in den Jahren 2001 und 2002. Im vergangenen Jahr verbuchte die Tourismusbranche mit fast 7 Mill. Gästen ihr zweitbestes Ergebnis nach dem Rekordjahr 2000. Gegenüber 2002 nahm das Gästeaufkommen um 0,9% zu. Die Zahl der Übernachtungen bewegte sich mit über 21 Mill. leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Mit den Zuwächsen an ausländischen Gästen und deren Übernachtungen um 2,2 bzw. 1,7% zeigt sich für diese Gästegruppe ein erheblich günstigerer Verlauf als für Besucher aus dem Inland (+0,6 bzw. -0,5%).

38% des Bettenvolumens in Hotelbetrieben

In den rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden wurden im vergangenen Jahr mehr als 190 000 Fremdenbetten in einer Vielzahl von Fremdenverkehrs- und Freizeiteinrichtungen angeboten. Allein die rund 1 400 Hotelbetriebe stellten rund 38% der Betten (fast 72 000) zur Verfügung. Das zweitgrößte Kontingent mit weiteren 18% des Bettenvolumens (35 000) fand sich bei den Privatzimmervermietern und gewerblichen Kleinbetrieben mit weniger als neun Fremdenbetten.¹⁾ In Gasthöfen konnten die Besucher zwischen 12 500 Fremdenbetten (7%) ihre Auswahl treffen. Weitere Übernachtungsmöglichkeiten standen in Pensionen, Hotels garnis, Erholungs-, Ferien-, Schulungs- und Schullandheimen, Ferienzentren und -wohnungen, in Jugendherbergen und ähnlichen Einrichtungen sowie in Vorsorge- und Rehabilitationskliniken zur Verfügung.

Bettenauslastung im Gesamtdurchschnitt bei 31%

Im Jahr 2003 wurde über alle Betriebsarten hinweg ein durchschnittlicher Auslastungsgrad der Betten von 31% erreicht. Bei dieser Maßzahl werden die rechnerisch möglichen Übernachtungen, die sich aus der Zahl der angebotenen Betten multipliziert mit der Zahl der betrieblichen Öffnungstage ergeben, in Relation zu den tatsächlich gezählten Übernachtungen gesetzt. Der Auslastungsgrad weist deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Betriebsarten auf.

Eine unterdurchschnittliche Bettenauslastung hatten die Gasthöfe (21%), Ferienwohnungen (22%), Kleinbetriebe und Pensionen (jeweils 26%), Hotels garnis (29%) und Hotels (30%). Überdurchschnittlich schnitten Ferienzentren (45%), Jugendherbergen (39%) sowie Erholungs- und Schulungsheime (34%) ab. Der höchste Auslastungsgrad (73%) findet sich naturgemäß in den rheinland-pfälzischen Sanatorien und Kurkrankenhäusern, die der Erholung, Rekonvales-

Überdurchschnittliche Auslastung in Ferienzentren

¹⁾ In Rheinland-Pfalz findet diese Betriebsart auf Grund ihres hohen Stellenwertes traditionell Berücksichtigung in der amtlichen Statistik. Um die Belastung der Kleinbetriebe in Grenzen zu halten, beschränkt sich die Befragung auf Betriebe in 643 ausgewählten Fremdenverkehrsgemeinden.

zenz oder Rehabilitation von Patienten dienen. Bei einem seit Jahren fast konstanten Bestand von rund 190 000 Fremdenbetten bewegen sich die Auslastungsgrade damit auf dem niedrigen Niveau der Vorjahre.

Mehr Gäste, aber keine Zunahme bei Übernachtungen

Nach Rückgängen in den Jahren 2001 (-4,2%) und 2002 (-0,7%) verbuchte die rheinland-pfälzische Tourismusbranche im vergangenen Jahr mit fast 7 Mill. Gästen (+0,9%) ein durchaus respektables Ergebnis. Diese Zahl wurde nur im Rekordjahr 2000 übertroffen.

Tendenz zum Kurzurlaub

Mit 21,2 Mill. Übernachtungen hat sich der Negativtrend der letzten Jahre immerhin verlangsamt (-0,1%). In den Jahren 2001 und 2002 hatten die Rückgänge noch bei 3,3 bzw. 2% gelegen. In der verglichen mit den Gästeankünften ungünstigeren Entwicklung der Übernachtungszahlen spiegelt sich ein

verändertes Urlaubsverhalten der Reisenden wider, das zunehmend zum Kurzurlaub tendiert.

Höhere Gästezahlen durch Besucher aus dem Ausland

Die Zahl der inländischen Besucher nahm im vergangenen Jahr um 0,6% auf fast 5,6 Mill. zu. Bei einer Aufenthaltsdauer von 3,1 Tagen wurden von deutschen Gästen über 17 Mill. Übernachtungen gebucht. Das waren allerdings 0,5% weniger als im Jahr 2002. Hier unterscheidet sich Rheinland-Pfalz von den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sowie den Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein, die nicht nur hinsichtlich der Zahl der Gäste, sondern auch bei den Übernachtungen Zuwächse im Inlandstourismus zu verzeichnen hatten.

Bei den Touristen aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland erfreute sich Rheinland-Pfalz als Urlaubsregion im vergangenen Jahr zunehmender Beliebtheit. Nach Einbußen von 7,2% im Jahr 2001 – wesentlich geprägt durch eine Reisezurückhaltung nach dem Terroranschlag vom 11. September in New York – und Einbußen von 1% im Jahr 2002 nahm die Zahl der Auslands-gäste im vergangenen Jahr um 2,2% auf fast 1,4 Mill. zu. Im Schnitt blieben sie drei Tage, so dass mehr als 4,1 Mill. Übernachtungen (+1,7%) gezählt wurden.

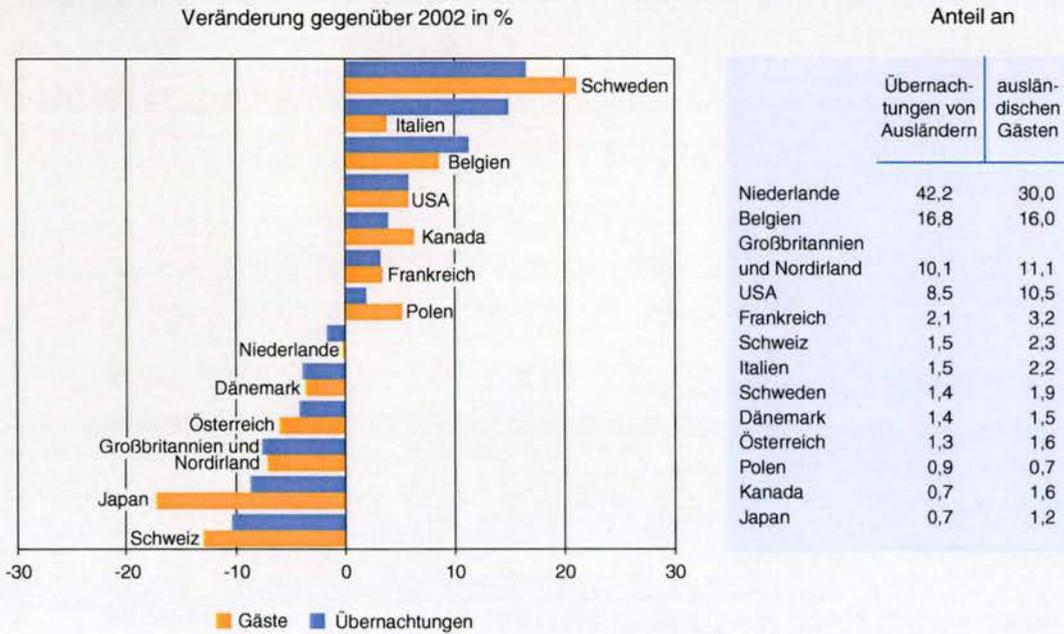
Die meisten Ausländer, nämlich 415 000 Gäste, kamen, wie auch schon in den vergangenen Jahren, aus den Niederlanden – eine Besuchergruppe, für die besonders die großen rheinland-pfälzischen Ferienzentren, die neben Übernachtungsmöglichkeiten ei-

Trotz leichter Rückgänge – die meisten Gäste sind Niederländer

T 1 Bettenauslastung 2003 nach Betriebsarten

Betriebsart	Betriebe ¹⁾	Betten ¹⁾	Bettenauslastung ²⁾
	Anzahl		%
Hotels	1 421	71 869	29,6
Gasthöfe	651	12 560	20,7
Pensionen	626	10 989	26,0
Hotels garnis	321	9 707	28,8
Erholungs-, Ferien-, Schulungs-, Schullandheime	149	11 228	34,0
Ferienzentren	14	11 464	44,6
Ferienhäuser, -wohnungen	377	11 149	22,3
Jugendherbergen u. ä. Einrichtungen	104	8 374	39,3
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	58	8 690	73,3
Privatquartiere ³⁾	.	35 753	25,7
Insgesamt	3 721	191 783	31,3

1) Juni 2003. – 2) Jahresdurchschnitt. – 3) Einschließlich gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als neun Fremdenbetten.



ne Fülle von Freizeitangeboten zur Verfügung stellen, attraktive Anziehungspunkte waren. Mehr als die Hälfte der Übernachtungen von Niederländern war allein in dieser Betriebsart zu verzeichnen. Insgesamt buchten die niederländischen Besucher 1,8 Mill. Übernachtungen. Damit entfielen auf sie allein 42% der Übernachtungen von Ausländern. Allerdings hat gegenüber 2002 die Zahl der holländischen Gäste um 0,2% und die Zahl ihrer Übernachtungen um 1,7% abgenommen.

Mehr Belgier und Amerikaner, weniger Briten

Mit 222 000 Gästen (+8,6%) und 701 000 Übernachtungen (+11%) stellten die Belgier die zweitgrößte Besuchergruppe aus dem Ausland. Auf sie entfiel ein Übernachtungsanteil von 17%. In der Rangfolge an dritter Stelle stehen die Briten, deren Gäste- und Übernachtungszahlen (-7,1 bzw. -7,6%) gegenüber 2002 allerdings kräftig zurückgegangen sind. Immerhin lag ihr Anteil an

den Übernachtungen aller Ausländer noch bei etwas über 10%. Die traditionellen Reiseziele der Briten, die Fremdenverkehrsregionen Rheintal und Mosel/Saar, mussten dabei Übernachtungseinbußen von 8,7 bzw. 4,4% verkraften. Im Fremdenverkehrsgebiet Hunsrück/Nahe/Glan mit dem Flughafen Hahn stiegen die Übernachtungsziffern der Briten hingegen um 4,5%. Der Flughafen Hahn dürfte in der Region auch eine wesentliche Ursache für die hohen Zuwächse bei den Besuchern aus Italien, Österreich sowie den skandinavischen Ländern sein.

Erfreulich war die Entwicklung bei den Besuchern aus den USA. Nach den zweistelligen Rückgängen in den Jahren 2001 und 2002 nahm sowohl die Zahl der amerikanischen Gäste (146 000) als auch der Übernachtungen (353 000) mit jeweils +5,8% erstmals wieder zu.

T 2

Gäste und Übernachtungen 2003 nach Betriebsarten

Betriebsart	Gäste		Übernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zu 2002	insgesamt	Veränderung zu 2002
	Anzahl	%	Anzahl	%
Hotels	3 591 363	-0,2	7 576 010	-0,7
Gasthöfe	310 569	2,8	868 907	7,3
Pensionen	276 228	3,5	940 279	3,2
Hotels garnis	429 436	1,0	954 950	0,4
Erholungs-, Ferien-, Schulungs-, Schullandheime	414 463	1,7	1 376 583	-1,8
Ferienzentren	369 899	5,1	1 882 821	-0,6
Ferienhäuser, -wohnungen	181 886	4,9	868 662	6,5
Jugendherbergen u. ä. Einrichtungen	502 050	-1,2	1 166 475	0,7
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	104 457	-7,9	2 304 119	-5,0
Privatquartiere ¹⁾	775 259	4,1	3 290 056	1,1
Insgesamt	6 955 610	0,9	21 228 862	-0,1

1) Einschließlich gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als neun Fremdenbetten.

T 3

Ausländische Gäste und deren Übernachtungen 2003 nach Betriebsarten

Betriebsart	Gäste		Übernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zu 2002	insgesamt	Veränderung zu 2002
	Anzahl	%	Anzahl	%
Hotels	832 411	3,0	1 826 141	3,7
Gasthöfe	53 524	2,9	147 698	9,1
Pensionen	28 911	0,5	92 943	1,1
Hotels garnis	79 382	-3,6	203 112	-4,2
Erholungs-, Ferien-, Schulungs-, Schullandheime	10 338	16,9	51 642	21,4
Ferienzentren	193 172	2,1	1 101 005	-1,5
Ferienhäuser, -wohnungen	27 001	-4,1	155 530	3,5
Jugendherbergen u. ä. Einrichtungen	34 546	1,1	70 451	-0,6
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	1 333	6,3	8 321	12,7
Privatquartiere ¹⁾	124 390	1,8	508 003	0,6
Insgesamt	1 385 008	2,2	4 164 846	1,7

1) Einschließlich gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als neun Fremdenbetten.

Übernachtungsrückgang bei Hotels – Zuwachs bei Kleinbetrieben

Weniger inländische, aber mehr ausländische Hotelgäste

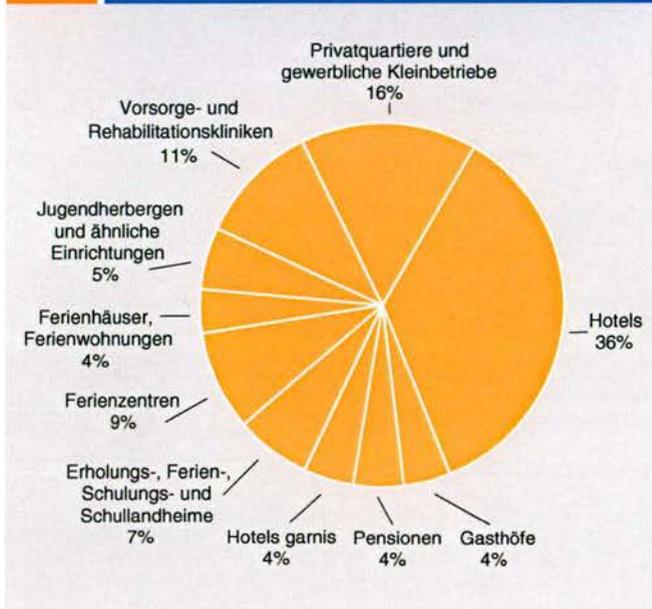
Ein Drittel der Übernachtungen wurde in den rheinland-pfälzischen Hotelbetrieben gezählt. Das waren 0,7% weniger als im Jahr 2002. Ursächlich für diese Entwicklung war das Ausbleiben von inländischen Hotelgästen, deren Übernachtungsziffern um 2% zurückgingen. Hier könnten sich die schwache Binnenkonjunktur sowie damit verbundene Kosteneinsparungen im Reiseverkehr der inländischen Geschäftsleute bremsend ausgewirkt haben. Förderlich für das Reiseverhalten der ausländischen Geschäftsleute dürfte die positive Geschäftsentwicklung mit dem Ausland im vergangenen Jahr gewesen sein. Die Zahl der ausländischen Hotelgäste (+3%) sowie deren Übernachtungen (+3,7%) zeigten jedenfalls eine erfreuliche Erholung.

Nach den Hotels registrierten die Privatzimmervermieter und gewerblichen Kleinbetrie-

be mit weniger als neun Fremdenbetten mit 3,3 Mill. das zweithöchste Übernachtungsaufkommen im Land. Dies unterstreicht die Bedeutung dieser Betriebsart für den rheinland-pfälzischen Tourismus (siehe S 2).

S 2

Übernachtungen 2003 nach Betriebsarten

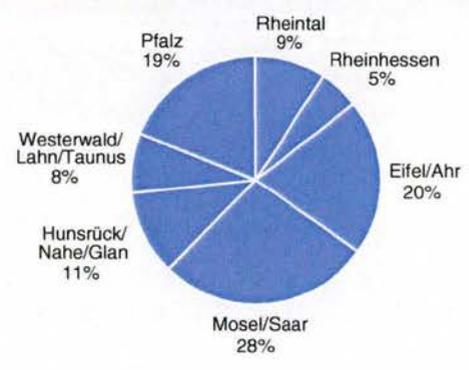


Gleichzeitig scheint sie ein Beleg für die verstärkte Tendenz zum Aufenthalt in einfacheren Quartieren zu sein. Neben den Kleinbetrieben wiesen nämlich auch Gasthäuser, Ferienwohnungen, Pensionen, Hotels garnis und Jugendherbergen Zuwächse aus, während die übrigen Betriebsarten von Übernachtungsrückgängen betroffen waren.

Entwicklung in den Fremdenverkehrsgebieten uneinheitlich

In den sieben rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgebieten verlief die Entwicklung im vergangenen Jahr uneinheitlich. Während sich die Tourismusbranche in den Regionen Mosel/Saar, Eifel/Ahr, Westerwald/Lahn/Taunus und Hunsrück/Nahe/Glan über

S 3 Übernachtungen 2003 nach Fremdenverkehrsgebieten



Fremdenverkehrsgebiete in Rheinland-Pfalz



positive Veränderungen freuen konnte, mussten das Rheintal und Rheinhausen Rückgänge hinnehmen. Die Pfalz hatte zwar mehr Gäste, aber weniger Übernachtungen.

Ursächlich für den Rückgang in Rheinhausen war in erster Linie das Ausbleiben von Inlandsgästen, deren Übernachtungszahl um 4,3% auf 838 000 gesunken ist. Die Zahl der Übernachtungen von Auslandsgästen stieg hingegen um 2,8% auf über 318 000. Dabei wurden Übernachtungsrückgänge von Besuchern aus den europäischen Nachbarstaaten durch Zuwächse bei den Übernachtungen von Besuchern aus dem asiatischen Raum und vom amerikanischen Kontinent kompensiert. Bei dieser Entwicklung dürfte die Nähe zum Flughafen Frankfurt eine wichtige Rolle spielen. Insbesondere in der Stadt Mainz haben Fluggesellschaften unter anderem aus Asien und den USA feste Bettenkontingente größeren Umfangs für ihr Flugpersonal geordert. Die Entwicklung in Rheinhausen wird stark von der Landeshauptstadt Mainz geprägt. Hier sind die Inländerübernachtungen überdurchschnittlich um 6,9% zurückgegangen.

Weniger deutsche, mehr ausländische Gäste in Rheinhausen

T4

Gäste und Übernachtungen 2003 nach
Fremdenverkehrsgebieten

Fremden- verkehrsgebiet	Gäste		Übernachtungen	
	ins- gesamt	Verände- rung zu 2002	ins- gesamt	Verände- rung zu 2002
	Anzahl	%	Anzahl	%
Rheintal	797 852	-3,0	1 937 694	-3,5
Rheinhausen	640 237	-2,4	1 156 447	-2,4
Eifel/Ahr	1 207 715	0,5	4 291 791	0,4
Mosel/Saar	1 743 840	3,1	5 802 428	1,6
Hunsrück/Nahe/Glan	599 583	4,4	2 355 058	0,1
Westerwald/Lahn/Taunus	513 584	0,3	1 650 154	0,3
Pfalz	1 452 799	1,3	4 035 290	-0,8
Insgesamt	6 955 610	0,9	21 228 862	-0,1

Dies kann auf ein verändertes Reiseverhalten der Inlandtouristen hindeuten, kann aber auch mit weniger inländischen Geschäftsreisenden zusammenhängen. Da das Reisemotiv im Rahmen der monatlichen Fremdenverkehrs- und Beherbergungsstatistik nicht erfragt wird, können hierzu höchstens Vermutungen angestellt werden.

Rückgänge in
den Heilbädern
des Rheintals

Im Rheintal war bei 1,9 Mill. Übernachtungen mit -3,5% der höchste Übernachtungsrückgang des Landes zu beobachten. Dabei entfiel ein Drittel aller Übernachtungen auf die

zu den Heilbädern gehörenden Städte Bad Breisig, Bad Hönningen, Boppard mit dem Ortsteil Bad Salzig, Sinzig mit dem Ortsteil Bad Bodendorf, den Kneipp-Kurort Vallendar sowie die Stadt Lahnstein mit ihren Heilquellen-Kurbetrieben. In dieser Gemeindegruppe gingen die Übernachtungszahlen insgesamt um 5,6% zurück, was hauptsächlich mit den Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen zusammenhängen dürfte. Hierfür spricht auch, dass die Übernachtungszahlen in den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken des Rheintals gegenüber dem Jahr 2002 um 8,7% gesunken sind.

Bei einem Vergleich der durchschnittlichen Verweildauer fällt auf, dass sich die Übernachtungsgäste im Durchschnitt nur 2,4 Tage im Rheintal aufhalten. Landesweit beträgt die Aufenthaltsdauer 3,1 Tage. Der fehlende Anreiz für einen längeren Besuch des Rheintals ist möglicherweise auch in der weniger urlaubsfreundlichen Verkehrslage mit den stark frequentierten Bahnlinien und Bundesstraßen beiderseits des Rheins zu suchen.

Region Mosel/Saar mit höchster Übernachtungsintensität

Hinsichtlich der Zahl der Gäste und Übernachtungen führen in Rheinland-Pfalz die Fremdenverkehrsgebiete Eifel/Ahr, Mosel/Saar und Pfalz. Will man einen Maßstab für die Bedeutung des Fremdenverkehrs für die einheimische Bevölkerung finden, so wird dazu in der Tourismusstatistik üblicherweise die so genannte Übernachtungs- oder Fremdenverkehrsintensität verwendet. Sie ist definiert als die Zahl der Übernachtungen in einem Gebiet je 1 000 Einwohner.

T5

Ausländische Gäste und deren Übernachtungen
2003 nach Fremdenverkehrsgebieten

Fremden- verkehrsgebiet	Gäste		Übernachtungen	
	ins- gesamt	Verände- rung zu 2002	ins- gesamt	Verände- rung zu 2002
	Anzahl	%	Anzahl	%
Rheintal	193 195	-9,3	429 307	-7,0
Rheinhausen	193 749	6,0	318 351	2,8
Eifel/Ahr	288 194	-2,0	1 131 493	-2,3
Mosel/Saar	414 983	4,7	1 379 797	5,0
Hunsrück/Nahe/Glan	96 923	15,7	396 193	8,6
Westerwald/Lahn/Taunus	35 740	-4,8	90 163	-1,4
Pfalz	162 224	10,2	419 542	6,3
Insgesamt	1 385 008	2,2	4 164 846	1,7

Im Hinblick auf diese Verhältniszahl liegt das Fremdenverkehrsgebiet Mosel/Saar mit deutlichem Abstand vor allen Regionen in Rheinland-Pfalz. Hier wirkten sich bei einer vergleichsweise niedrigen Bevölkerungszahl hohe Übernachtungszahlen in den Hotels sowie bei den Kleinbetrieben und Privatzimmervermietern positiv aus. Die zweithöchste Übernachtungsintensität ergibt sich für das Reisegebiet Eifel/Ahr. Insbesondere Hotels und große Feriencentren bewirkten in dieser Region eine hohe Intensität. Noch vor der Pfalz rangieren das Gebiet Hunsrück/Nahe/Glan, das Rheintal (dieses musste im vergangenen Jahr die größten Übernachtungsrückgänge hinnehmen) und die Region Westerwald/Lahn/Taunus. Rheinhessen, das Fremdenverkehrsgebiet mit der zweithöchsten Bevölkerungszahl, belegte den letzten Platz. Die durchschnittliche Übernachtungsintensität in Rheinland-Pfalz belief sich im Jahr 2003 auf 5 233 Übernachtungen je 1 000 Einwohner.

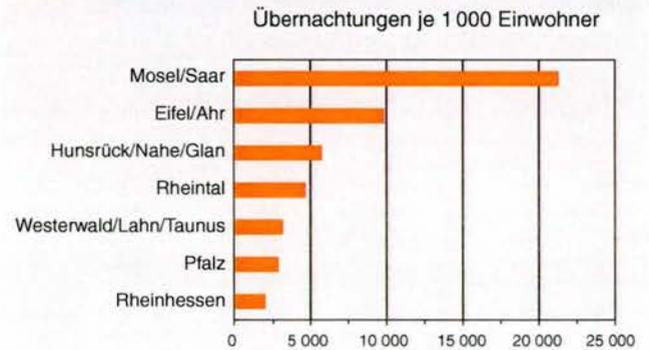
Malerisches Bernkastel-Kues und Heilbad Neuenahr-Ahrweiler ziehen Besucher an

Zehn bedeutende Tourismusorte halten ein Viertel des Gästeaufkommens und der Übernachtungen

Das malerische Bernkastel-Kues an der Mosel war im vergangenen Jahr die Stadt mit dem höchsten Übernachtungsaufkommen. In 51 Betrieben mit 4 000 Fremdenbetten wurden mehr als 740 000 Übernachtungen gezählt. Auf das größte rheinland-pfälzische Heilbad, die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler, entfielen 705 000 Übernachtungen. Die Landeshauptstadt Mainz war der Ort mit dem höchsten Gästeaufkommen im Land. Begünstigt durch ihre Lage im Rhein-Main-Gebiet, zog sie im vergangenen Jahr 402 000 Besucher an.

S 4

Übernachtungsintensität 2003 nach Fremdenverkehrsgebieten



Die Römerstadt Trier erfreute sich eines Übernachtungszuwachses von 4,4%. Mit fast 534 000 Übernachtungen lag die kleine Eifelgemeinde Gunderath im Landkreis Daun, Sitz eines großen Feriencentrums, auf Rang fünf. Mit Bernkastel-Kues, Trier, Kröv und Leinen befinden sich vier der bedeutendsten Fremdenverkehrsgemeinden im Reisegebiet Mosel/Saar.

Kleine Gemeinde mit großem Feriencentrum rangiert weit vorne

Gästepflicht auf Campingplätzen

Die bisherigen Ausführungen bezogen sich ausschließlich auf Tourismusdaten der Hotellerie und der Parahotellerie. Daneben wird in Rheinland-Pfalz das Gäste- und Übernachtungsaufkommen der Campingplätze als eigenständiger sonstiger Beherbergungsbereich erfasst und ausgewiesen.

Auf den rund 250 genehmigungspflichtigen Campingplätzen des Landes wurden im abgelaufenen Jahr 937 000 Gäste (+3,3%) und 4,5 Mill. Übernachtungen (-0,6%) gezählt. 43% der Übernachtungen (1,9 Mill.) entfielen auf den Touristik- oder Durchgangscam-

T 6

Tourismus in den zehn rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden mit den meisten Übernachtungen 2003

Stadt Gemeinde	Betriebe ¹⁾	Betten	Gäste		Übernachtungen	
			insgesamt	Veränderung zu 2002	insgesamt	Veränderung zu 2002
			Anzahl		Anzahl	
			%		%	
Berncastel-Kues	51	4 000	173 851	14,9	741 557	-4,5
Bad Neuenahr-Ahrweiler	67	4 479	190 638	1,5	705 711	-0,7
Mainz	41	4 907	402 352	-2,8	694 005	-2,6
Trier	59	4 385	339 201	-0,3	665 837	4,4
Gunderath	1	2 344	115 106	4,3	533 756	-2,0
Koblenz	61	3 837	254 809	0,0	487 877	-1,7
Kröv	11	3 235	80 744	4,2	449 901	2,6
Bad Dürkheim	28	2 336	88 945	-2,7	445 870	-4,8
Bad Kreuznach	36	2 482	75 473	1,4	437 986	-1,8
Leiwen	23	2 781	84 668	8,3	354 776	7,7

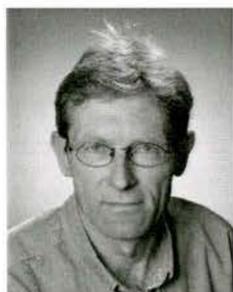
1) Ohne Privatquartiere und gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als neun Fremdenbetten.

pingbereich, in dem die Stellplatznutzung für kurze Fristen bis maximal zwei Monate vereinbart wird. Der Übernachtungsanteil der so genannten Dauercamper, die einen Stellplatz längerfristig nutzen, belief sich auf 57% (2,6 Mill.). Bei dieser Zahl ist allerdings zu berücksichtigen, dass eine vollständige Erfassung aller Dauercampinggäste und -übernachtungen auf erhebliche Schwierigkeiten stößt, da Anreise- und Abreisetag so-

wie die Personenzahl dieser Besuchergruppe nicht immer vollständig registriert werden können.

Wolfgang Ellermeyer, Betriebswirt (VWA), ist als Sachgebietsleiter für die Fremdenverkehrsstatistik zuständig.

Der Weinjahrgang 2003 – ein Jahrhundertjahrgang?



Von Gerd Kramer

Das Erntejahr 2003 war von einem außergewöhnlichen Wettergeschehen geprägt. Eine Rekordmeldung jagte im Verlauf des „Sommers“ 2003 die andere. In besonderem Maße bestimmten die extremen Wetterverhältnisse auch die Entwicklung der Weinreben und -trauben. Die Antwort auf die Frage, ob aus dem besonderen „Rohstoff Weinmost“ der Ernte 2003 auch ein „besonderer Tropfen“ – ein „Jahrhundertwein“ – wird, ist ohne sensorische Prüfungen nicht abschließend zu beantworten; nach den Ergebnissen der Weinstatistik zu Menge und Qualität deutet jedoch vieles auf einen Jahrhundertjahrgang hin. Inwieweit er als hochwertiger Prädikatswein auf den Markt kommt, wird dabei nicht allein durch die gewachsenen Qualitäten bestimmt.

Wenig Masse, viel Klasse

Niedrigste Erntemenge seit 1985

Mit knapp 5,6 Mill. hl gehört die 2003 geerntete Mostmenge zu den unterdurchschnittlichen Jahrgängen. Sie ist die geringste Weinmosternte seit 1985 und liegt um 16% unter der Ernte des Vorjahres (siehe S 1). Im Langzeitvergleich seit 1949 wird der durchschnittliche Hektarertrag von 96,3 hl/ha im Erntejahr 2003 (91 hl/ha) deutlich unterschritten.

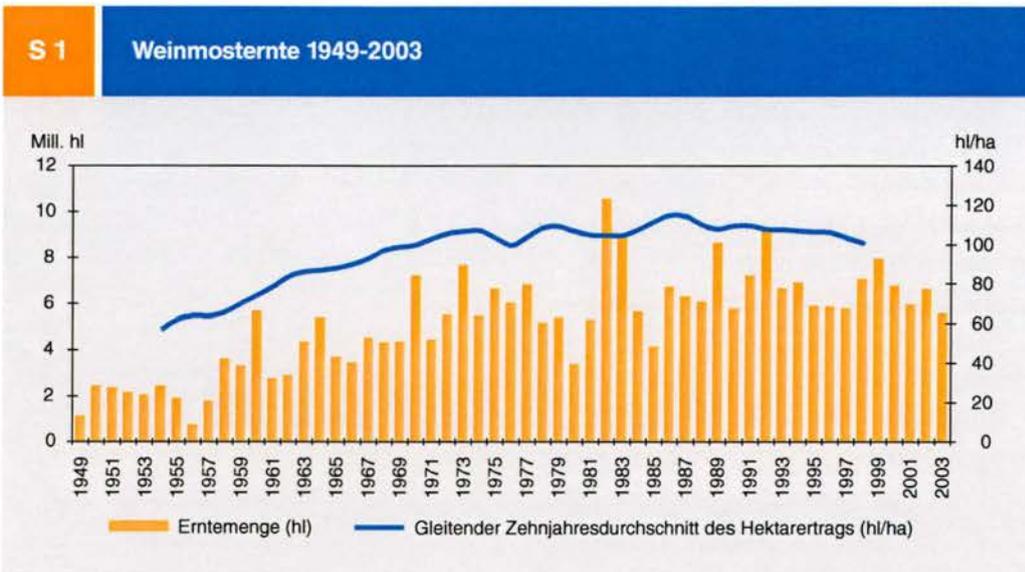
Die Erntemenge wurde Anfang Februar im Wege der sekundärstatistischen Auswertung der Traubenerntemeldungen, die für die EU-Weinbaukartei abgegeben werden, ermittelt. Vergleicht man das Auswertungsergebnis mit dem vorläufigen Ergebnis aus den Expertenschätzungen der für das Statistische Landesamt tätigen Berichterstatter¹⁾, so sind die Abweichungen hinsichtlich der Menge

gering. Das betrifft sowohl den Vergleich nach Weinmostarten (Weißmost, Rotmost) als auch in der regionalisierten Betrachtung nach Anbaugebieten.

Gewachsene Spitzenqualität muss kein Prädikatswein werden

Die beiden Quellen – Schätzungen der Berichterstatter und Traubenerntemeldung – liefern jeweils Auskunft über die prozentuale Einstufung der Erntemenge in die drei Qualitätsgruppen „Tafelwein“, „Qualitätswein“ und „Qualitätswein mit Prädikat“. Wesentlicher Unterschied ist, dass die Berichterstatter die Qualitätseinteilung aufgrund der Eignung der Moste vornehmen, wohingegen die Winzer bei der Traubenerntemeldung die Qualitätseinstufung unter dem Aspekt der Vermarktung festlegen, indem sie Herkunft, Rebsorte und Verwendungsart ihrer geernteten Traubenmengen qualitätsstufenspezifisch melden.

1) Rund 400 ehrenamtliche Berichterstatter für den Weinbau schätzen im Rahmen der Ernteberichterstattung zu verschiedenen Terminen, endgültig Mitte November, den zu erwartenden Ertrag in ihrem Berichtsbezirk und geben eine Einschätzung der Qualität ab.



Im Einzelfall kann dabei eine geringere Qualitätseinstufung als die bestmögliche in Frage kommen, beispielsweise dann, wenn wegen der gesicherten Nachfrage im niederpreisigen Marktsegment („Literwein“) ein entsprechendes Angebot zu schaffen ist.

Jahrgang, so fällt auf, dass zwar mit rund 90% ein außergewöhnlich hoher Anteil der Erntemenge zum Ausbau als Qualitätswein mit Prädikat (Kabinett, Spätlese, Auslese etc.) geeignet gewesen wäre, die Winzer letztlich aber unter dem Aspekt der Vermarktung nur knapp 50% zur Herstellung hochpreisiger Weine eingesetzt haben. Durch diese Praxis der Herabstufung ist beispielsweise denkbar, dass sich in einer Literflasche weißen

Der Markt bestimmt die ausgebaute Qualität

Vergleicht man die Qualitätseinstufungen der Berichterstatter und diejenigen der Winzer in ihren Traubenerntemeldungen für den

T 1 Weinmosternte 2003 nach Anbaugebieten

Anbaugeländ Land	Endgültiges Ergebnis Februar 2004 (Traubenerntemeldung)				Vorläufiges Ergebnis November 2003 (Ernteberichterstattung)				Durchschnittliches Mostgewicht Grad Öchsle
	Erntemenge	Davon bestimmt als			Erntemenge	Davon geeignet als			
		Tafelwein	Qualitätswein	Qualitätswein mit Prädikat		Tafelwein	Qualitätswein	Qualitätswein mit Prädikat	
	hl	%			hl	%			
Ahr	30 666	0,3	73,3	26,5	32 545	0,0	17,8	82,2	91
Mittelrhein	28 470	0,9	45,9	53,2	31 685	0,0	8,2	91,8	90
Mosel-Saar-Ruwer	842 861	0,9	45,7	53,4	828 659	0,0	6,7	93,3	85
Nahe	295 748	1,7	40,1	58,3	317 243	0,0	4,6	95,4	90
Rheinhausen	2 323 281	4,6	41,1	54,3	2 279 728	0,0	8,8	91,1	88
Pfalz	2 064 006	7,3	51,8	40,8	2 046 858	0,0	15,2	84,7	86
Rheinland-Pfalz	5 585 032	4,9	45,9	49,2	5 536 718	0,0	10,7	89,3	87
Weißmost	3 997 081	6,4	30,6	63,0	3 997 784	0,0	4,8	95,2	89
Rotmost	1 587 951	1,0	84,5	14,5	1 538 934	0,1	26,0	73,9	82

Qualitätsweins aus der Pfalz ein Wein befindet, der das qualitative Potenzial einer Spätlese hat. Das Qualitätspolster der Weine des vergangenen Jahres ist allgemein sehr hoch, das Risiko für den Kunden, einen „flachen“ 2003er zu erhalten, ist entsprechend gering. Auch mit Tafel- und Qualitätsweinen des Jahrgangs 2003 wird der Weintrinker wohl kaum einen Fehlgriff tun.

Herabstufung zum Qualitätswein vor allem beim Dornfelder

Im Rotweinsegment, wo die Wahl der Rebsorte einen höheren Stellenwert hat als die Einstufung in Qualitätskategorien, zeigt sich mit der Konzentration auf die Herstellung von Qualitätswein (84,5%) die Verschiebung am deutlichsten. Extrem ist sie bei der Trendsorte Dornfelder: Obwohl drei Viertel der Moste prädikatsweingeeignet waren, wird bei fast allen Weinen des 2003er Dornfelders (94%) ein „Q.b.A.“ als Qualitätsbezeichnung auf dem Flaschenetikett stehen.

Der 2003er – ein Jahrhundertjahrgang?

Will man die Qualität des neuen Jahrgangs an früheren Jahren – und das über einen möglichst langen Zeitraum hinweg, wie z. B. ein Jahrhundert – messen, wird dies durch eine fehlende durchgängige methodische Erfassung in der amtlichen Statistik erschwert. Für die unterschiedlichen Skalen zur Erhebung der subjektiven Qualitätseinstufung der Berichterstatter lässt sich aber zumindest für den Zeitraum ab 1949 eine Vergleichbarkeit herstellen (siehe Kasten „Zur Methode“).

Letzter herausragender Jahrgang vor 27 Jahren

Im langjährigen Durchschnitt der Weinjahrgänge der Jahre 1949 bis 2003 wurden 46% der Moste als hochwertig (vergleichbar der Aussage „Eignung zum Ausbau als

Qualitätswein mit Prädikat“) eingestuft. Gemessen an diesem durchschnittlichen Anteil, muss sich der 2003er vor seinen großen Vorgängern, den Jahrgängen 1949, 1953, 1959, 1971 und 1976, nicht verstecken. Mit 43 Prozentpunkten über dem langjährigen Durchschnitt des Anteils hochwertiger Mos-

Zur Methode

Die Beurteilung der Weinqualität über einen längeren Zeitraum

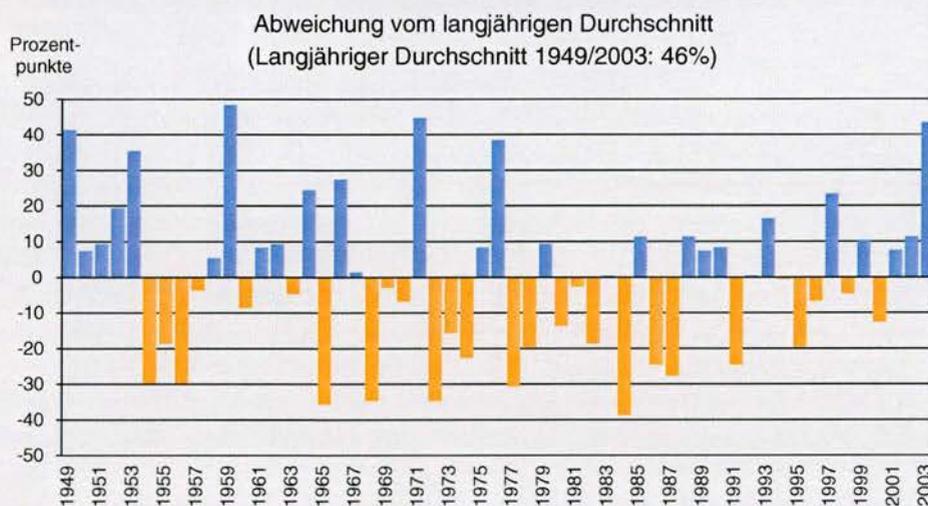
Die Beurteilung der Weinqualität aufgrund der Eignung des Mostes als Tafel-, Qualitäts- oder Prädikatswein ist erst seit 1972 gängige Praxis in den statistischen Erhebungen. In den Jahren zuvor wurden die Moste von den Weinbauexperten der Ernteberichterstattung nach einem fünfgliedrigen Schema (sehr gut, gut, mittel, gering, sehr gering) benotet. Für vergleichende Betrachtungen des Anteils hochwertiger Moste sind die Klassen „sehr gut“ und „gut“ der früher üblichen Qualitätsbeurteilung im Wesentlichen gleichbedeutend mit der heutigen Kategorie „Eignung zum Ausbau als Qualitätswein mit Prädikat“.

Auch das durchschnittliche Mostgewicht gibt einen Anhaltspunkt. Die Höhe des durchschnittlichen Mostgewichtes der Gesamterntemenge im Zeitraum 1949 bis 2003 ist hoch korreliert ($r = + 0,93$) mit dem Anteil der in die genannten Klassen eingestuften Erntemenge.

Qualitätsvergleiche, insbesondere mit den Jahrgängen vor 1931, sind nicht mehr uneingeschränkt möglich. Die verbalen Einstufungen der Berichterstatter zur Güte, wie „mittelmäßig“, „befriedigend“, „gering“, „ziemlich gut“ usw.¹⁾, lassen sich, zumal auch keine Informationen über die Mostgewichte der jeweiligen Jahrgänge vorliegen, nur schwer in die spätere Systematik der Qualitätsweinbeurteilung überführen.

1) Siehe hierzu: Meininger, Daniel (Hrsg.): Pfalzwein-Jahrbuch 1937. Verlag „Das Weinblatt“, Neustadt an der Weinstr. 1938.

S 2

Beurteilung der Qualität¹⁾ der rheinland-pfälzischen Weinmosternernte 1949-2003

1) 1949-1971: Anteil der guten und sehr guten Moste, ab 1972: Anteil der für Qualitätswein mit Prädikat geeigneten Moste.

te ragt der Weinjahrgang 2003, immerhin 27 Jahre nach dem letzten „Jahrhundertjahrgang“ 1976, deutlich aus der Masse heraus.

Auch wenn vergleichbare Aussagen aus methodischen Gründen erschwert sind, sollen an dieser Stelle herausragende Jahrgänge der Vorkriegsjahre nicht unerwähnt bleiben. Für den Weinkenner werden sicherlich auch diese ein Maßstab für den 2003er sein. So wird der legendäre Jahrgang 1921 in Fachkreisen allgemein mit „ausgezeichnet“ bewertet. In antiquarischer Fachliteratur, z. B. für das Anbaugebiet Pfalz²⁾, lassen sich Hinweise auf bemerkenswerte Jahrgänge finden. So waren beispielsweise weitere „sehr gute“ Jahrgänge in der Pfalz die Weine der Jahre 1907, 1911, 1915, 1917 und 1929. Inwiefern diese Bewertungen allerdings den

heutigen Qualitätsmaßstäben entsprochen hätten, ist im nachhinein nur noch schwer zu beurteilen. Da die Qualität aber auch von Anbaugebiet zu Anbaugebiet variiert, z. B. aufgrund großer Unterschiede im Rebsortenspektrum und zwischen den Lagen, ist ein Rückschluss von den pfälzischen Verhältnissen auf alle rheinland-pfälzischen Anbaugebiete nicht ohne weiteres möglich.

Einem herausragenden Jahrgang folgt zumeist so schnell kein Zweiter

Nach 1976 folgte bis in die Mitte der 1980er Jahre eine ganze Reihe von schwächeren Weinjahrgängen. Einen Tiefpunkt in diesem Sinn markiert das Jahr 1984, in dem nur extrem wenige hochwertige Qualitäten (7% Prädikatswein) gelesen werden konnten. In den letzten zehn Jahren bestimmten eher unauffällige Weinjahrgänge das Bild, wobei

2) Siehe hierzu: Meininger, Daniel (Hrsg.): Pfalzwein-Jahrbuch 1937. Verlag „Das Weinblatt“, Neustadt an der Weinstr. 1938.

sich der 1997er mit einem fast 70%igen Anteil an Prädikatsweinen allerdings von der Mittelmäßigkeit abhob.

Überdurchschnittliche Jahrgänge in Folge nur Anfang der 1950er Jahre

Unterstellt man eine gewisse Gesetzmäßigkeit, so ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass in diesem Jahr ähnliche Qualitäten heranwachsen wie im Vorjahr. Zwei Jahrhundertjahrgänge hintereinander wären, statistisch gesehen, so gut wie „neu“. Empirisch betrachtet folgt auf ein sehr gutes bis gutes Jahr nämlich meistens ein schlechtes (das heißt unterdurchschnittliches), teilweise sogar ein sehr schlechtes Jahr (1953/54, 1964/65, 1971/72, 1976/77). Eine ununterbrochene Folge von mehr als drei überdurchschnittlichen Jahren gab es nur Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre, genauer zwischen 1949 und 1953. Von daher wäre eine überdurchschnittliche Ernte 2004 mit

mehr als 46% für Prädikatswein geeigneten Mosten schon ein Ergebnis, welches zu den selteneren Ereignissen im langjährigen Vergleich gehört.

Wie weit man den Bogen der herausragenden Weinjahrgänge auch immer spannt und unabhängig davon, wie sich die Weine des Jahrgangs 2003 önologisch und sensorisch noch entwickeln: Dank seines ungewöhnlich hohen Qualitätspotenzials wird dem 2003er ein Spitzenplatz unter den Weinjahrgängen sicher sein.

Gerd Kramer, Diplom-Agraringenieur (FH), ist als Sachgebietsleiter für die Statistiken der pflanzlichen und tierischen Produktion zuständig.

Die neue EU-25 – Überblick mit ausgewählten Eckdaten

Seit dem 1. Mai sind Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern neue Vollmitglieder in der nun als EU-25 zu bezeichnenden Gemeinschaft. Für Deutschland wie für Rheinland-Pfalz ist die EU-Erweiterung politisch und wirtschaftlich vorteilhaft. Politisch wird die jahrzehntelange Zweiteilung des Kontinents in West und Ost endgültig überwunden. Unter wirtschaftlichen Aspekten bietet die neue EU durch die Vergrößerung des Binnenmarktes von bisher fast 380 Mill. Bürgerinnen und Bürgern auf über 450 Mill. Menschen große Chancen.

T 1

Bevölkerung 2002¹⁾

Land	Fläche 1000 km ²	Bevölkerung		Durchschnittliche Kinderzahl je Frau	Natürliche Bevölkerungs- veränderung je 1 000 Einwohner	Wanderungs- saldo
		insgesamt ²⁾ Mill.	je km ² Anzahl			
Deutschland	357	82,5	231	1,3	-1,5	2,7
Rheinland-Pfalz	20	4,1	204	1,4	-2,0	4,1
Belgien	31	10,4	339	1,6	0,7	3,8
Dänemark	43	5,4	125	1,7	1,0	1,8
Finnland	305	5,2	17	1,7	1,2	1,0
Frankreich	544	59,6	110	1,9	3,7	1,1
Griechenland	132	11,0	84	1,3	-0,2	2,9
Irland	70	4,0	56	2,0	7,9	7,3
Italien	301	57,3	190	1,3	-0,5	1,9
Luxemburg	3	0,4	173	1,6	3,6	5,9
Niederlande	34	16,2	478	1,7	3,7	1,7
Österreich	84	8,1	96	1,4	0,3	2,1
Portugal	92	10,4	113	1,5	0,8	6,7
Schweden	411	8,9	22	1,7	0,1	3,5
Spanien	505	40,7	81	1,3	1,1	5,6
Vereinigtes Königreich	244	59,3	243	1,6	1,0	1,8
EU-15	3 154	379,5	120	.	0,8	2,6
Estland	45	1,4	30	1,4	-3,9	0,1
Lettland	65	2,3	36	1,2	-5,3	-0,8
Litauen	65	3,5	53	1,2	-3,2	-0,6
Malta	0,3	0,4	1 259	1,5	2,0	4,8
Polen	313	38,2	122	1,2	-0,1	-0,5
Slowakei	49	5,4	110	1,2	-0,1	0,2
Slowenien	20	2,0	98	1,2	-0,6	1,1
Tschechische Republik	79	10,2	129	1,2	-1,5	1,2
Ungarn	93	10,1	109	1,3	-3,5	1,3
Zypern	9	0,8	87	1,5	4,0	10,5
EU-25	3 893	453,8	117	.	.	.

1) Teilweise Schätzungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) bzw. zuletzt verfügbarer Stand. – 2) Stand: 1. Januar 2003.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Polen ist das größte und bevölkerungsreichste der zehn beigetretenen Länder. Es ist nicht viel kleiner als Deutschland; auf einen Quadratkilometer kommen aber deutlich weniger Einwohner. Das kleinste der neuen EU-Länder, die Inselrepublik Malta – etwa halb so groß wie der Landkreis Kaiserslautern – ist außergewöhnlich dicht besiedelt. Bis auf Malta weisen alle neuen Mitgliedstaaten eine geringere Bevölkerungsdichte als Rheinland-Pfalz auf.

Die Vorzeichen für die demographische Entwicklung stehen in den neuen Mitgliedstaaten nicht besser, eher sogar schlechter als in den Staaten der alten EU. Die Frauen in den meisten der nun beigetretenen Länder haben im Schnitt noch weniger Kinder als in den übrigen EU-Staaten. Die natürliche Bevölkerungsveränderung ist außer in Malta und Zypern negativ. Auch unter Berücksichtigung des Wanderungssaldos (Zuzüge minus Fortzüge), der zumindest 2002 die Bevölkerungsrückgänge durch die natürliche Bevölkerungsbewegung in den meisten Staaten nicht ausgleichen konnte, nimmt die Bevölkerung in den neuen Mitgliedstaaten zurzeit überwiegend ab.

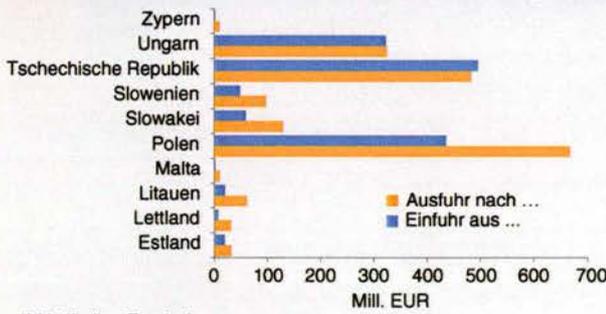
Zuzüge aus den neuen Mitgliedsländern nach Rheinland-Pfalz gibt es insbesondere aus Polen. Im Jahr 2002 belief sich der Wanderungsüberschuss zugunsten von Rhein-

Neue EU-Länder:
Geringere
Bevölkerungs-
dichte als in
Rheinland-Pfalz

Auch neue
Mitgliedsländer
haben niedrige
Geburtenraten

S 1

Außenhandel von Rheinland-Pfalz mit den neuen EU-Mitgliedsländern 2003¹⁾



1) Vorläufige Ergebnisse.

Zuzüge nach Rheinland-Pfalz vor allem aus Polen

land-Pfalz auf 1 210 Menschen (darunter waren auch Deutsche, die ihren Wohnsitz zwischen Polen und Rheinland-Pfalz verlegten). Ende vergangenen Jahres lebten 13 719 Bürgerinnen und Bürger mit polnischer Staatsangehörigkeit in Rheinland-Pfalz. Aus allen neuen EU-Ländern waren es rund 20 633 Menschen. Mit nicht ganz 2 800 hier lebenden Staatsangehörigen bilden nur die Ungarn noch eine größere Gruppe.

Wohlstandsgefälle noch beträchtlich

Trotz des wirtschaftlichen Aufholprozesses in den neuen Mitgliedstaaten hat bislang nur Zypern einen Wohlstandsgrad erreicht, der denjenigen der wirtschaftlich schwächeren EU-Mitgliedstaaten wie Portugal und Griechenland übertrifft. Die große Mehrzahl der neuen EU-Mitglieder bleibt deutlich darunter. So liegt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, gemessen in Kaufkraftstandards, in Lettland und Polen lediglich bei 40 bzw. 47% des EU-Durchschnitts.

Rheinland-pfälzisches Außenhandelsvolumen mit beigetretenen Ländern gut 3 Mrd. EUR

Der in allen beigetretenen Ländern bestehende Einfuhrüberschuss zeigt die Bedeutung des vergrößerten Binnenmarktes auch für die exportorientierten bisherigen Mitgliedstaaten. Die rheinland-pfälzischen Ausfuhren in die neuen Mitgliedstaaten, aber auch die Einfuhren aus diesen Ländern haben sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. 2003 gingen 60% der rheinland-pfälzischen

T 2

Wirtschaft und Erwerbstätigkeit¹⁾

Land	Bruttoinlandsprodukt unter Berücksichtigung der Kaufkraft 2003		Außenhandel ²⁾ 2002		Arbeitslosenquote 2003	
	insgesamt	pro Kopf	Ein-fuhr	Aus-fuhr	insgesamt	unter 25-Jährige
	Mrd. KKS ³⁾	KKS ³⁾	Mill. EUR			
Deutschland	1 985,1	24 050	518 532	651 320	9,3	9,3 ⁴⁾
Rheinland-Pfalz	84,9 ⁵⁾	21 008 ⁵⁾	17 674	26 557	8,5	8,1
Belgien	267,9	25 850	211 072	228 582	8,1	19,0
Dänemark	147,3	27 330	53 215	60 803	5,6	9,8
Finnland	127,7	24 530	36 187	47 742	9,0	27,8
Frankreich	1 544,2	25 120	348 204	350 803	9,4	19,2
Griechenland	195,8	17 840	33 065	10 946	9,3	25,1
Irland	117,1	29 600	55 493	93 347	4,6	8,0
Italien	1 388,5	23 890	256 887	265 365	8,7	26,8
Luxemburg	20,4	45 270	13 906	10 814	3,7	7,0 ⁴⁾
Niederlande	431,6	26 570	231 879	258 100	3,8	6,6
Österreich	217,1	26 910	82 804	83 199	4,4	5,5 ⁴⁾
Portugal	175,7	16 830	42 414	28 098	6,4	13,6
Schweden	227,0	25 340	70 731	86 090	5,6	14,3
Spanien	865,0	21 200	174 604	132 918	11,3	22,3
Vereinigtes Königreich	1 565,5	26 370	366 240	296 315	5,0	11,4
EU-15	9 276,0	24 260	2 495 233	2 604 442	8,0	14,6 ⁴⁾
Estland	13,8	10 230	5 079	3 567	10,1	24,2
Lettland	20,7	8 890	4 246	2 408	10,5	17,5
Litauen	34,8	10 050	7 823	5 532	12,7	26,9
Malta	6,7	16 800	2 791	2 007	7,8	17,4
Polen	397,4	10 400	58 416	43 426	19,2	41,4
Slowakei	64,0	11 900	17 429	15 214	17,1	32,9
Slowenien	33,8	16 920	11 574	10 962	6,5	15,3
Tschechische Republik	155,3	15 210	42 935	40 588	7,8	16,8
Ungarn	135,6	13 400	39 927	36 503	5,8	12,9
Zypern	13,5	18 930	3 670	449	4,4	8,9
EU-25	10 151,7	22 220	2 689 123	2 765 098	9,0	.

1) Teilweise Schätzungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) bzw. zuletzt verfügbarer Stand. – 2) Gesamthandel, d. h. Handel mit EU-Staaten und Nicht-EU-Staaten. – 3) „Kaufkraftstandards“: Durch die Darstellung in Kaufkraftstandards werden Preisniveaunterschiede in den einzelnen Ländern ausgeschaltet. – 4) 2. Quartal 2002. – 5) Stand: 2001.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Ausfuhren in Länder der EU-15, weitere 6,5% in die zehn Beitrittsländer. Einfuhrseitig belieben sich die vergleichbaren Anteile auf 65% bzw. 75%. Größter Handelspartner unter den neuen Mitgliedsländern ist Polen, gefolgt von der Tschechischen Republik und Ungarn.

Die Arbeitslosigkeit ist vor allem in den baltischen Staaten, in Polen und der Slowakei sehr hoch. Insbesondere junge Leute sind davon betroffen. ■

Hohe Jugendarbeitslosigkeit

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Dr. Ludwig Böckmann und Diplom-Volkswirtin Petra Wohnus

Geschäftsklima in Deutschland im April leicht verbessert

Der Abwärtstrend des ifo Geschäftsklimaindex in den Monaten Februar und März ist vorerst gestoppt. Der Index stieg im April leicht von 95,4 auf 96,3 Punkte. Getragen wurde diese Verbesserung von positiveren Einschätzungen der Unternehmen hinsichtlich ihrer aktuellen Geschäftslage. Dieser Teilindex stieg auf 94,9 Punkte und damit auf den höchsten Wert seit drei Jahren. Getrübt sind allerdings weiterhin die Geschäftserwartungen der Unternehmen für die kommenden sechs Monate. Dies könnte auf die steigenden Ölpreise zurückzuführen sein.

Geschäftsklima in ausgewählten Branchen

Im verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima gegenüber dem Vormonat verbessert. Im Bauhauptgewerbe schwächte sich der Index leicht ab. Deutlich erholt zeigt sich – nach dem Einbruch im März – die Einschätzung aus dem Einzelhandel. Eine leichte Erholung kann der Großhandel verbuchen.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe nehmen zu – Baukonjunktur weiterhin schwach

Verarbeitendes Gewerbe

Die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz haben im Januar 2004 im Vergleich zum Januar des Vorjahres zugenommen.

Grund dafür waren die erneut kräftigen Zuwächse im Fahrzeugbau und im Maschinenbau. Der Fahrzeugbau, der zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes 14%

beisteuert, konnte bei den Bestellungen im Vergleich zum Januar 2003 einen Zuwachs von 21% verbuchen. Diese Branche verzeichnet bereits seit Juli 2002 Monat für Monat Zuwächse. Das Volumen der Auftrags-eingänge im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 9%) erhöhte sich – wie schon im Dezember 2003 – um gut 7%. Positiv verlief die Entwicklung der Bestellungen auch in der Metallerzeugung und -verarbeitung (+0,8%), die mit einem Umsatzanteil von 10% der drittgrößte Wirtschaftszweig des verarbeitenden Gewerbes ist. Die größte Branche des verarbeitenden Gewerbes, die chemische Industrie (Umsatzanteil 32%), musste

Entwicklung der Auftragseingänge in den umsatzstärksten Branchen



dagegen rückläufige Bestellungen für ihre Erzeugnisse hinnehmen. Der Abwärtstrend hält nun schon seit neun Monaten an. Das Volumen des Auftragseingangs lag in diesem Wirtschaftszweig um 3% unter dem Wert des entsprechenden Vorjahresmonats.

Auftragseingänge aus dem Inland

Die positive Gesamtentwicklung im verarbeitenden Gewerbe ist im Wesentlichen auf das Wachstum bei den inländischen Bestellungen zurückzuführen. Die Auftragseingänge aus dem Inland lagen im Januar dieses Jahres real um knapp 5% über dem Januar des Vorjahres. Die positive Entwicklung bei den inländischen Aufträgen gewinnt an Dynamik – seit September werden die Zuwachsraten kontinuierlich größer. Als Folge der weltwirtschaftlichen Belebung nahmen auch die Auftragseingänge aus dem Ausland wieder zu, allerdings mit einer deutlich geringeren Rate als die Inlandsaufträge. Ein Grund für diesen verhaltenen Anstieg könnte die starke Verteuerung des Euro sein.

Auftragseingänge aus dem Ausland

Bauhauptgewerbe

Das Bauhauptgewerbe kämpft weiterhin mit einer schwachen Baukonjunktur. Diese machte sich in einem erneuten deutlichen Rückgang der Auftragseingänge bemerkbar. Vergleicht man die Entwicklung mit der des Vorjahres, zeigt sich nämlich, dass die Auftragseinbußen seit September 2003 nicht allein auf saisonale Einflüsse zurückgeführt werden können. Wie bereits in den vorangegangenen Monaten liegt das Niveau erheblich unter dem des jeweiligen Vergleichsmonats des Vorjahres. Es muss sogar festgestellt werden, dass der Wert der Auftragseingänge im Januar 2004 der niedrigste seit vielen Jahren war. Im Januar 2004 lagen die Bauaufträge um fast 30% unter dem Vergleichswert vom Januar 2003. Eine Erholung dieser Branche scheint nicht in Sicht. Auf Bundesebene sind die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe ebenfalls

rückläufig, jedoch bei weitem nicht so stark wie in Rheinland-Pfalz.

Die Zahl der Baugenehmigungen war im Januar 2004 mit 2 362 zwar deutlich höher als im Vormonat. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat hat sich aber erstmals seit fünf Monaten wieder ein Rückgang ergeben (-1,1%). Allerdings muss beachtet werden, dass die Zahlen zu Beginn des vergangenen Jahres durch die Diskussionen um die Kürzung der Eigenheimzulage besonders stark nach oben geschneit waren. Im Januar 2003 wurde mit 2 517 Baugenehmigungen ein langjähriger Rekordwert erreicht. Die Steigerung im Vergleich zum Januar 2002 belief sich damals auf annähernd 90%.

Baugenehmigungen

Umsätze im Einzelhandel und im Gastgewerbe rückläufig

Die Entwicklung der Umsätze in den verschiedenen Branchen war im Januar größtenteils durch Nachfragerückgänge geprägt.

Zu Beginn des Jahres 2003 waren die realen Umsätze des Einzelhandels in Rheinland-Pfalz deutlich gestiegen. Die anfängliche Dynamik ließ jedoch rasch nach; im Sommer ergaben sich dann sogar Umsatzrückgänge. Nach einer kurzen Erholung im Herbst sind die Änderungsraten des preisbereinigten Umsatzes seit Dezember wieder im Minus. Im Januar 2004 gingen die Einnahmen der Einzelhändler im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um 1% zurück.

Einzelhandelsumsatz

Auch das Gastgewerbe steckt nach einer vorübergehenden Erholung im Sommer 2003 wieder in einem Abwärtstrend. Die realen Umsätze in Hotels, Pensionen, Gast-

Umsatz im Gastgewerbe

stätten usw. verringerten sich im Januar 2004 gegenüber dem Januar des Vorjahres um 1,7%. Die Branche bekommt die anhaltende Konsumzurückhaltung der Bürger besonders zu spüren.

Baugewerblicher Umsatz

Die rheinland-pfälzische Baubranche verzeichnet bereits seit Monaten rückläufige Umsatzzahlen. Nach einer kurzen Erholungsphase im Herbst, als die Abnahmeraten kleiner wurden, hat sich der Abwärtstrend im Dezember wieder verstärkt. Im Januar 2004 lagen die Umsätze um knapp 4% unter dem Wert vom Januar 2003. Auf Bundesebene ist es seit Beginn des Jahres 2003 zu einer Erholung gekommen. Zwar gingen die Umsätze auch hier saisonbereinigt zunächst noch weiter zurück, die Abnahmeraten wurden jedoch von Monat zu Monat kleiner. Seit November 2003 verzeichnet die Bauindustrie in Deutschland wieder leichte Zuwächse; im Januar 2004 sind die Branchenumsätze auf Bundesebene im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um knapp 2% gestiegen. Diese unterschiedliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz und auf der Bundesebene hat aber möglicherweise damit zu tun, dass die Rückgänge für Deutschland Ende 2002 und Anfang 2003 um ein Vielfaches stärker waren als in Rheinland-Pfalz.

Umsatz im verarbeitenden Gewerbe

Nach den Einbrüchen im Sommer des vergangenen Jahres hatten sich die Umsätze im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe zunächst wieder erholt, seit Dezember stagnieren sie allerdings. Im Januar 2004 lag der Rückgang gegenüber dem Januar des Vorjahres bei 0,2%. Auf Bundesebene verläuft die Entwicklung bereits seit April 2003 günstiger. Die diesjährigen Januarumsätze waren bundesdurchschnittlich um 2,5% höher als der entsprechende Jahreswert. Die ungünstigere Entwicklung in

Rheinland-Pfalz hat ihre Ursache darin, dass in zwei der vier umsatzstärksten Branchen des rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbes – nämlich der chemischen Industrie und der Metallherzeugung und -verarbeitung – die Umsätze im Januar 2004 im Vergleich zum Januar des Vorjahres leicht rückläufig waren. In der drittgrößten Branche, dem Maschinenbau, sinken die Umsatzzahlen bereits seit Mitte des vergangenen Jahres. Allerdings sind die Abnahmeraten in diesem Wirtschaftszweig stetig kleiner geworden; im Januar lag der Rückgang nur noch bei 0,2%. Möglicherweise deutet sich hier eine Trendumkehr an. Der Fahrzeugbau weist bereits seit Monaten im Vergleich zu dem jeweiligen Vorjahresmonat Zuwächse bei den Umsätzen aus. In diesem Geschäftszweig werden die Zuwachsraten jedoch immer geringer, im Januar 2004 lag der Anstieg im Vergleich zum Januar des Vorjahres nur noch bei 0,4%.

Auslandsumsätze entwickeln sich günstiger als Inlandsumsätze

Seit September 2003 entwickeln sich im verarbeitenden Gewerbe die Einnahmen aus Geschäften im Inland schlechter als die aus Geschäften mit dem Ausland. Während die Umsätze mit Geschäftspartnern aus dem Ausland im Dezember 2003 und Januar 2004 im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresmonaten noch Zuwächse aufwiesen (+2,2 bzw. +0,3%), waren sie mit inländischen Nachfragern in diesen beiden Monaten bereits wieder rückläufig (-1,7 bzw. -0,6%). Nach wie vor gibt es also bei den inländischen Abnehmern eine Kaufzurückhaltung. Der günstigere Verlauf der Auslandsumsätze ist auf die Belebung der Weltkonjunktur, insbesondere der Konjunktur in den USA, zurückzuführen.

Verbraucherpreisindex zieht leicht an

Der Index der Lebenshaltungskosten zieht in Rheinland-Pfalz seit November 2003 etwas an. Im April 2004 hat der Preisindex den Wert 105,8 erreicht, damit lag er um 0,2% über dem Wert des Vormonats und um 1,5% über dem Wert vom April 2003. Verantwortlich für diesen Preisauftrieb sind vor allem die Verteuerungen bei den Waren und Dienstleistungen der Gesundheitspflege, deren Preise sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat mit einer zweistelligen Rate erhöhten. Deutlich teurer im Vergleich zum April 2003 wurden auch alkoholische Getränke und Tabakwaren sowie – infolge der Kraftstoffpreiserhöhungen – die Güter und Dienstleistungen im Bereich Verkehr.

Situation am Arbeitsmarkt bleibt angespannt

Arbeitslose

Die Arbeitslosigkeit verharrt auch zu Beginn des Jahres 2004 auf einem hohem Stand. Im März 2004 waren in Rheinland-Pfalz 159 250 Personen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, belief sich auf 7,9% und lag damit um 0,3 Prozentpunkte unter dem Wert vom März 2003. Zwar sind die Monatswerte der Arbeitslosenquote nach dem Höchststand im Februar des vergangenen Jahres (8,5%) bis zum Dezember fast kontinuierlich gesunken. Dieser Rückgang der Quote dürfte aber weniger mit einer Erholung am Arbeitsmarkt als vielmehr mit den verschärften Regelungen für die Registrierung der Arbeitslosen und für die Zumutbarkeit einer angebotenen Tätigkeit zu tun haben. Darüber hinaus wurde zum 1. Januar 2004 die Abgrenzung des Arbeitslosenbegriffs geändert. Nach der neuen

Definition zählen die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr zur Gruppe der Arbeitslosen. Dies hat dazu beigetragen, dass die Quoten in den ersten drei Monaten dieses Jahres unter den Vergleichswerten des Vorjahres lagen.

Verglichen mit dem westdeutschen Durchschnitt ist die Arbeitsmarktlage in Rheinland-Pfalz günstiger. Im März lag die rheinland-pfälzische Arbeitslosenquote um 0,8 Punkte unter der westdeutschen Quote.

Wie bereits in den vergangenen Jahren ist die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmer auch im Februar 2004 saisonbedingt angestiegen. Erfreulich ist, dass sie aber deutlich unter dem langjährigen Höchststand vom Februar 2003 liegt. Im Vergleich zum Februar des Vorjahres gibt es 23% weniger Kurzarbeiter.

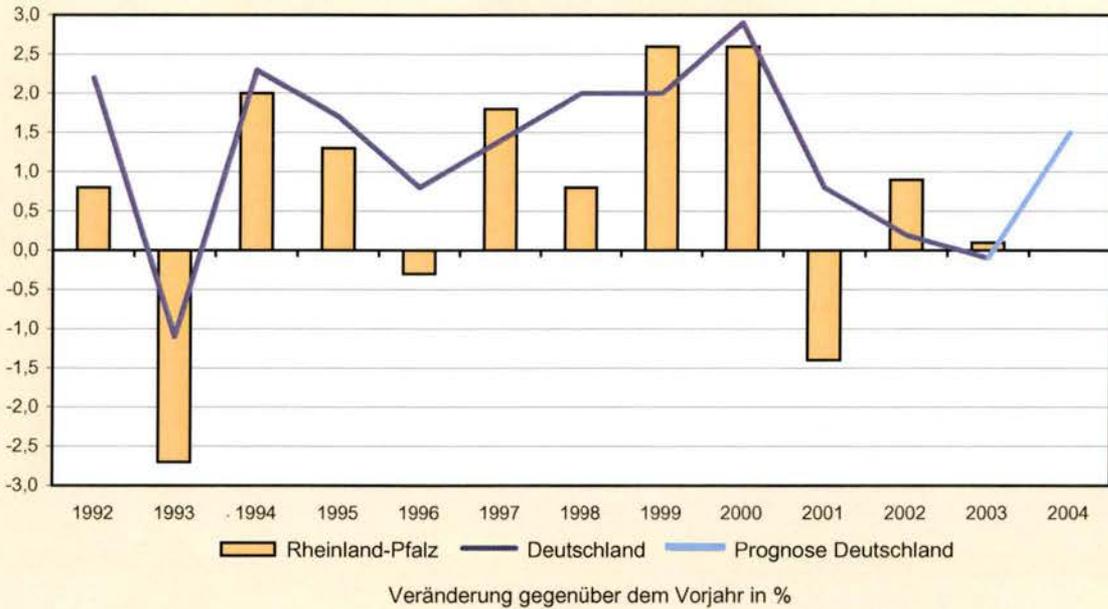
Kurzarbeit

Auch die Zahl der offenen Stellen ist rückläufig, dies aber schon seit Mitte des Jahres 2001. Seit Anfang 2003 sind die Abnahmeraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat zweistellig. Im Februar 2004 ist die Zahl der von den Unternehmen gemeldeten offenen Stellen gegenüber Februar 2003 um fast 17% gesunken. Damit beläuft sich das Verhältnis von Arbeitslosen zu offenen Stellen derzeit auf 6,5 Arbeitslose je offener Stelle. Im Februar 2003 lag diese Verhältniszahl noch bei 5,6 Arbeitslosen je offener Stelle, wobei ein Vergleich dieser beiden Zahlen aus den genannten Gründen nur eingeschränkt sinnvoll ist.

Offene Stellen

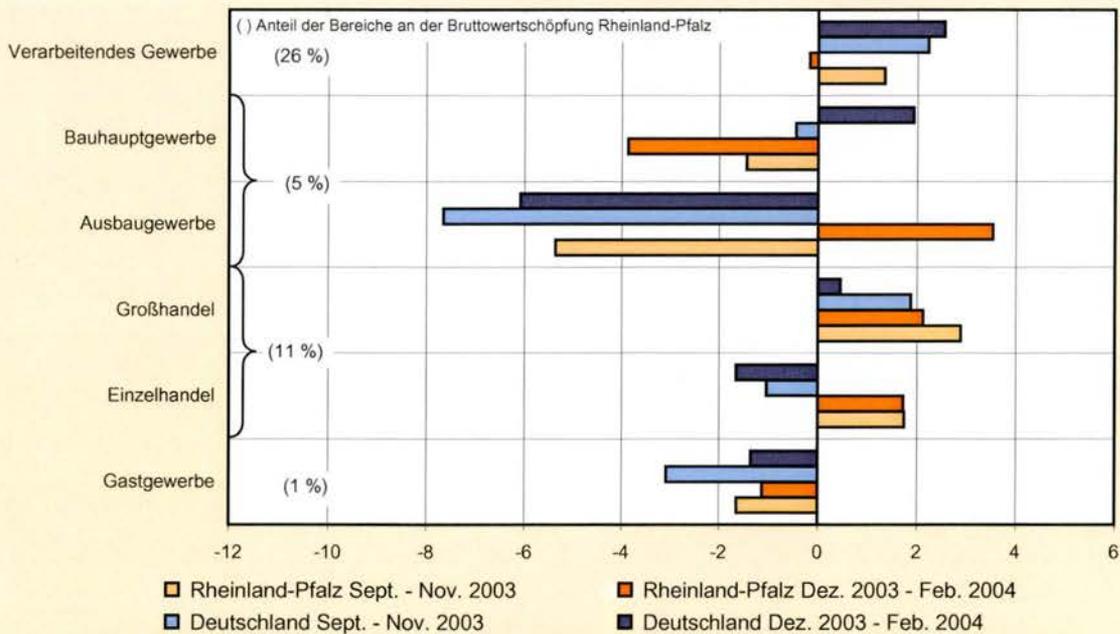
Dr. Ludwig Böckmann ist Leiter des Referates Analysen und Prognosen, Diplom-Volkswirtin Petra Wohnus ist Referentin in diesem Referat.

**Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾**
(Berechnungsstand: Februar 2004)



1) Nächster Fortschreibungstermin 1. Halbjahr 2004 im September 2004. - Quelle Prognosewert 2004: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Frühjahrgutachten vom April 2004.

**Umsatz (nominal) nach ausgewählten Bereichen
in Rheinland-Pfalz und Deutschland**



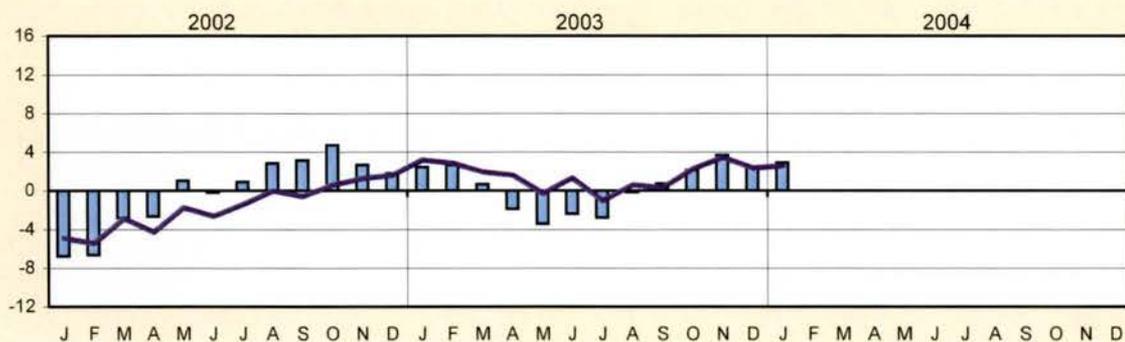
3-Monats-Durchschnitte¹⁾; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Ausbaugewerbe: Quartalsergebnisse.

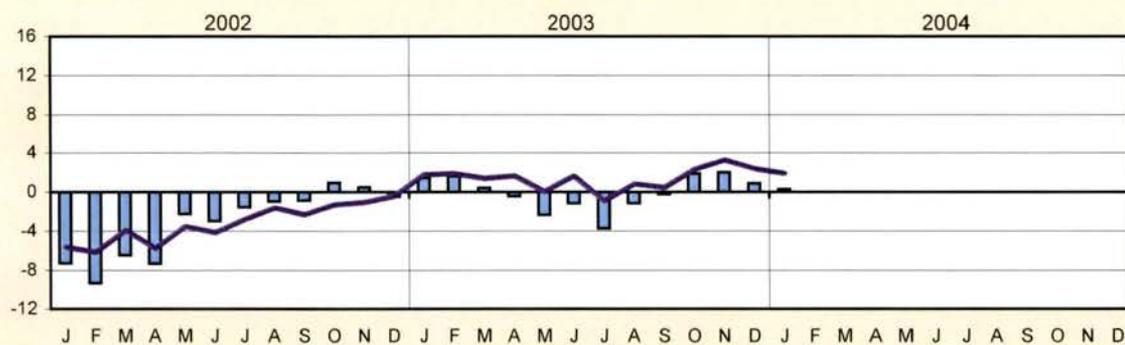
**Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe**

Deutschland

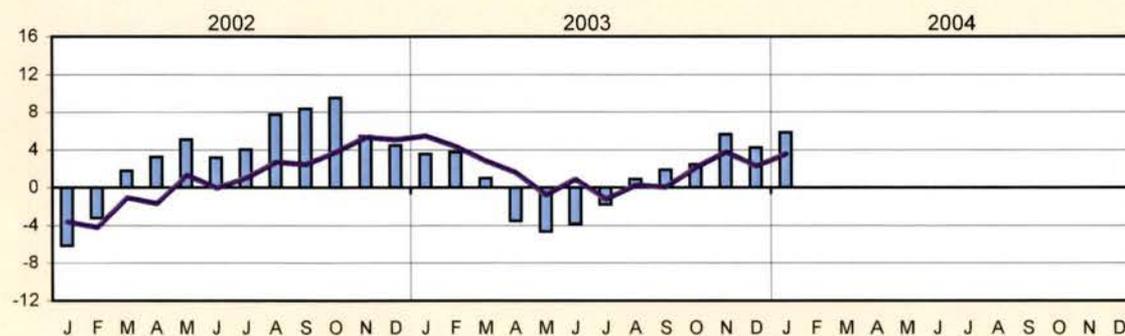
Insgesamt



Inland



Ausland



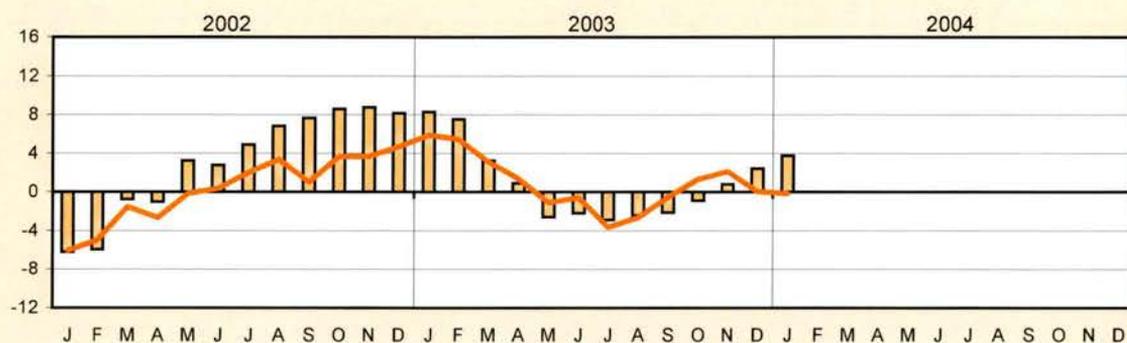
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

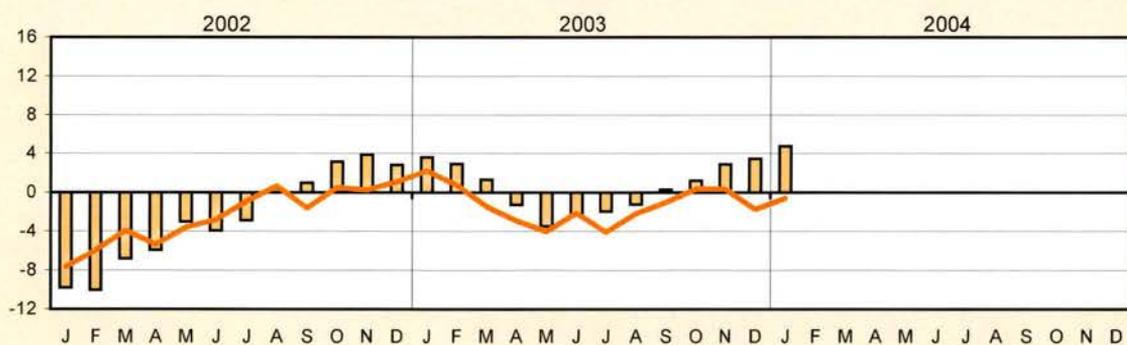
**Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe**

Rheinland-Pfalz

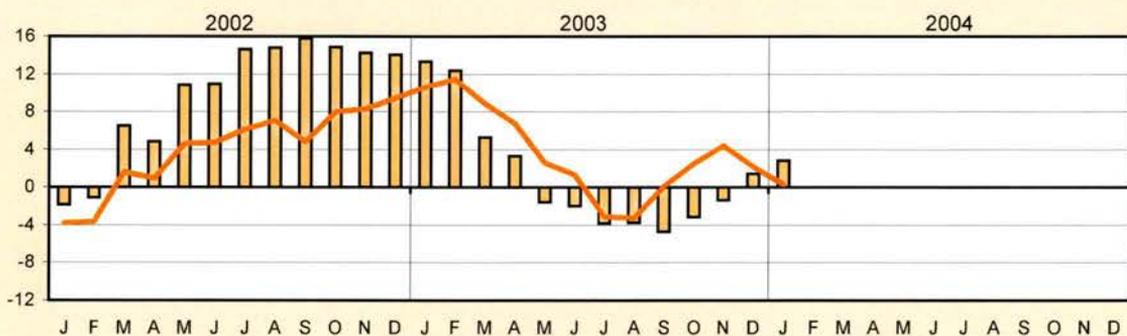
Insgesamt



Inland



Ausland

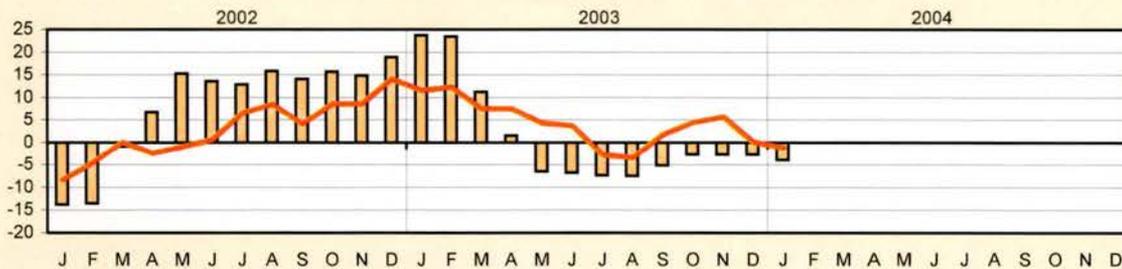


■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

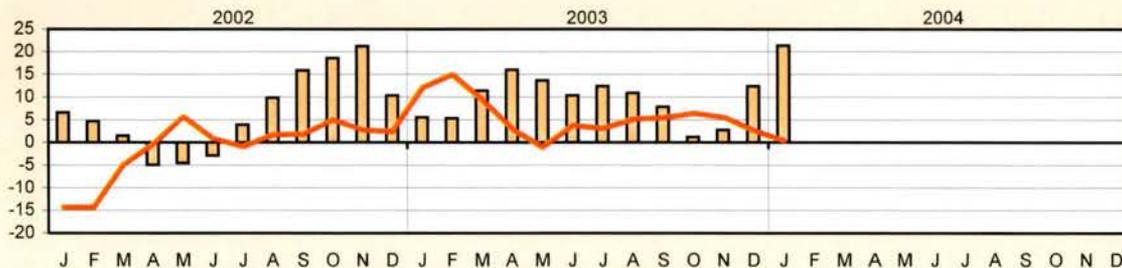
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen**

Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 32%)



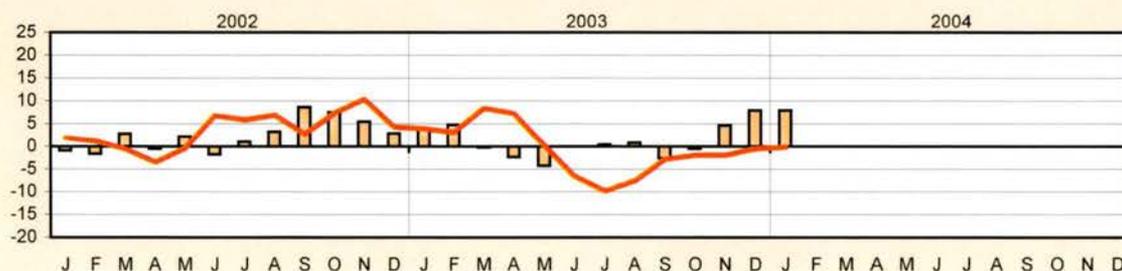
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 14%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 10%)



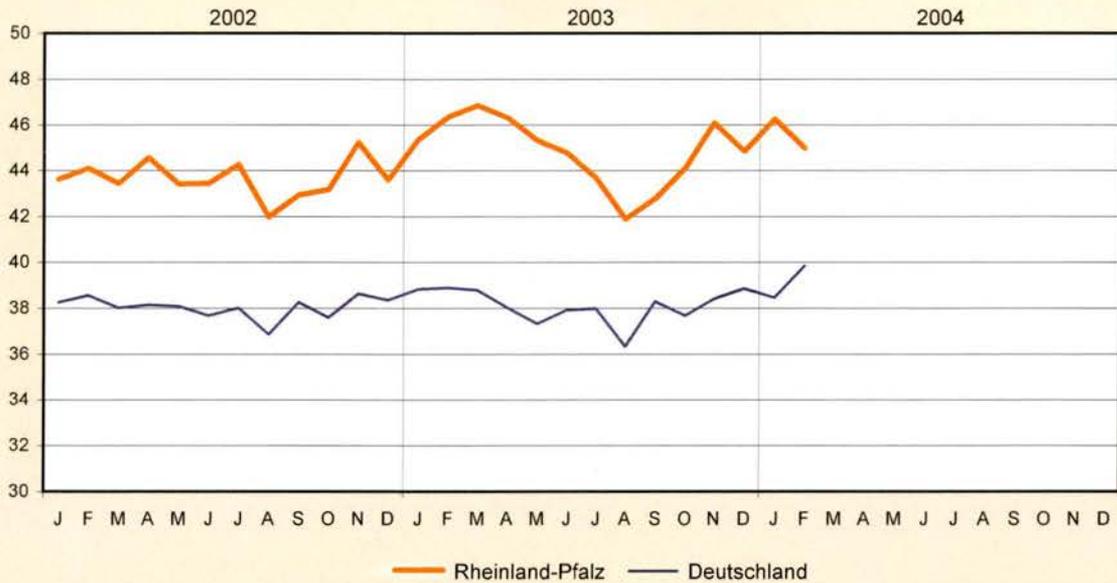
Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 9%)



■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

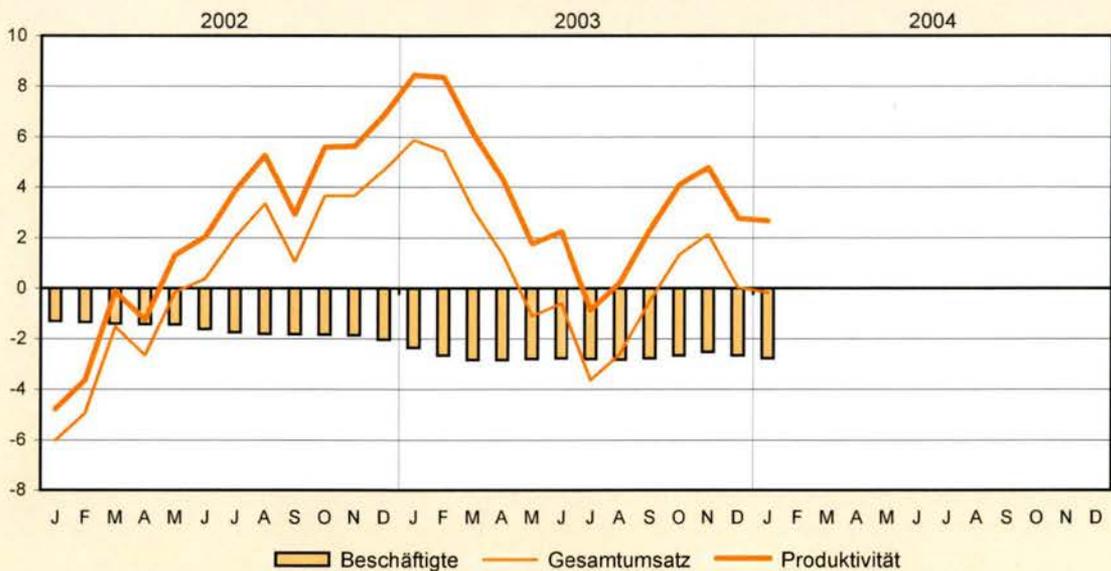
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

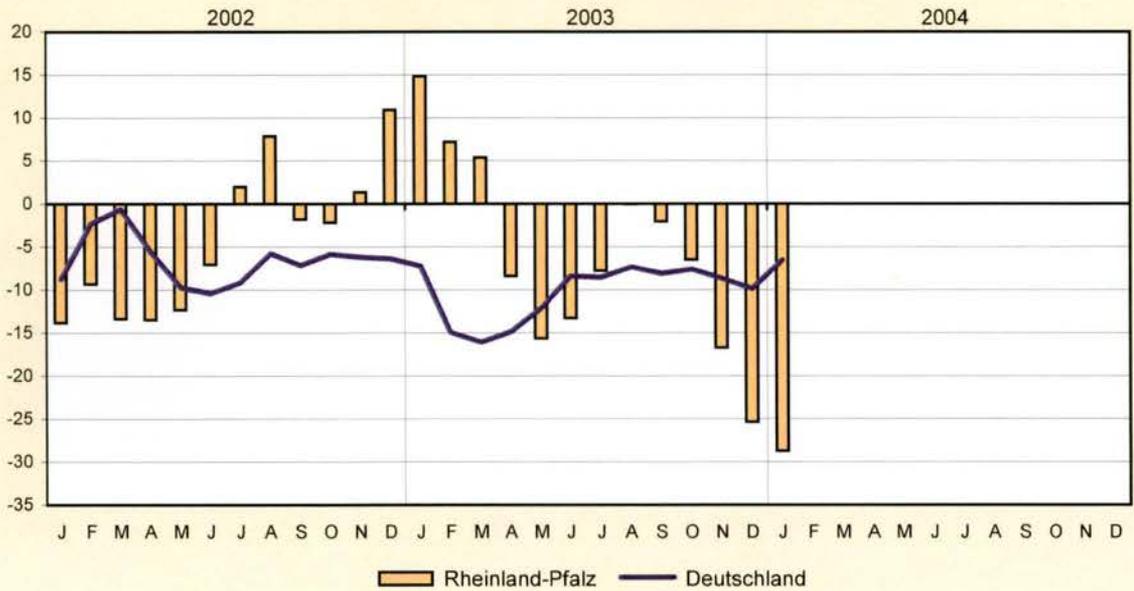
Beschäftigte, Umsatz und Produktivität im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

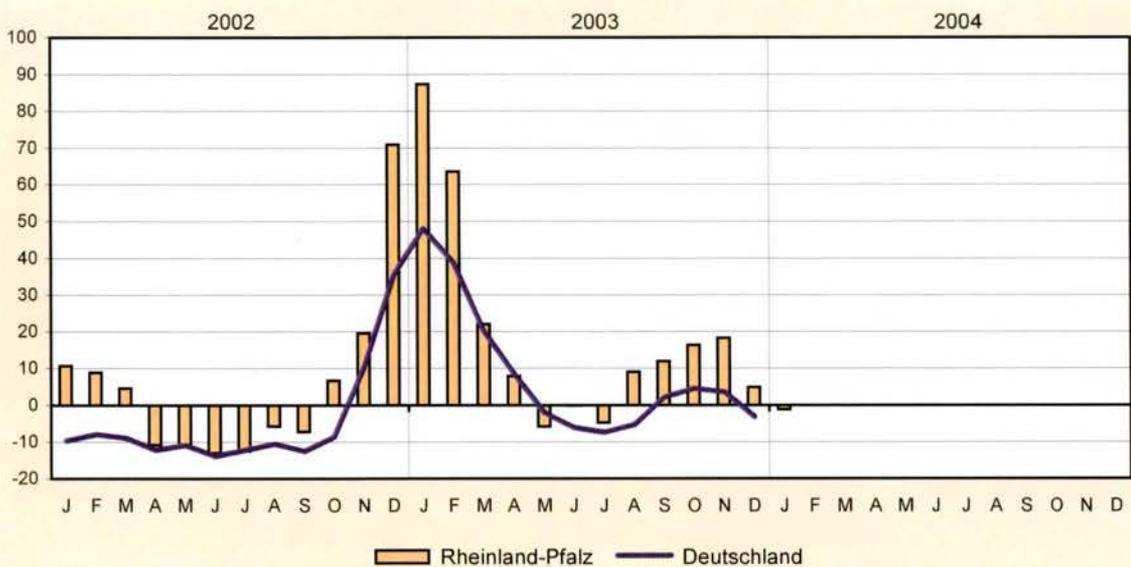
Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



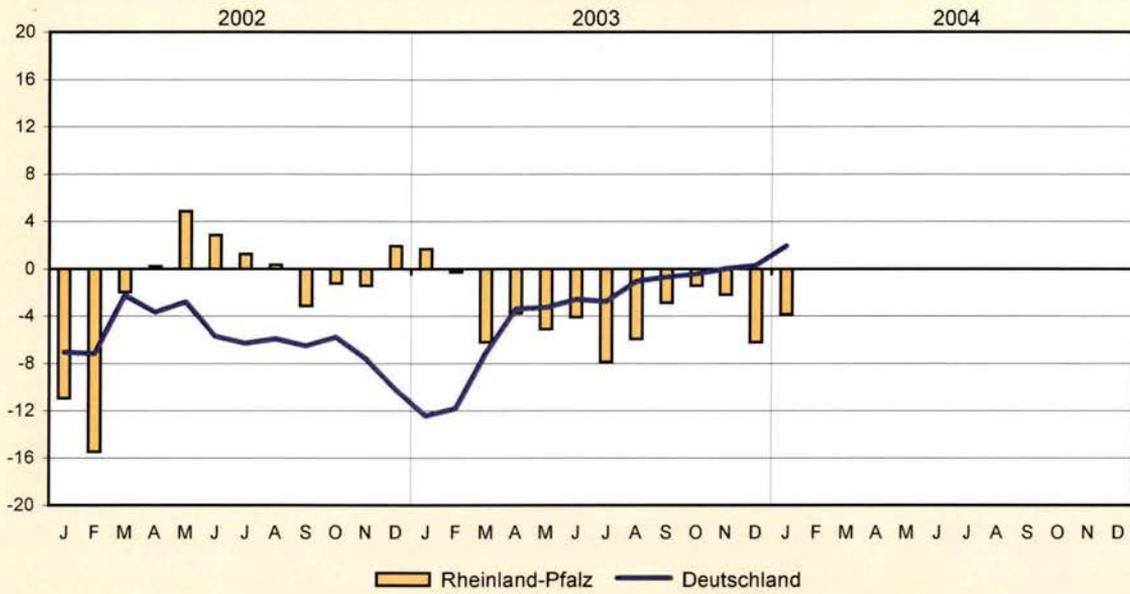
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugenehmigungen Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

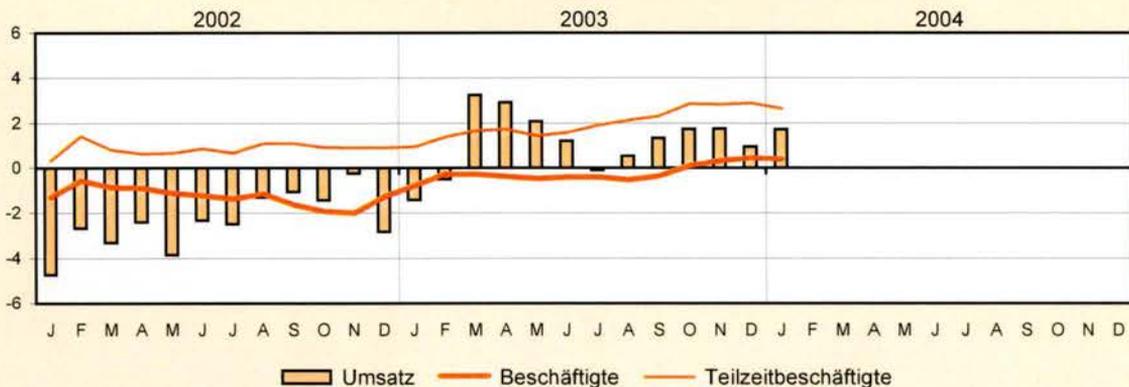
Beschäftigte und Produktivität im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

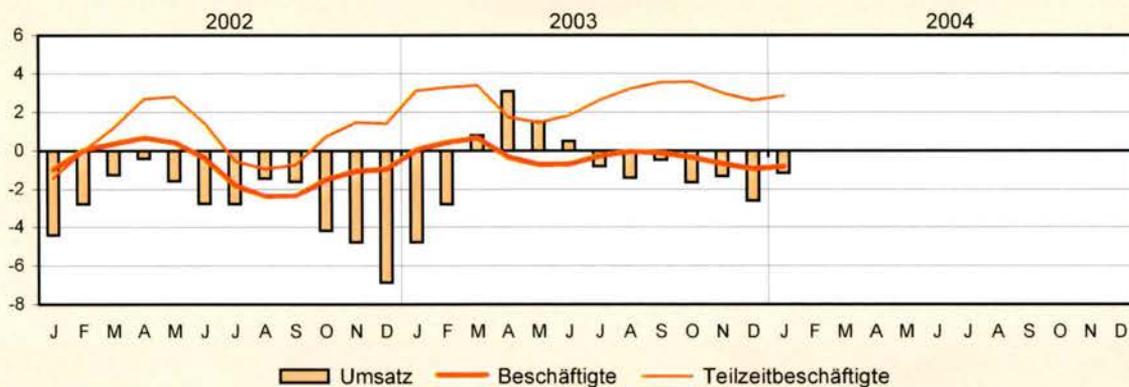
Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

**Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel (2000=100)
in Rheinland-Pfalz**



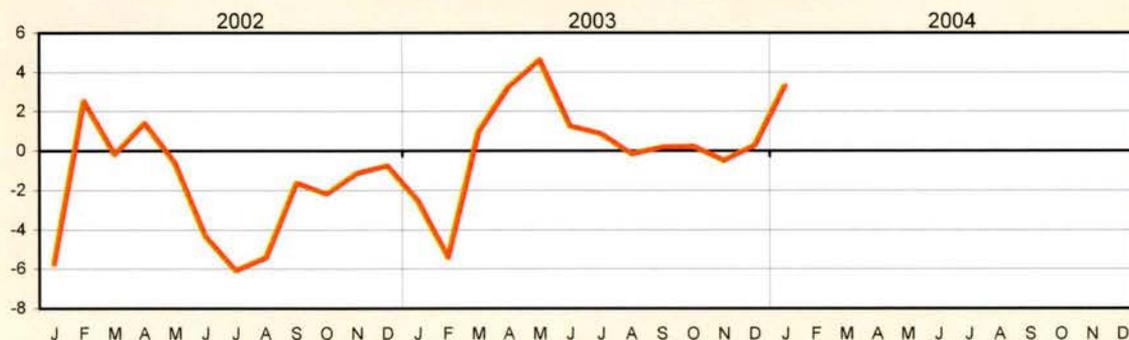
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe (2000=100)
in Rheinland-Pfalz**



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz



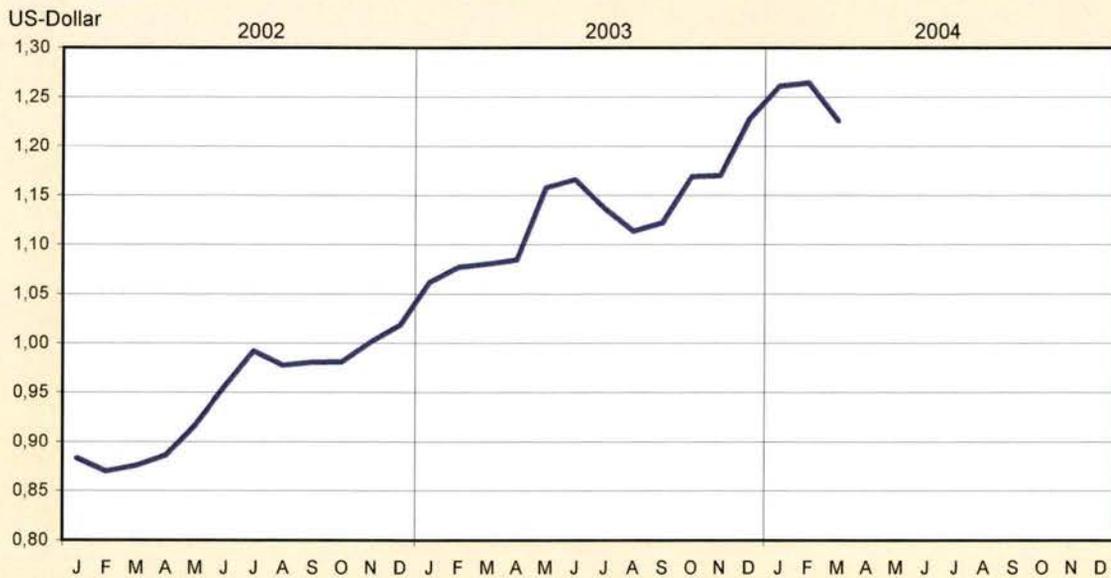
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz
(Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

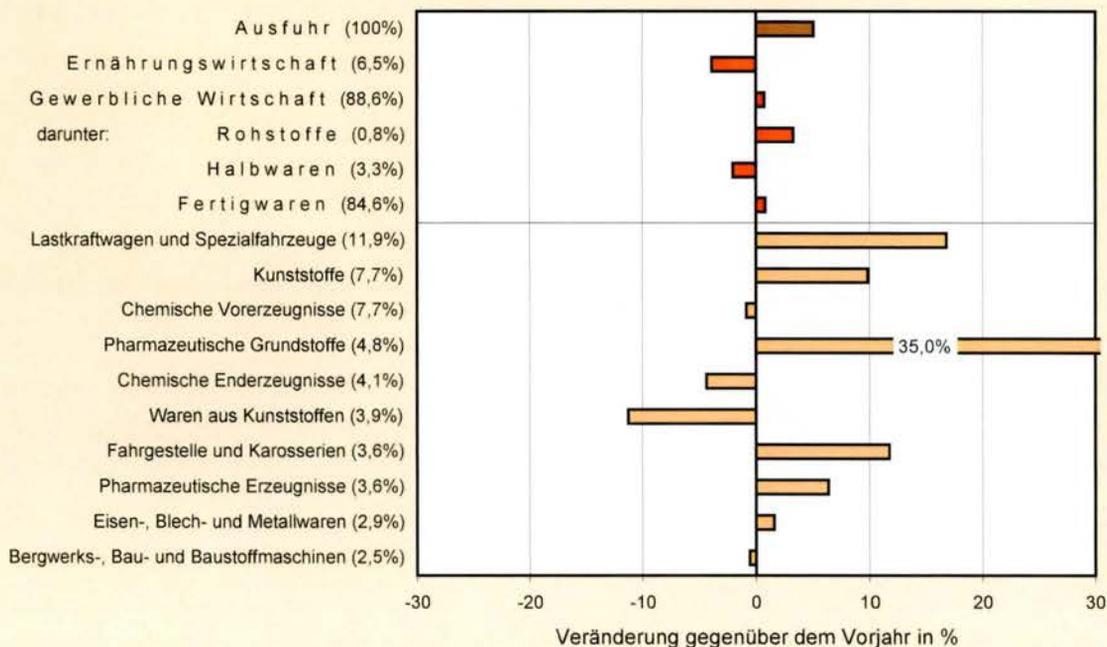
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank
1 EUR = ... US-Dollar
(Monatsdurchschnitt)



Quelle: Europäische Zentralbank.

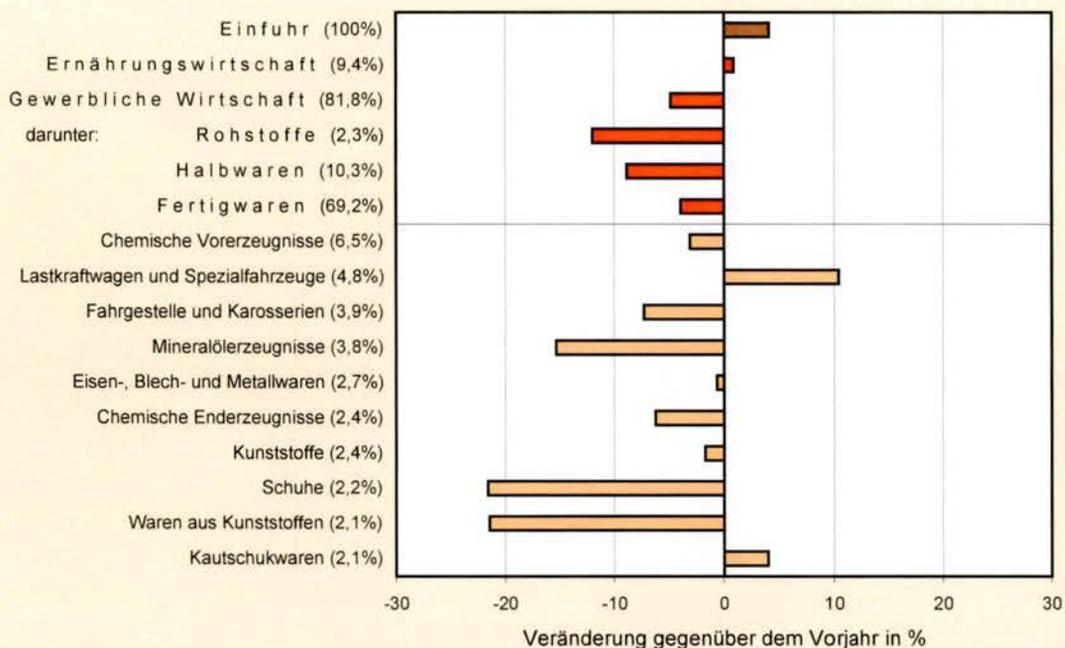
Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾

(Februar 2003 - Januar 2004)



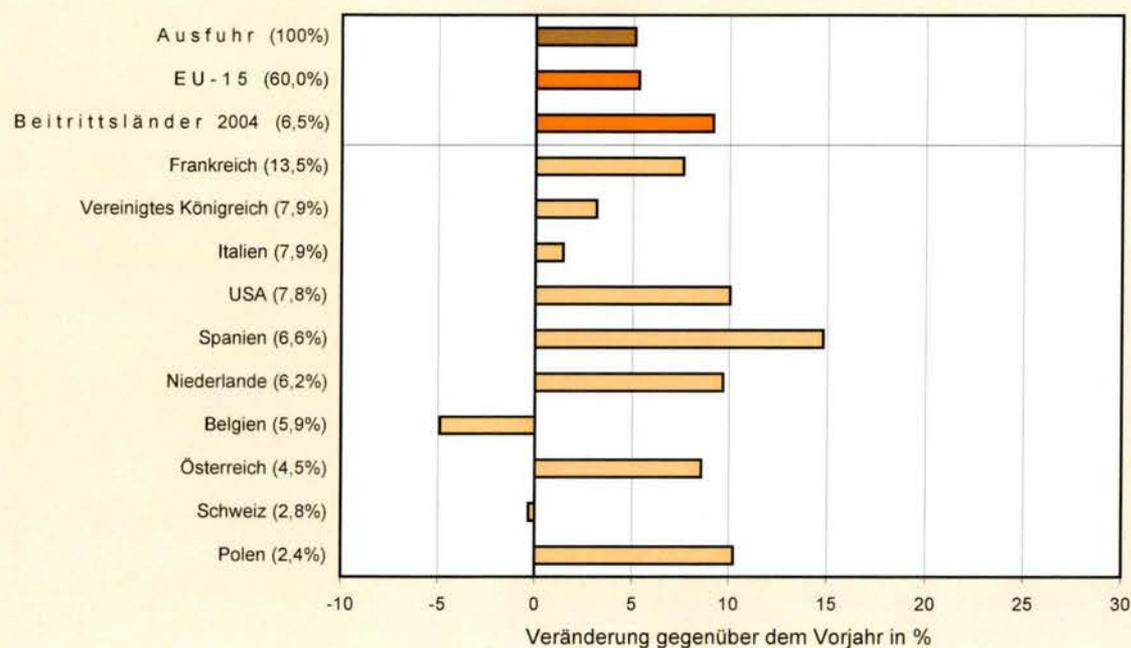
Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾

(Februar 2003 - Januar 2004)

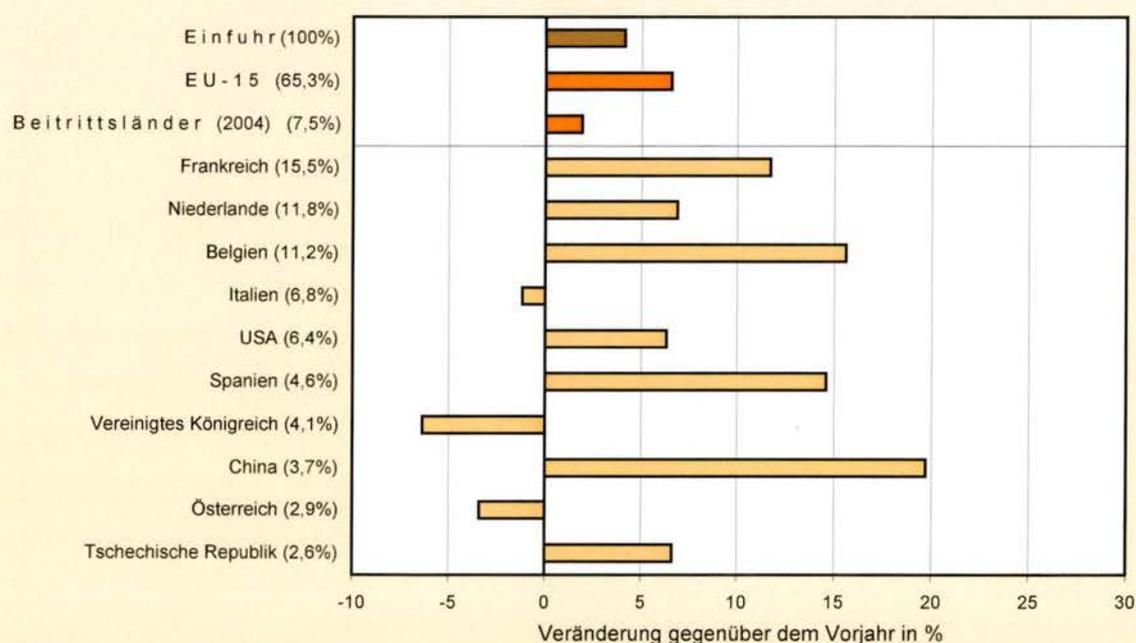


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2003.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer¹⁾
(Februar 2003 - Januar 2004)

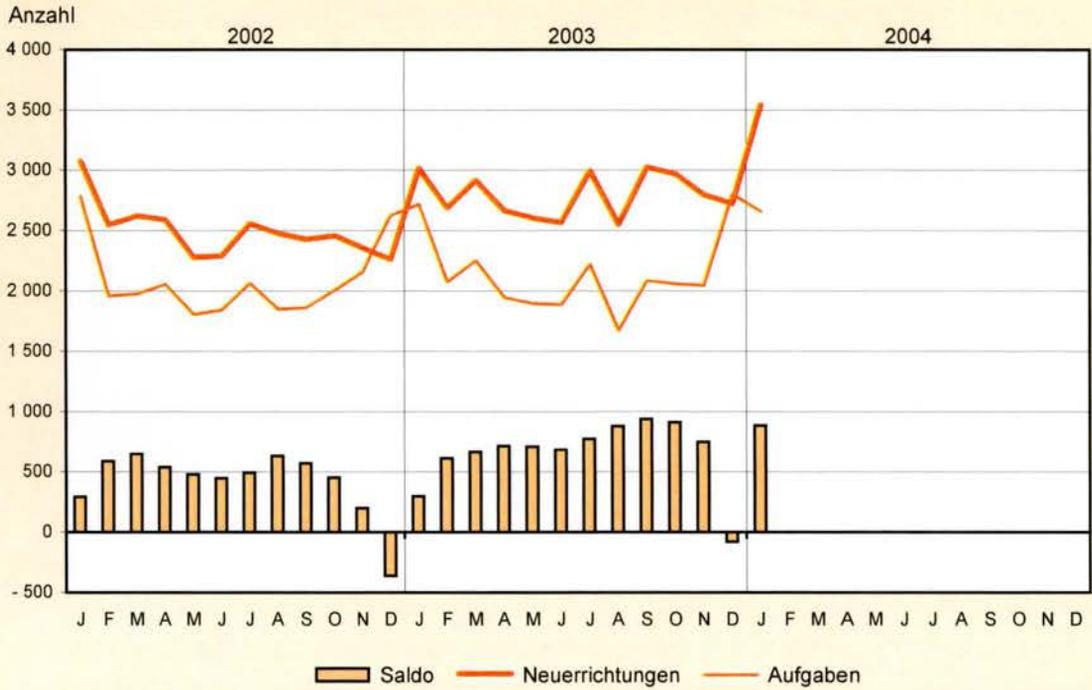


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer¹⁾
(Februar 2003 - Januar 2004)



1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder / der Ländergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2003.

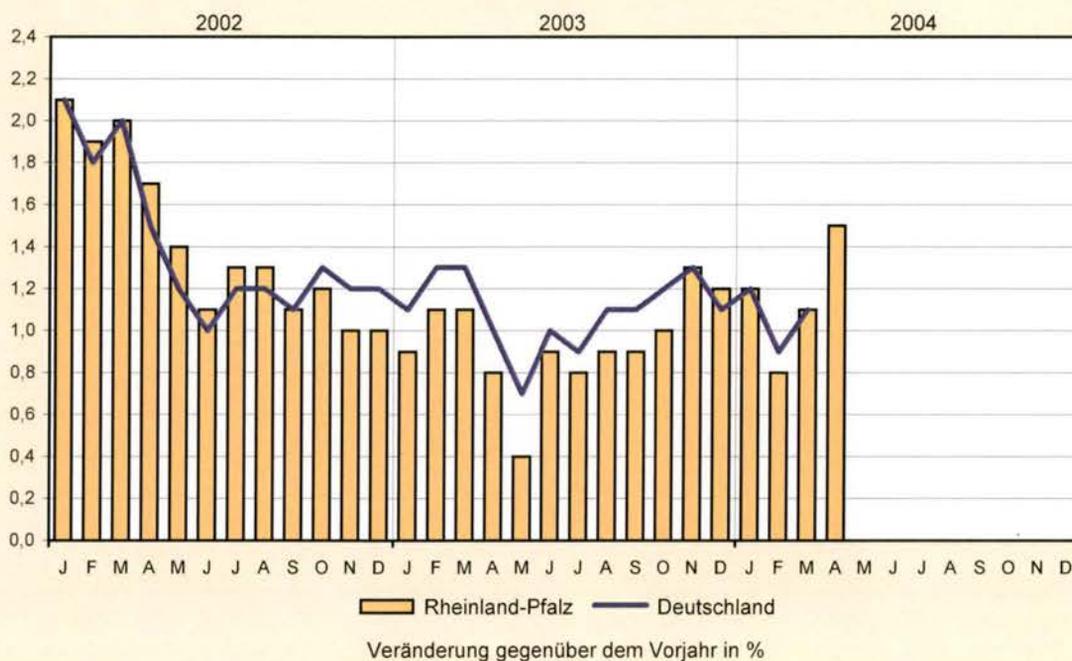
Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz



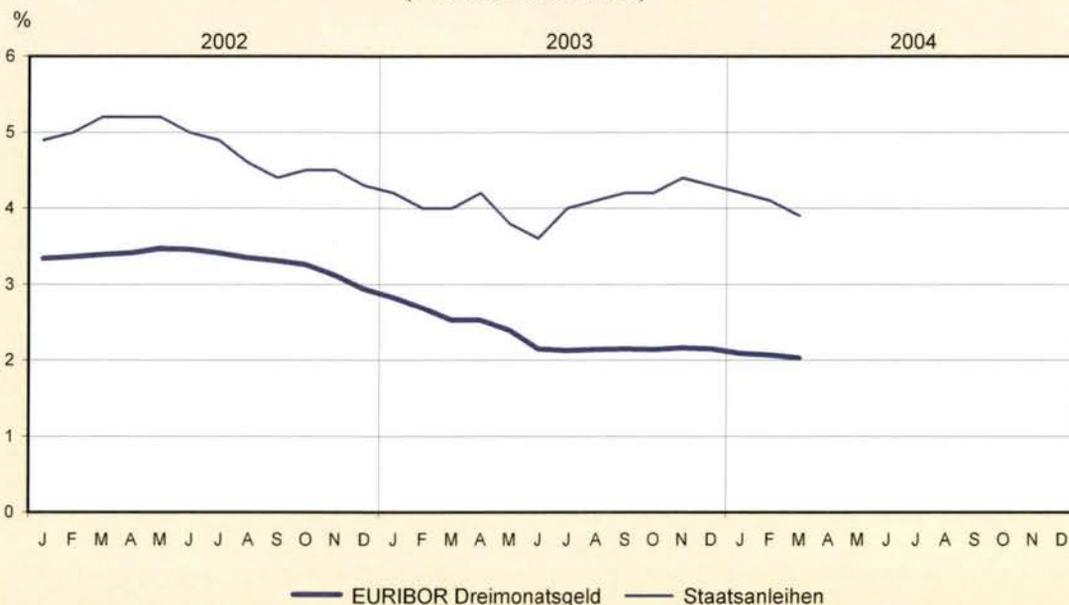
Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

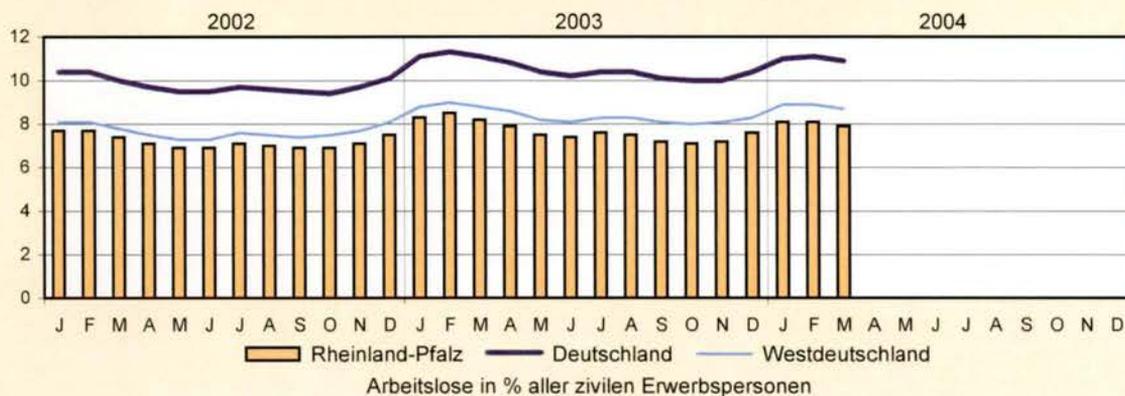


Geldmarktsätze EURIBOR Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit (Monatsdurchschnitt)

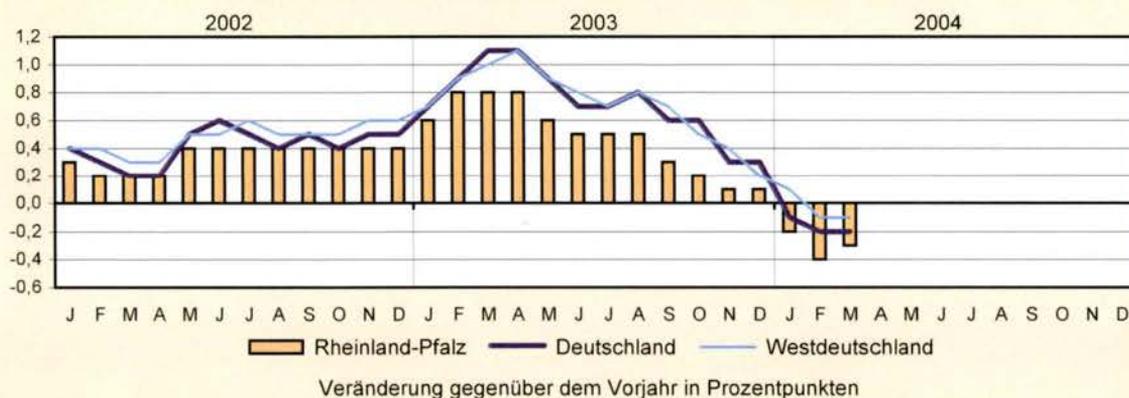


Quelle: Deutsche Bundesbank.

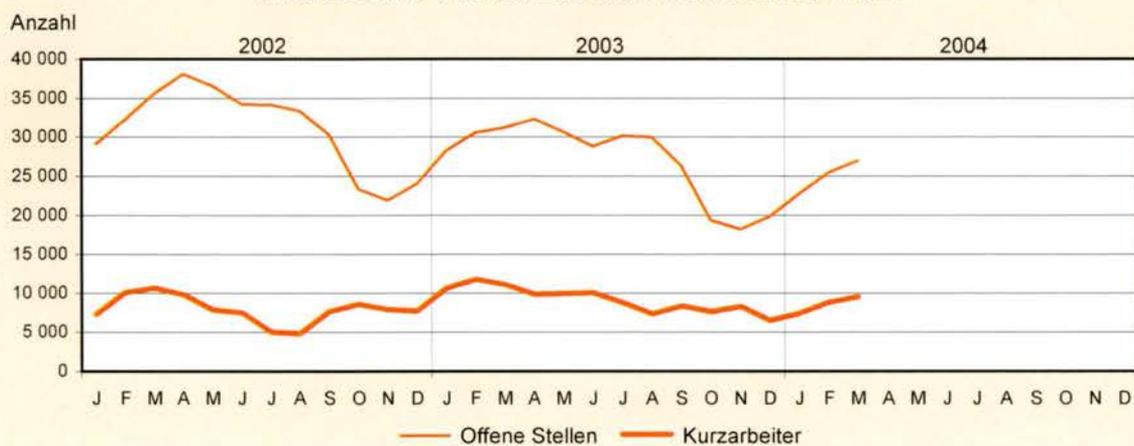
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland



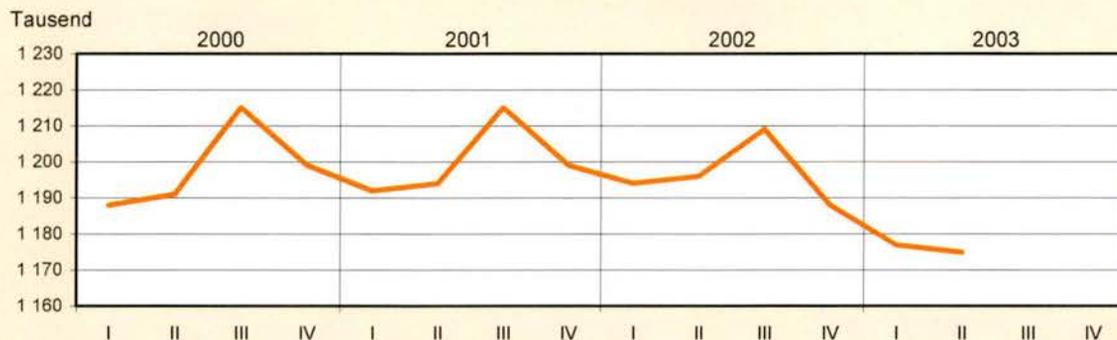
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland



Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz



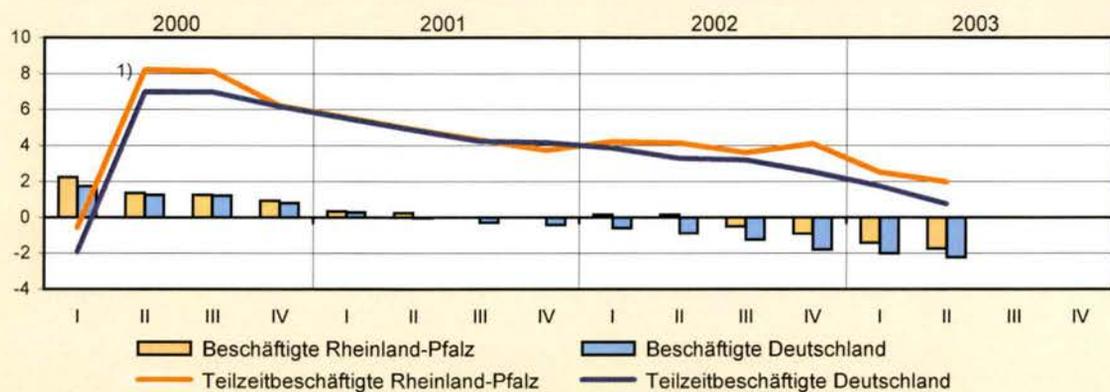
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



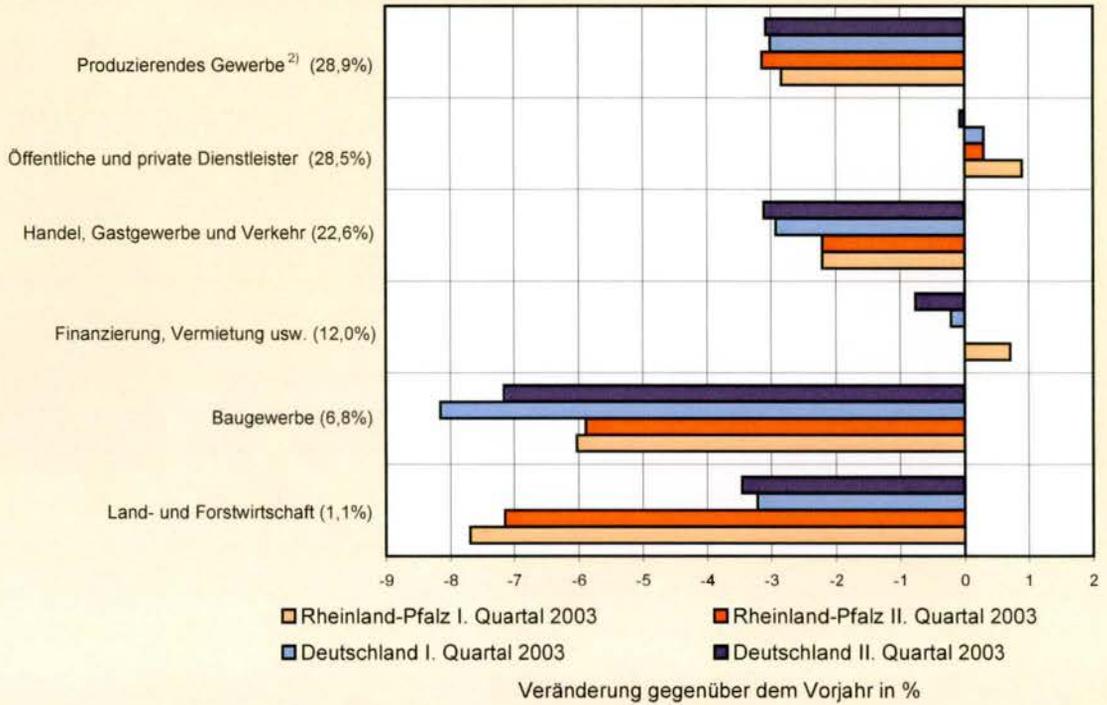
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort (Veränderungsraten)



1) Rechtsänderung zum 1. April 1999.

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
nach Wirtschaftsbereichen¹⁾**



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2003. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 3. Mai 2004.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerberbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerie, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteiltbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige,

und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesanstalt für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt ist der in Geld ausgedrückte Wert aller Waren und Dienstleistungen, die für den Endverbrauch bestimmt und in einem festen Zeitraum (meistens ein Jahr) innerhalb der Grenzen einer Volkswirtschaft erstellt worden sind.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunktorentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bau-

hauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergebligkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehen

sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

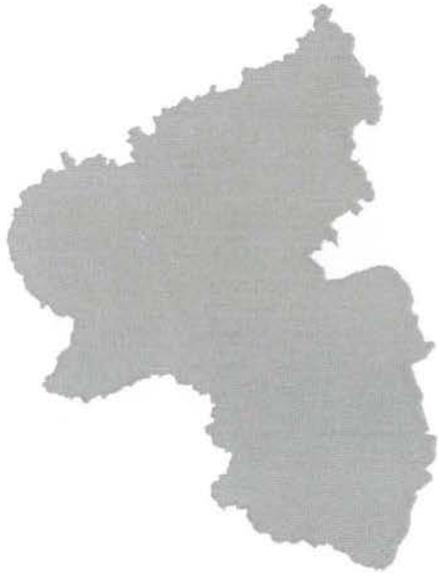
Als Insolvenz wird die dauerhafte Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens bezeichnet. Sie führt zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Formen der Insolvenz sind die Zahlungsunfähigkeit und die Überschuldung, die auch gemeinsam auftreten können.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 049 ¹⁾	4 058 ¹⁾	4 056	4 057	4 058	4 058	4 057	4 057	...
darunter Ausländer ²⁾	1 000	308 ¹⁾	312 ¹⁾	318	318	312	318	318	318	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 717	1 733	1 679	1 136	2 370	1 846	1 675	1 117	...
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 982	2 895	2 948	2 721	2 822	3 141	2 986	2 397	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,9	8,6	8,6	8,2	8,2	9,4	8,7	7,2	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 519	3 556	3 680	3 501	3 840	3 443	3 519	3 375	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,5	10,7	10,5	11,1	10,3	10,2	10,1	...
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	13	13	18	13	10	22	16	10	...
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,3	4,6	6,1	4,8	3,5	7,0	5,4	4,2	...
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 537	- 661	- 732	- 780	- 1 018	- 302	- 533	- 978	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 1,6	- 2,0	- 2,1	- 2,3	- 3,0	- 0,9	- 1,5	- 2,9	...
Wanderungen ⁸⁾										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 375	9 258	11 415	9 321	8 170	10 247	7 847	8 352	10 116
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 919	2 694	3 306	2 540	1 736	2 927	2 107	2 307	2 461
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 629	7 875	9 147	7 536	6 762	9 337	8 674	6 987	7 736
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 816	1 724	1 907	1 707	1 606	2 331	1 941	1 963	2 337
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	1 746	1 382	2 268	1 785	1 408	910	- 827	1 365	2 380
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	13 180	12 953	14 039	13 437	16 011	13 959	11 379	13 491	19 145
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte										
		2000	2001	2001	2002			2003		
		30.6.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 191	1 194	1 199	1 194	1 196	1 209	1 188	1 177	1 175
* Frauen	1 000	518	525	533	534	532	538	535	531	527
* Ausländer/-innen	1 000	77	78	75	75	76	77	72	72	72
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	184	193	195	198	201	201	203	203	205
* darunter Frauen	1 000	162	169	171	174	176	175	177	178	179
davon nach Wirtschaftsgliederung										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	13	12	13	14	14	12	12	13
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	361	358	356	353	351	353	347	343	340
* Baugewerbe	1 000	92	88	86	83	85	87	81	78	80
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	268	268	272	271	271	275	268	265	265
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	134	138	139	140	141	144	142	141	141
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	322	327	333	334	334	336	338	337	335

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsforschung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2003 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Zu- bzw. Fortzüge über die Landesgrenze ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2002	2003				2004			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Arbeitslose ²⁾	Anzahl	143 665	154 664	167 148	169 609	163 725	153 609	162 966	164 798	159 250
* Frauen	Anzahl	63 014	66 055	69 135	69 112	67 998	64 766	66 619	66 865	65 778
* Männer	Anzahl	80 651	88 609	98 013	100 497	95 727	88 843	96 347	97 933	93 472
darunter										
Bauberufe	Anzahl	7 723	8 181	11 116	11 404	9 980	8 314	10 564	10 732	9 658
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	41 323	44 796	48 722	50 780	48 891	44 212	47 558	49 115	47 240
* Arbeitslosenquote ^{2,3)}	%	8,0	8,5	9,3	9,4	9,1	8,5	9,0	9,1	8,8
* Frauen	%	7,5	7,8	8,2	8,2	8,1	7,6	7,9	7,9	7,8
* Männer	%	8,3	9,2	10,2	10,4	9,9	9,2	10,0	10,2	9,7
* Ausländer/-innen	%	17,1	17,7	19,7	19,9	19,2	17,9	18,6	18,7	18,5
* Jüngere unter 25 Jahren	%	7,9	8,1	8,7	9,3	8,7	7,4	8,0	8,6	8,2
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	7 897	9 170	10 587	11 738	11 078	6 515	7 384	8 789	9 529
* Gemeldete Stellen	Anzahl	31 083	27 293	28 238	30 534	31 184	19 819	22 749	25 444	26 953
darunter										
Bauberufe	Anzahl	579	473	398	487	551	243	264	336	355
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 172	5 473	4 725	4 928	5 093	4 306	3 994	4 199	4 272
BAUTÄTIGKEIT (Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
		2001	2002	2003			2004			
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	757	802	975	2 040	1 296	918	1 172	1 940	1 258
* davon mit ...										
1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	718	768	943	1 994	1 250	891	1 130	1 887	1 213
3 und mehr Wohnungen ⁴⁾	Anzahl	40	35	32	46	46	27	42	53	45
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	3	3	4	2	-	1	-	2	1
Unternehmen	Anzahl	102	96	52	165	90	149	180	234	110
private Haushalte	Anzahl	653	703	919	1 873	1 206	768	992	1 704	1 147
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 065	1 084	1 269	2 517	1 747	1 153	1 486	2 362	1 622
* Umbauter Raum	1 000 m ³	768	783	943	1 900	1 279	835	1 078	1 778	1 210
* Wohnfläche	1 000 m ²	137	141	167	340	226	154	197	316	216
* Wohnräume	Anzahl	5 948	6 159	7 403	14 925	9 877	6 821	8 622	14 094	9 376
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	173	176	212	434	290	191	243	400	275
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	161	139	103	102	114	132	91	109	101
davon										
öffentl. Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	18	15	8	13	10	22	12	15	10
Unternehmen	Anzahl	137	116	90	87	100	103	74	90	81
private Haushalte	Anzahl	6	8	5	2	4	7	5	4	10
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	31	33	25	15	29	15	19	10	6
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 051	778	609	520	645	666	388	370	451
* Nutzfläche	1 000 m ²	148	119	102	89	83	93	52	60	67
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	95	82	73	70	64	73	44	40	51
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 227	1 239	1 383	2 752	1 964	1 288	1 636	2 556	1 773
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	6 929	7 147	8 211	16 317	11 301	7 687	10 476	15 533	10 486

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland. – 2) Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. – 3) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 4) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2001	2002		2003			2004		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 934	10 434	10 166	10 925	9 854	11 338	10 747	11 255	9 967
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 678	2 801	2 888	2 940	2 754	3 287	2 932	2 983	2 575
* Kälber	t	25	22	45	14	13	23	37	12	13
* Schweine	t	8 099	7 511	7 114	7 899	6 960	7 947	7 716	8 197	7 266
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	13 029	10 321	10 155	10 106	9 815	9 518	9 618	9 084	8 787
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	62 436	62 988	63 068	64 485	59 287	59 388	63 016	64 428	60 411
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 390	2 384	2 366	2 277	2 269	2 242	2 242	2 193	2 184
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	301 466	296 590	292 364	291 347	289 487	287 281	285 558	282 180	281 191
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	192 058	186 727	182 832	182 256	180 921	179 657	177 853	175 922	174 877
* Geleistete Arbeitsstunden ⁶⁾	1 000 h	.	.	.	37 838	36 602	37 105	33 635	35 757	35 018
* Mill. EUR	900	892	883	854	815	1 152	867	849	825	
* Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	472	464	452	434	415	588	449	432	421
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	429	429	431	420	400	564	417	416	405
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 160	5 183	4 960	4 886	5 197	5 410	5 112	4 794	5 112
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	.	2 748	2 420	2 748	2 824	2 813	2 525	2 665	2 758
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	.	1 362	1 467	1 103	1 340	1 377	1 480	1 127	1 340
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	.	116	108	115	120	150	115	104	109
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	.	956	964	920	913	1 070	992	898	904
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 550	1 590	1 526	1 639	1 729	1 799	1 596	1 592	1 649
Fahrzeugbau	Mill. EUR	717	710	782	587	743	788	803	557	759
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 176	2 263	2 163	2 216	2 408	2 492	2 292	2 217	2 299
Exportquote ⁸⁾	%	42,2	43,7	43,6	45,4	46,3	46,1	44,8	46,2	45,0
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	96,5	99,5	88,0	101,7	100,0	100,7	92,1	105,1	104,0
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	94,9	98,5	84,3	104,9	103,0	98,8	85,5	100,9	99,9
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	96,8	99,6	93,3	97,0	97,1	102,3	103,5	111,5	111,4
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	105,0	89,2	79,1	93,1	84,7	105,5	89,7	111,1	96,9
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	102,2	109,4	94,4	102,4	98,0	105,1	90,0	104,0	103,2
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	94,0	102,6	94,4	108,9	106,7	99,4	89,6	107,6	103,6
Fahrzeugbau	2000=100	92,2	97,8	93,8	97,9	99,4	102,9	104,2	124,1	123,0
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ⁹⁾	Anzahl	86	86	85	87	87	87	87	86	86
* Beschäftigte ³⁾⁴⁾	Anzahl	10 855	10 936	10 904	10 881	10 801	10 568	10 519	10 470	10 441
* Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	1 000 h	.	1 394	1 279	1 475	1 381	1 382	1 274	1 353	1 290
* Bruttolohn- und -gehaltssumme ³⁾	Mill. EUR	33	34	33	32	36	42	31	30	35
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	600	542	637	732	770	732	784	863	797
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	585	530	622	718	752	713	765	841	778

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Bis 2002 geleistete Arbeitsstunden, ab 2003 geleistete Arbeitsstunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe	Einheit	2001	2002		2003				2004	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	44 678	42 573	41 271	39 620	38 417	39 490	39 100	37 837	36 574
* Geleistete Arbeitsstunden davon	1 000 h	4 494	4 142	3 037	2 608	2 635	4 198	3 221	2 484	2 925
* Wohnungsbau	1 000 h	1 805	1 579	1 081	1 002	998	1 679	1 267	1 081	1 226
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	1 154	1 083	905	788	799	1 016	818	690	776
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 535	1 480	1 051	818	838	1 503	1 136	713	923
darunter Straßenbau	1 000 h	695	676	490	334	308	703	508	248	366
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	98	95	96	80	69	102	95	77	72
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	74	71	71	58	48	75	71	55	50
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	24	24	25	22	21	27	23	22	21
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	352	344	417	236	200	384	398	214	208
* Wohnungsbau	Mill. EUR	110	107	115	61	72	127	123	65	71
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	103	101	122	74	56	106	102	61	62
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	140	136	180	101	71	151	172	88	75
darunter Straßenbau	Mill. EUR	63	62	84	55	20	65	69	29	24
Ausbaugewerbe/ Bauintallation und sonstiges Ausbaugewerbe ^{4) 5)}										
		2001	2002			2003				
		Durchschnitt	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	394	386	390	386	378	369	370	368	365
* Beschäftigte ^{2) 6)}	Anzahl	13 850	13 214	13 228	13 395	12 822	12 143	12 333	12 495	12 381
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 194	3 923	3 971	4 017	3 836	3 536	3 643	3 813	3 715
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	89	87	86	87	92	75	81	80	86
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	63	61	60	62	64	53	57	58	62
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	26	26	26	25	27	22	23	22	24
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	290	281	269	289	336	198	262	273	348
HANDEL										
		2001	2002		2003			2004		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
Großhandel ⁷⁾										
* Beschäftigte	2000=100	97,4	91,0	88,3	87,1	86,7	85,4	84,9	85,6	85,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,5	95,8	90,0	89,1	88,9	91,8	92,4	94,6	96,0
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	99,6	93,6	88,0	85,4	85,7	96,3	93,5	86,1	85,0
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	98,5	92,6	88,2	84,8	83,5	95,3	91,5	85,5	83,4
Einzelhandel ⁸⁾										
* Beschäftigte	2000=100	102,1	101,4	102,4	100,9	100,3	101,8	102,5	101,5	100,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	101,9	103,8	106,4	104,2	103,3	107,5	108,8	107,3	106,1
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	102,3	100,3	117,8	94,9	88,7	102,0	121,2	96,0	89,4
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	100,7	98,8	116,7	93,5	87,0	100,6	119,7	94,7	88,4
Kfz-Handel u. Tankstellen ^{9) 10)}										
* Beschäftigte	2000=100	99,0	100,6	102,1	100,3	99,8	101,8	101,6	100,7	100,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,8	101,8	98,9	94,6	95,9	107,1	108,1	109,6	109,3
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	101,0	101,6	101,0	87,5	91,6	103,5	101,2	88,3	91,7
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	99,3	100,1	99,3	85,7	90,0	100,5	98,1	85,5	88,6
GASTGEWERBE ⁹⁾										
* Beschäftigte	2000=100	100,6	99,8	97,1	95,0	95,2	97,7	96,1	93,7	95,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	99,8	100,6	98,8	96,6	96,8	102,2	100,8	98,7	101,1
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	102,7	100,0	94,4	84,7	80,1	93,8	93,1	82,4	80,7
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	101,0	94,6	87,8	79,9	75,3	88,3	86,1	77,4	75,3

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtszeitjahres. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2001	2002		2003				2004		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
* Gästeankünfte	1 000	515	512	337	261	295	430	344	276	326	
* darunter von Auslandsgästen	1 000	104	103	85	51	65	79	86	56	77	
* Gästeübernachtungen	1 000	1 535	1 499	1 015	744	832	1 123	990	793	914	
* darunter von Auslandsgästen	1 000	299	299	248	124	177	202	243	138	215	
VERKEHR											
Straßenverkehrsunfälle											
		2001	2002		2003				2004		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	10 535	10 279	10 974	9 842	10 345	11 939	10 589	10 476	10 188	
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 558	1 548	1 458	1 221	1 202	1 633	1 401	1 319	1 092	
* Getötete Personen	Anzahl	26	30	33	33	24	38	21	28	23	
darunter											
Pkw-Insassen	Anzahl	15	18	25	24	11	27	15	24	13	
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	6	1	2	3	7	2	-	1	
Radfahrer	Anzahl	1	2	4	1	4	-	1	1	-	
Fußgänger	Anzahl	3	4	3	6	5	4	1	3	7	
* Verletzte Personen	Anzahl	2 075	2 043	1 914	1 645	1 572	2 197	1 831	1 768	1 392	
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	424	406	339	288	272	443	337	346	258	
darunter											
Pkw-Insassen	Anzahl	229	202	189	180	155	257	204	230	160	
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	88	90	49	32	23	82	37	31	20	
Radfahrer	Anzahl	45	49	34	18	17	27	29	17	15	
Fußgänger	Anzahl	44	44	52	45	60	39	46	54	51	
Kraftfahrzeuge											
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 807	15 836	13 819	12 264	12 396	12 527	10 957	10 093	10 551	
darunter											
Kraftträder	Anzahl	975	889	144	171	252	302	190	169	233	
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	14 525	13 776	12 602	10 971	11 173	11 133	9 848	8 944	9 307	
* Lastkraftwagen	Anzahl	917	803	815	772	706	798	728	735	669	
* Zugmaschinen	Anzahl	200	197	149	239	175	187	118	155	205	
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr											
		2001	2002			2003				2004	
		Durchschnitt	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal		
Beförderte Personen	1 000	70 711	71 518	72 587	64 244	73 310	74 573	74 304	61 477	72 639	
darunter im allgemeinen Linienverkehr	1 000	66 331	67 500	68 273	60 305	69 075	70 896	70 301	57 586	68 450	
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.	1 045	1 004	1 026	1 040	1 073	870	1 027	995	1 079	
Binnenschifffahrt											
		2001	2002		2003				2004		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Gütereingang	1 000 t	1 278	1 239	1 175	1 188	1 111	1 100	1 053	1 009	1 095	
* Güterversand	1 000 t	806	785	789	698	656	824	777	669	696	
AUSSENHANDEL ⁵⁾											
Ausfuhr (Spezialhandel)											
* Insgesamt	Mill. EUR	2 137	2 213	2 407	2 088	2 364	2 418	2 444	2 105	2 366	
darunter											
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	135	152	150	141	159	140	151	131	134	
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 003	2 061	2 257	1 948	2 094	2 158	2 173	1 876	2 117	
* Rohstoffe	Mill. EUR	16	18	21	17	16	21	17	17	15	
* Halbwaren	Mill. EUR	83	78	89	68	79	69	79	66	81	
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 904	1 965	2 147	1 863	1 999	2 068	2 077	1 794	2 021	
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	599	609	618	525	722	684	668	529	700	
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 305	1 356	1 530	1 338	1 277	1 384	1 410	1 265	1 321	

1) Betriebe ab 9 Betten. – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 5) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2001	2002		2003				2004	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 549	1 645	1 771	1 579	1 689	1 853	1 816	1 552	1 754
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	1 238	1 331	1 426	1 319	1 375	1 494	1 485	1 221	1 423
Belgien	Mill. EUR	140	146	143	132	140	146	139	117	125
Luxemburg	Mill. EUR	26	29	35	35	18	31	35	31	24
Dänemark	Mill. EUR	31	32	35	32	31	32	32	24	36
Finnland	Mill. EUR	16	17	17	16	16	18	19	15	17
Frankreich	Mill. EUR	292	296	325	268	301	346	320	293	329
Griechenland	Mill. EUR	19	23	21	18	27	22	19	14	26
Großbritannien	Mill. EUR	152	177	194	233	194	196	204	150	185
Irland	Mill. EUR	10	9	9	6	13	12	9	10	11
Italien	Mill. EUR	167	182	195	179	195	199	195	154	190
Niederlande	Mill. EUR	118	134	149	144	124	141	150	126	145
Österreich	Mill. EUR	94	98	99	82	98	109	119	99	110
Schweden	Mill. EUR	34	37	40	40	37	50	56	45	46
Spanien	Mill. EUR	119	130	147	120	156	172	167	130	156
Portugal	Mill. EUR	20	19	17	15	24	18	21	13	23
* Afrika	Mill. EUR	49	47	49	42	54	43	36	53	41
* Amerika	Mill. EUR	249	241	264	208	303	221	278	214	257
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	179	180	202	153	235	161	228	164	184
* Asien	Mill. EUR	274	260	301	244	296	282	290	258	283
darunter nach Japan	Mill. EUR	53	44	49	36	68	48	58	37	66
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	16	18	23	14	21	19	23	27	30
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 480	1 473	1 601	1 423	1 583	1 730	1 673	1 530	1 456
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	136	147	147	157	149	163	157	164	168
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 345	1 326	1 454	1 265	1 298	1 417	1 369	1 233	1 161
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	34	41	49	47	19	47	74	16	17
* Halbwaren	Mill. EUR	197	176	180	186	162	168	145	133	153
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 113	1 109	1 226	1 032	1 117	1 203	1 150	1 084	991
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	285	275	296	257	275	280	277	226	235
* Endzeugnisse	Mill. EUR	828	834	930	775	841	923	873	858	756
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 132	1 164	1 273	1 149	1 191	1 387	1 370	1 182	1 103
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	923	941	1 028	930	977	1 121	1 100	977	904
Belgien	Mill. EUR	146	147	163	144	177	165	172	142	156
Luxemburg	Mill. EUR	24	27	41	28	21	36	26	21	29
Dänemark	Mill. EUR	36	33	39	33	35	32	15	60	20
Finnland	Mill. EUR	6	7	7	4	6	5	9	24	4
Frankreich	Mill. EUR	192	217	198	224	209	312	263	251	225
Griechenland	Mill. EUR	3	3	2	3	2	2	4	2	3
Großbritannien	Mill. EUR	75	68	74	75	65	56	86	46	57
Irland	Mill. EUR	11	12	23	19	28	22	31	27	45
Italien	Mill. EUR	99	104	121	104	109	98	127	87	89
Niederlande	Mill. EUR	179	168	194	151	182	209	187	176	155
Österreich	Mill. EUR	46	46	37	54	42	57	51	41	34
Schweden	Mill. EUR	26	31	47	20	21	35	29	31	19
Spanien	Mill. EUR	62	59	66	57	74	81	89	60	61
Portugal	Mill. EUR	19	18	15	13	8	12	11	10	7
* Afrika	Mill. EUR	34	29	22	16	29	31	19	20	29
* Amerika	Mill. EUR	152	126	151	121	196	142	126	173	180
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	125	106	126	103	162	122	110	148	154
* Asien	Mill. EUR	157	148	149	131	163	167	156	151	141
darunter aus Japan	Mill. EUR	32	31	30	29	31	34	30	28	20
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	6	5	5	5	3	2	4	3
GEWERBEANZEIGEN ²⁾										
		2001	2002		2003				2004	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 106	3 065	2 737	3 659	3 208	3 235	3 284	4 226	...
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 626	2 630	3 178	3 407	2 605	2 512	3 453	3 360	...

1) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird. – 2) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN	Einheit	2001	2002		2003				2004		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	184	344	345	398	383	406	358	395	...	
davon											
* Unternehmen	Anzahl	107	125	118	128	112	112	109	135	...	
* Verbraucher	Anzahl	62	106	121	159	129	193	135	160	...	
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	1 111	74	82	94	125	88	102	81	...	
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾											
* Nachlässe	Anzahl	15	39	24	17	17	13	12	19	...	
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	69	133	109	139	139	91	89	70	...	
HANDWERK²⁾		2001		2002		2003				2004	
		Durchschnitt	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal		
* Beschäftigte ³⁾	1998=100	90,6	87,3	86,7	87,3	85,3	80,4	80,4	82,4	79,6	
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1998=100	102,3	93,6	97,0	93,6	97,2	76,0	88,7	91,1	96,5	
PREISE		2002		2003			2004				
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April		
* Verbraucherpreisindex	2000=100	103,4	104,3	104,4	104,5	104,2	105,1	105,2	105,6	105,8	
VERDIENSTE⁴⁾		2001		2002		2003				2004	
		Durchschnitt	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.		
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 415	2 465	2 484	2 500	2 447	2 535	2 559	2 540	2 504	
* Männer	EUR	2 487	2 537	2 555	2 574	2 514	2 608	2 632	2 611	2 574	
* Frauen	EUR	1 821	1 853	1 870	1 861	1 880	1 893	1 916	1 925	1 910	
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	14,60	15,00	15,05	15,13	15,29	15,34	15,48	15,37	15,48	
* Männer	EUR	15,01	15,41	15,45	15,53	15,73	15,74	15,89	15,76	15,91	
darunter											
Facharbeiter	EUR	16,12	16,51	16,56	16,64	16,93	16,94	17,10	16,87	16,99	
angeleitete Arbeiter	EUR	14,41	14,73	14,80	14,82	14,96	15,02	15,19	15,19	15,36	
Hilfsarbeiter	EUR	12,13	12,48	12,54	12,58	12,50	12,58	12,62	12,64	12,68	
* Frauen	EUR	11,23	11,48	11,54	11,57	11,64	11,67	11,85	11,84	11,82	
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,55	10,66	10,72	10,73	10,83	10,86	11,03	11,05	11,02	
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,0	37,8	38,0	38,0	36,8	38,0	38,0	38,0	37,2	
Arbeiter	h	38,1	37,9	38,1	38,1	36,8	38,1	38,1	38,1	37,2	
Arbeiterinnen	h	37,3	37,2	37,3	37,0	37,2	37,3	37,2	37,4	37,2	
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 475	3 572	3 586	3 601	3 625	3 640	3 689	3 736	3 766	
* Männer	EUR	3 751	3 849	3 864	3 877	3 895	3 912	3 960	4 009	4 053	
* Frauen	EUR	2 684	2 776	2 787	2 806	2 837	2 843	2 899	2 930	2 927	
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 181	3 284	3 291	3 315	3 358	3 359	3 395	3 431	3 442	
Männer	EUR	3 660	3 779	3 783	3 806	3 858	3 854	3 874	3 915	3 945	
Frauen	EUR	2 628	2 712	2 723	2 741	2 774	2 780	2 832	2 858	2 848	
* technische Angestellte	EUR	3 708	3 798	3 817	3 826	3 831	3 856	3 917	3 970	4 020	
Männer	EUR	3 794	3 882	3 902	3 910	3 912	3 939	3 999	4 052	4 104	
Frauen	EUR	2 894	3 014	3 027	3 050	3 071	3 076	3 144	3 194	3 225	
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 592	2 687	2 698	2 702	2 718	2 734	2 760	2 850	2 871	
* Männer	EUR	2 882	2 982	2 993	2 996	2 996	3 021	3 047	3 142	3 164	
* Frauen	EUR	2 232	2 303	2 310	2 319	2 350	2 323	2 367	2 461	2 476	
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 603	2 700	2 709	2 713	2 727	2 741	2 766	2 867	2 893	
Männer	EUR	2 952	3 060	3 070	3 069	3 061	3 081	3 105	3 215	3 246	
Frauen	EUR	2 239	2 308	2 313	2 323	2 356	2 350	2 375	2 470	2 486	
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 030	3 140	3 152	3 165	3 185	3 208	3 247	3 294	3 323	

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsjahres. – 4) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesensersatz, Trennungsschadigungen, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2001	2002				2003			
		Durchschnitt	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	109 195	112 680	112 021	113 379	113 760	115 671	112 720	108 375	112 393
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	14 273	13 677	13 606	13 620	13 528	15 970	13 155	12 693	12 574
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 565	10 931	10 828	10 887	10 873	10 601	10 407	10 490	10 702
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	84 358	88 072	87 587	88 872	89 359	89 100	89 158	85 192	89 117
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	102 591	106 124	105 554	106 865	107 311	109 284	106 612	102 136	10 242
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	90 728	93 391	92 932	94 218	94 544	93 830	93 847	89 272	92 997
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	11 863	12 734	12 622	12 647	12 767	15 454	12 765	12 864	13 245
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 604	6 556	6 467	6 514	6 449	6 387	6 108	6 239	6 151
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	77 100	80 199	79 554	79 752	82 347	82 328	83 542	83 980	86 842
Sichteinlagen	Mill. EUR	17 886	20 241	19 838	20 186	21 481	21 523	22 590	22 381	24 439
Termineinlagen	Mill. EUR	23 500	24 329	24 253	24 306	24 970	25 136	25 576	26 445	26 769
Sparbriefe	Mill. EUR	5 568	5 581	5 578	5 564	5 654	5 373	5 226	5 132	5 130
Spareinlagen	Mill. EUR	30 146	30 049	29 885	29 696	30 242	30 296	30 150	30 022	30 504
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	73 842	77 570	76 880	77 115	79 736	79 774	80 754	81 484	84 429
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	71 627	75 384	74 564	74 968	77 529	77 756	78 360	79 023	81 863
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 215	2 186	2 316	2 147	2 207	2 018	2 394	2 461	2 566
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 258	2 629	2 674	2 637	2 611	2 554	2 788	2 496	2 413
STEUERN										
		2002	2003				2004			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 053	2 084	1 917	2 152	1 620	2 835	1 977	2 215	1 560
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	712	733	757	715	333	1 338	666	795	273
Lohnsteuer	Mill. EUR	615	636	644	859	430	831	561	846	412
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	120	121	-	417	-	-	-	394	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	16	5	- 66	- 66	- 281	331	- 79	- 83	- 267
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	46	36	69	7	16	8	125	13	10
Zinsabschlag	Mill. EUR	25	23	101	31	8	12	84	26	7
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	5	5	-	17	-	-	-	16	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	11	33	9	- 117	160	156	- 25	- 6	112
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	- 30	- 10	-	- 95	-	-	-	- 1	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 340	1 351	1 160	1 438	1 287	1 498	1 312	1 420	1 287
Umsatzsteuer	Mill. EUR	369	354	279	482	286	375	360	433	258
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	971	997	881	955	1 001	1 123	952	987	1 029
Zölle	Mill. EUR	92	96	81	99	92	101	85	108	100
Bundessteuern	Mill. EUR	111	108	57	60	124	263	33	60	115
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	70	66	13	22	76	187	- 7	19	68
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	33	33	36	19	40	69	34	20	38

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN	Einheit	2002		2003					2004		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März		
Landessteuern	Mill. EUR	74	77	92	65	95	73	281	73	107	
Vermögenssteuer	Mill. EUR	1	1	- 0	1	8	0	1	1	0	
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	9	10	8	5	13	11	215	8	19	
Grundwerbsteuer	Mill. EUR	13	15	19	14	19	15	14	16	24	
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	34	33	40	30	37	27	38	31	41	
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	12	13	22	12	11	14	9	15	16	
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	0	0	3	3	0	0	3	
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	3	3	3	3	3	
		2001		2002			2003				
		Durchschnitt	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal		
Gemeindesteuern	Mill. EUR	373	366	364	395	364	303	382	376	341	
Grundsteuer A	Mill. EUR	4	4	5	5	4	4	5	6	3	
Grundsteuer B	Mill. EUR	92	95	102	104	86	89	103	108	88	
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. EUR	238	248	234	274	267	201	261	254	243	
Grundwerbsteuer (Gemeindeanteil) ¹⁾	Mill. EUR	30	10	12	3	1	1	0	0	0	
sonstige Gemeindesteuern	Mill. EUR	8	8	11	8	6	7	12	8	6	
Steuerverteilung											
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	583	574	553	595	664	414	551	558	663	
Gewerbsteuer (netto) ²⁾	Mill. EUR	177	185	170	225	155	154	202	169	113	
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	241	242	227	220	367	145	200	239	405	
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	29	29	27	30	45	13	28	28	47	
		2002		2003			2004				
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März		
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	560	577	607	563	439	859	803	618	354	
Landessteuern	Mill. EUR	74	77	92	65	95	73	281	73	107	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	252	263	328	244	102	477	290	287	73	
Lohnsteuer	Mill. EUR	211	220	274	315	133	252	238	309	125	
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	7	2	- 28	- 28	- 120	141	- 34	- 35	- 114	
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	19	14	33	1	5	1	61	5	2	
Zinsabschlag	Mill. EUR	11	10	44	14	4	5	37	12	3	
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	4	17	5	- 58	80	78	- 13	- 3	56	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	219	220	193	240	242	259	239	248	174	
Umsatzsteuer	Mill. EUR	157	155	112	201	171	185	164	199	106	
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	62	65	81	39	70	73	75	50	68	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	8	- 2	6	0	23	- 3	4	0	
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	1	2	- 1	1	0	4	- 1	1	0	
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	6	7	- 2	5	0	19	- 2	3	0	
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	1	1	- 0	1	0	4	- 1	1	0	
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 103	1 116	972	1 086	932	1 625	945	1 075	858	
Bundessteuern	Mill. EUR	111	108	57	60	124	263	33	60	115	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	307	317	329	296	155	580	291	338	125	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	678	683	588	724	653	758	624	672	619	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	8	- 2	6	0	23	- 3	4	0	

1) Ab 2002 Restabwicklung. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

April

STATISTISCHE BERICHTE**Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet,
Erwerbstätigkeit**

Bevölkerungsvorgänge im 3. Vierteljahr
2003 (vorläufige Ergebnisse)
BestellNr.: A1013 200343

Bevölkerung der Gemeinden
am 30. Juni 2003
BestellNr.: A1033 200321

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit im Mai
2003 (Ergebnisse des Mikrozensus)
BestellNr.: A1053 200300

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Weinmosternernte 2003
BestellNr.: C2053 200300

Milcherzeugung und -verwendung,
Schlachtungen, Legehennenhaltung und
Eiererzeugung 2003
BestellNr.: C3053 200344

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der
Kraftwerke der allgemeinen Versorgung
im Januar 2004
BestellNr.: E4023 200401

Index des Auftragseingangs für das verar-
beitende Gewerbe im Februar 2004
BestellNr.: E1033 200402

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Februar 2004
BestellNr.: F2033 200402

Bestand an Wohngebäuden und Wohnun-
gen am 31. Dezember 2003
BestellNr.: F2073 200300

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im Dezember 2003
BestellNr.: G3023 200312

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel
und im Gastgewerbe im Februar 2004
BestellNr.: G1023 200402

Verkehr

Binnenschifffahrt 2003
BestellNr.: H2013 200300

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kfz-
Anhängern am 1. Januar 2004
BestellNr.: H1033 200400

Sozialleistungen

Ausbildungsförderung 2002
Bestellnr.: B3063 200200

Schwerbehinderte Menschen am 31. Dezember 2003
Bestellnr.: K3013 200301

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Haushaltsansätze der Gemeinden und Gemeindeverbände 2004
Bestellnr.: L2043 200400

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im März 2004
Bestellnr.: M1013 200403

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im Februar 2004
Bestellnr.: M1043 200441

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2003 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 1
Bestellnr.: P1045 200300
(E-Mail-Versand)

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2003 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2
Bestellnr.: P1065 200300
(E-Mail-Versand)

Bruttoanlageinvestitionen in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2001 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 3
Bestellnr.: P1085 200100
(E-Mail-Versand)

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450
Telefax: 02603 71-194322
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Dr. Birgit Hübbers

Layout, Satz und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Statistisches Landesamt und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Bezugspreis: Einzelheft 2,10 EUR

Jahresabonnement 22,- EUR zuzüglich Versand

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2004

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und entgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Querschnittsangaben gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, in elektronischen Systemen/Datenträgern bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.